

Preußen

am Abschlusse

der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts.

Geschichtliche, culturhistorische, politische und statistische Rückblicke

auf

das Jahr 1849.

Von

Ferdinand Fischer.

Berlin.

Druck und Verlag von G. Reimer.

1876.

Vorwort.

Ich schildere in diesem Buche Preußen, wie es sich am Schlusse der ersten fünfzig Jahre unseres Jahrhunderts gestaltet hatte, seine innere Geschichte, seine Verhältnisse zu Deutschland, seine Stellung zu den anderen Staaten, sein Culturleben, seine Verfassung und seine Hoffnungen für die spätere Zeit. Die Schilderung ist an die Ereignisse des Jahres Achtzehnhundert Neun und Bierzig, als des Schlußjahres des halben Säculums geknüpft. Dieses Jahr, in welchem durch die Annahme der octroyirten Verfassung ein neues Fundament unseres Staates gegründet und durch das königliche Wort vom 15. Mai die Verpflichtung zum Streben nach einem deutschen Einheitsstaate übernommen wurde, ist das letzte der Periode, welche mit den Erhebungsjahren begann und mit dem 6. Februar 1850, als dem Tage des königlichen Schwures endete. Es brachte nach langjährigem Streben und Ringen eine acceptirte Verfassung und eröffnete dadurch nicht bloß für Preußen, sondern für ganz

Deutschland einen neuen Zeitabschnitt mit neuen Kämpfen und neuem Ziele.

Seit 1849 sind mehr als fünfundzwanzig Jahre mit gewaltigen Ereignissen und Ergebnissen verstrichen. Damalige Parteianfichten und Parteileidenchaften sind in den Hintergrund getreten, die Gegenwart hat andere Anschauungen gewonnen, die Parteibestrebungen haben andere Richtungen genommen und das Kämpfen und Ringen des Volkes hat sich ein anderes Ziel gesetzt. Die Möglichkeit einer objectiven Auffassung ist daher nicht zu bezweifeln und ist nur zu wünschen, daß der Vergangenheit der Rahmen der Gegenwart, d. h. die subjective Auffassung und Beurtheilung der Zeitgenossen nicht fehle.

Ob es mir, dem Laien gelungen ist, Vergangenes richtig aufzufassen und mit den lebendigen Farben der Subjectivität zu schildern, kann ich nicht beurtheilen. Sehr bedeutende Berufsgeschäfte, Betheiligung an den politischen und kirchlichen Zeitfragen und literarische Arbeiten nöthigten mich, nur die Gerichtsferien, und auch diese nicht immer, zur Bearbeitung des Werkes zu benutzen und so ist es gekommen, daß nicht bloß die horazischen Neun Jahre, sondern volle fünfundzwanzig Jahre darüber vergangen sind, und ich nicht selten, wenn ich das begonnene Werk ein oder mehrere Jahre lang liegen lassen mußte, die Männer beneidete, die sich ungestört solchen Arbeiten hingeben können. Niemand kann daher mehr wie ich von der Mangelhaftigkeit der Arbeit überzeugt sein, und wenn ich sie demungeachtet der Oeffentlichkeit übergebe, so geschieht dies um

Vorwort.

deshalb, weil sie so manches enthält, welches schon jetzt dem Gedächtnisse der Gegenwart entschwunden ist und daher der Zukunft sehr leicht ganz entgehen könnte und weil ich mir der objectiven Auffassung des Erlebten bewußt bin; denn obwohl ich in der geschilderten Zeit mitgelebt und mitgewirkt habe, war ich fern von jeder Parteileidenschaft. Mein Streben und Ziel war von 1840 bis heute der deutsche Einheitsstaat. Er allein schien mir der Weg zur Freiheit. Dieses Streben bewahrte mir einen offenen Blick auf das Parteileben und gewährte mir zugleich einen Standpunkt, von welchem ich, trotz meiner Theilnahme an den liberalen Bestrebungen, die Fehler und Mängel meiner Partei übersehen konnte. Diesen Standpunkt habe ich in allen meinen politischen Schriften *) festgehalten und ihn auch, wie ich hoffen kann, im gegenwärtigen Werke streng beobachtet.

Unparteiisch und der Wahrheit treu habe ich versucht, das Erlebte wiederzugeben; denn auch diejenigen Ereignisse der Vergangenheit können wir als Erlebnisse bezeichnen, welche uns und unsere Umgebung nicht unberührt ließen, deren Folgen und Wirkungen nicht spurlos an uns vorübergingen und deren Eindrücke wir in uns aufnahmen.

Ob die Mittheilung dieser Erlebnisse als solche oder als Memoiren oder Chronik, oder als Geschichte erachtet wird, er-

*) Ich verweise insbesondere auf „Preußens Wunsch vom Jahre 1845“, auf die Schilderung preussischer Zustände in dem, 1848 erschienenen Buche „Republik und Socialismus“, auf die „Geschichte der im Jahre 1849 aufgelösten Kammer“, auf „Preußens und Baierns Union“ und die „Albertinische Dynastie und Norddeutschland“.

scheint mir gleichgiltig. Mir genügt, wenn ich die Erinnerung an die für die spätere Zeit so einflußreichen Ereignisse des Jahres Achtzehnhundert Neun und Bierzig erneuert und dargethan habe, wie ernstlich und kräftig den glorreichen Siegen und Errungenschaften der nächsten fünfundzwanzig Jahre vorgearbeitet war und welchen Dank die Männer verdienen, von denen in jener Zeit der Kampf im Innern unseres Vaterlandes geleitet wurde.

Breslau, den 16. Mai 1876.

Ferd. Fischer.

I n h a l t.

Einleitung.

	Seite.
Das Revolutionsjahr. Der Antrag des Dr. Stein in der Nationalversammlung. Auflösung derselben. Detraction der Verfassung. Wahl zu den neuen Kammern. Beschlüsse derselben und Auflösung.	1

Erstes Capitel.

Rundschau im Innern nach Auflösung der Zweiten Kammer. Stimmung des Volkes. Ministerium. Rantenffel. Friedrich Wilhelm IV.	15
--	----

Zweites Capitel.

Rundschau nach Außen. Die Großmächte und die deutschen Regierungen. Hannover. König Ernst August und die Camarilla. Der Aufstand in Dresden. Stimmung der süddeutschen Höfe und des Volkes. Württemberg. Baiern. Aufstände in der Pfalz und in Baden.	43
---	----

Drittes Capitel.

Aufregung in Berlin. Aufstand in Breslau. Verordnung über den Belagerungszustand. Militärische Verordnungen. Einziehung der Landwehr. Aufstände in Elberfeld, Herlohn, Hagen und Prüm.	74
--	----

Viertes Capitel.

Statistische und culturhistorische Verhältnisse.

Die Armee. Der Offizierstand. Die Landwehr. Die Flotte. Der Beamtenstand, seine politische Gefinnung und Stellung. Ministerium. Ober-Präsidenten. Landräthe. Der Rußikalstand. Städtische Verhältnisse Schulmänner. Begünstigung der Katholiken. Der Handelsstand. Der Handwerkerstand. Rothstand der Gewerbe. Arbeiterstand. Veränderungen der Gerichtspflege. Die ersten Schwurgerichte in Altpreußen und deren Verhandlungen. Die Rheinprovinz und deren Stimmung von 1815 bis 1850. Die Vertretung nach Außen. Das Finanzministerium. Der Staatsetat.	92
---	----

Fünftes Capitel.

Das Vereinsleben und die kirchlichen Streitigkeiten.	169
--	-----

Sechstes Capitel.

Die Presse.	215
---------------------	-----

Siebentes Capitel.

Verhalten der Regierung.

Beförderung des militärischen Kostengeistes. Polizeiliche Ausweisungen aus Berlin. Enthüllungen. Obbsche. Ohm. Waldeck's Verhaftung und Freisprechung. Das Berliner Kriegsgericht. Auberweitige Untersuchungen. Amtsentlassungen.	238
---	-----

Achtes Capitel.		Seite.
Die octroyirte Wahlverordnung. Das Proletariat. Die ländlichen Verhältnisse desselben.		261
Neuntes Capitel.		
Die deutsche Nationalversammlung.		291
Zehntes Capitel.		
Unionversuche.		
Der König. Oesterreich. Die preussischen Parteyen. Kadowitz. Canitz. Fürst Schwarzenberg. Oesterreichische Politik. Zurückweisung der preuss. Vorschläge.		377
Elftes Capitel.		
Die Dreikönigsverfassung.		
Der König. Seine Freunde. Kadowitz. Die Dreikönigsverfassung. Baiern, Hannover und Sachsen. Das Bündniß zwischen Preussen, Hannover und Sachsen vom 26. Mai 1849. Späteres Verhalten von Sachsen und Hannover.		419
Zwölftes Capitel.		
Baiern und die Versammlung in Gotha.		
v. d. Pfordten. Verhandlungen in Berlin. Zusammenkunft in Gotha. v. Binde. v. Gagern.		478
Dreizehntes Capitel.		
Verordnungen über die Presse und Vereine.		530
Vierzehntes Capitel.		
Disciplinarverordnungen.		556
Fünfzehntes Capitel.		
Der pfälzische, badische Krieg. Die hohenzollernschen Länder.		571
Sechzehntes Capitel.		
Schleswig-Holstein.		
Verhältniß der Herzogthümer zu Deutschland vor 1848. Preussen und die Herzogthümer in den Jahren 1848 und 1849. Hamburg. Die preussische Flotte.		633
Siebenzehntes Capitel.		
Die Wahlen.		714
Achtzehntes Capitel.		
Die Centralgewalt. Der Reichsverweiger. Biegelebens Versuche. Teplitz. Das Interim.		743
Neunzehntes Capitel.		
Rundschau am Ende des Jahres 1849. Innere und äußere Zustände.		778
Zwanzigstes Capitel.		
Preussens Geschichte aus der Perspective vom culturhistorischen, politischen und nationalen Standpunkte		796

Einleitung.

Das Revolutionsjahr. Der Antrag des Dr. Stein in der Nationalversammlung. Auflösung derselben. Octroyirung der Verfassung. Wahl zu den Kammern. Beschlüsse derselben und Auflösung.

Seit den Erhebungsjahren waren in Preußen die aus der Reformation und dem geistigen Aufschwung des vergangenen Jahrhunderts entsprungenen politischen Ideen der modernen Zeit zum allgemeinen Bewußtsein des dritten Standes gelangt und hatten einen gefahrdrohenden geistigen Kampf mit Absolutismus und Feudalismus herbeigeführt. Dieser Kampf schien durch die Ereignisse des Monats März im Jahre 1848, durch die Beschlüsse des zweiten Vereinigten Landtages und die königlichen Verordnungen vom 6. und 8. April beendet zu sein. Die königliche Allmacht war aufgegeben, die Wünsche und Ansprüche des dritten Standes hielt man für erfüllt und der Unterschied der Stände, auf welchen Jahrhunderte lang die socialen Verhältnisse gegründet waren und welcher in den letzten Jahrzehnten so nachtheilig auf die Entwicklung des preussischen Staates eingewirkt hatte, war vernichtet.

Ein solcher Sieg mußte nicht bloß im dritten Stande, sondern auch in der besitzlosen Volksklasse, welche durch den Barrikadenkampf zur endlichen Erreichung des erstrebten Ziels beigetragen hatte, eine gewaltige Bewegung verursachen und diese war nicht zum augenblicklichen Stillstand zu bringen. Ungefesselt durch Vereins- und Preßgesetze nahm sie in den ersten Tagen nach dem Märzkampfe reißend zu und wurde von da an immer rascher und rücksichtsloser fortgetrieben. Neue Wünsche und Ansprüche entstanden, bisher unbekannte Elemente wurden heraufgetrieben und neues Ringen versucht. Der den Norddeutschen bisher fremde Wunsch nach Republik tauchte plötzlich auf und genügte noch nicht. Die wildesten

Ideen, die wahnsinnigsten Anforderungen und die verwegensten Pläne wurden in den Vereinen heimlich und die Umgestaltung der socialen Verhältnisse durch Hilfe der rothen Republik erstrebt.

Diesen Auswüchsen der Bewegung trat der intelligente Theil des Volkes entgegen, welcher die Errungenschaften befestigen und ausbilden und sie als Quelle der Wiedergeburt der verjüngten Monarchie benutzen wollte.

In den Wahlen hatte diese große Partei gesiegt und war vorzugswelse in den beiden großen Parlamenten zu Frankfurt und Berlin vertreten; aber die Bewegung riß auch die Parlamente fort und führte in Frankfurt zum beschränkten Veto und zum unbeschränkten Wahlgesetz und in Berlin zur Aufhebung des Adels und zur beabsichtigten Beschränkung der Exekutivgewalt. Wenn trotzdem die revolutionäre Bewegung in Preußen nicht einmal zum Ausbruch kam und Alles ohne Kampf vorüberging, so lag der Grund einerseits darin, daß Männer fehlten, welche mit geistiger Kraft und Organisationstalent rücksichtslose Entschiedenheit verbunden und welche, wie einst Danton, keine Mittel scheuten, das erstrebte Ziel zu erreichen und andererseits, daß im Frankfurter und Berliner Parlamente die ersten Monate fast ganz thatenlos verstrichen und dadurch nicht bloß den Fürsten sondern auch der nach und nach erstarkenden feudalen Partei die Möglichkeit zum Widerstande gewährt, das Volk aber ermattet wurde.

Die feudale Partei war in den ersten Wochen scheu zurückgewichen und hatte nicht gewagt, offen hervorzutreten. Erst als der edle, aber nicht thatkräftige Camphausen das Beamtenthum zum Schilde der Monarchie machte und dasselbe in alter Machtvollkommenheit unverändert bestehen ließ, ermannte sie sich, erkannte in dem Beamtenthume den Nothanker ihrer Errettung und suchte unter dem Scheine constitutioneller Gesinnung und vereint mit denen, welche aus Liebe zu den bisher bestandenen Verhältnissen oder aus Furcht vor den drohenden Uebergriffen die Reaction erstrebten, auf die Wahlen einzuwirken. Als später das Beamtenthum wieder die Zügel erfaßte, kräftigte sich auch die reactionäre und feudalistische Partei. Die letztere, noch immer mächtig durch ihre staatliche Stellung, durch Reichthum, Einfluß am Hofe und durch Verbindung mit dem Beamtenthume und dem Priesterthume beider Confessionen, hatte schon im Sommer zur Wahrung der gutherrlichen Interessen das sogenannte Junkerparlament, welches unter Leitung von Bülow-Gummerow in Berlin tagte, zusammengerufen, und fast zu gleicher Zeit war die Neue preussische Zeitung gegründet worden, welche sehr bald unter dem Namen der „Kreuzzeitung“ in den feudalen, reactionären und frömmelnden Kreisen Ber-

breitung erhielt und mit offenem Visir jeder Freiheitsbestrebung entgegen trat.

Neben diesen Parteien verfolgten Ultramontane und Partikularisten ihre besonderen Zwecke. Schon vor den Wahlen waren die Ersteren hervorgetreten und hatten das Associationsrecht benutzt, um Vereine zu bilden, welche einen ausschließlich katholischen Zweck hatten und in katholischen Gegenden die Wahlen leiteten. Bei denselben berücksichtigten sie nicht die politischen Anschauungen des Candidaten, sondern lediglich seine Stellung zur Kirche. In beiden parlamentarischen Versammlungen gehörten nicht Wenige der linken Seite an, während Andere in der Zurückführung des Staatsverhältnisse früherer Jahrhunderte Heil und Rettung erkannten; Alle aber darin einig waren, daß die Kirche von der Controle des Staates zu befreien sei.

Anders verhielt es sich mit den Partikularisten. Verschieden waren in Preußen die Provinzen des lang gestreckten Landes in Lage, Geschichte und Religion, verschieden in ihren Interessen und in ihren Wünschen; aber von keiner Seite wurden in der berliner Nationalversammlung besondere Vorrechte oder besondere Wünsche geltend gemacht. Um desto mehr trat der Partikularismus im frankfurter Parlamente hervor. Dort hatten sich von Anfang an partikularistische Richtungen geltend gemacht, welche theils durch eine gewisse, nicht ganz unberechtigte Abneigung der Süddeutschen gegen Preußen, theils durch die verschiedenen Interessen der einzelnen Länder und Vändchen entstanden waren. Dieser Partikularismus war durch die Regierungen unterstützt worden und hatte auf die Beschlüsse des Parlaments einen nicht geringen Einfluß, obwohl er, seiner Natur nach, nicht zur Parteibildung geeignet war und nur im ersten Anfange durch die in der Loge Sokrates zusammengetretenen Oesterreicher vertreten wurde. Unter sich waren die Partikularisten in Uebereinstimmung mit den Republikanern des Donnersberges und des Deutschen Hauses in der Abneigung gegen Preußen einig. Ein Ergebnis dieser Abneigung, welche auch von den Mitgliedern anderer Parteien getheilt wurde, war die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser gewesen. Durch diesen Act, welcher zwar in vermeintlicher Souveränität des Parlaments vorgenommen wurde, jedoch aus dem Wunsche der Regierungen herrührte und dessen Bedeutung dadurch geschwächt wurde, daß der Bundestag vor der Uebernahme des Amtes in feierlicher Sitzung seine verfassungsmäßigen Rechte und Verpflichtungen in die Hände des Gewählten gelegt hatte, war die Macht des Parlaments gebrochen worden. Gerade Oesterreich konnte ein geschlossenes, einiges und freies Deutschland nicht wünschen und so ohnmächtig es auch in jenen Monaten war, so wurde doch der österreichischen

Regierung durch die Stellung des Erzherzogs möglich, diejenigen zu unterstützen, welche die Verhandlungen über die künftige Reichsverfassung hinauszuschieben suchten. Mit Beratungen über die Grundrechte, über die flmburger und die polnische Frage und über Schleswig-Holstein wurden kostbare Monate verbracht und erst am 19. October in der hundertsten Sitzung begannen die Verhandlungen über die Reichsverfassung, also zu einer Zeit, wo in Frankfurt schon länger als einen Monat der Belagerungszustand währte, wo in der Mark die Truppen zusammengezogen wurden und in Wien der Kampf begonnen hatte.

Bei weitem besonnener und praktischer war die Versammlung in Berlin vorgegangen. Ihr war bald nach der am 22. Mai stattgefundenen Eröffnung ein Verfassungsentwurf vorgelegt worden, der ihren Wünschen so wenig entsprach, daß am 15. Juni beschlossen wurde, eine Commission zur Umarbeitung der Regierungsvorlage oder zur Ausarbeitung eines andern Entwurfes zu ernennen. Die zu entwerfende Verfassung sollte nun aber nicht bloß auf dem Papiere stehen, sondern in Mark und Blut des Volkes übergehen und demselben nicht beschränkt und entrisen werden können. Zu diesem Zwecke war die Nationalversammlung bemüht gewesen, zugleich mit der Verfassung das ganze staatliche Leben des Volkes neu zu organisiren. Das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit, das Jagdgesetz, das Bürgerwehrgesetz u. s. w. wurden beschlossen, Befreiung von den bäuerlichen Lasten berathen und ein neuer Verfassungsentwurf vollendet. Dieses entschiedene Vorgehen hatte der Versammlung eine moralische Macht im Volke verschafft und auch die Partelen der Mitte fortgerissen und zwar um so mehr, als man mit dem schwankenden Verhalten der verschiedenen Ministerien unzufrieden war. Trotzdem war in der Nationalversammlung das Gefühl der Schwäche vorherrschend und insbesondere blickte man mit Besorgniß auf die Armee.

In der Hoffnung, daß eine vom Kriegsminister ausgegangene Aufforderung, „die unerschütterliche Treue gegen den Kriegsherrn auch auf das constitutionelle Staatsleben auszudehnen“, einen günstigen Eindruck auf die Truppen machen würde, wurde beschlossen, das Ministerium zu einem solchen Erlaß aufzufordern. Der Beschluß und die Ausführung desselben blieben ohne Wirkung auf die Armee; aber ersterer führte den Sturz des Auerwald'schen Ministeriums mit sich, beförderte den Sieg der Linken in der Nationalversammlung und veranlaßte den Entschluß des Königs zur Herbeiführung der Reaction, mit einem Worte: er wurde der Wendepunkt der Revolution.

Die Gelegenheit zum Vorschlag eines solchen Armeebefehls hatte ein Vorfall in Schweidnitz gegeben. Dort war nämlich durch die Ungeschick-

sichkeit und Taktlosigkeit des Commandanten ein Conflict zwischen Militär und Bürgerwehr entstanden, bei welchem es zum Feuern kam und 14 Bürgerwehrmänner getödtet wurden. Dr. Stein, Mitglied der Linken, theilte dies der Versammlung mit und beantragte, „der Kriegsminister möge in einem Erlasse aussprechen, daß die Offiziere allen reactionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Conflicte jeder Art mit dem Civil vermeiden, sondern auch durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen möchten, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines constitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollten.“ Zu dieser Erklärung hatte Schulz (Wanzenleben) noch den Zusatz beantragt, „daß den Offizieren, mit deren politischen Ueberzeugungen dies nicht vereinbar sei, zur Ehrenpflicht gemacht werde, aus der Armee auszutreten.“ Das Ministerium hatte sich über diesen Schulz'schen Antrag ausgeschwiegen und die Folge dieses Ausschweigens war die Annahme beider Anträge, wenn auch der Schulz'sche nur mit einer Mehrheit von einer Stimme durchging. Die Beschlüsse blieben unbefolgt und wurde an die Aufforderung des Heeres, wie Bunsen mittheilt, gar nicht gedacht; vielmehr erklärte diesem der Kriegsminister von Schreckenstein, „die Sache ist unsittlich und inquisitorisch, ich werde nicht das Unrecht thun“. Dieses Stillschweigen erbitterte die Versammlung und die linke Seite wollte wieder den Antrag aufnehmen, als das Staatsministerium in einem Schreiben erklärte, „daß die Befehlshaber durch geeignete Erlasse des Kriegsministeriums auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht worden wären, daß dagegen ein allgemeiner Erlaß dem Geiste und Wesen einer Armee nicht entspreche und nur dazu dienen könne, Ordnung und Disciplin zu untergraben. Es sei daher dem Kriegsministerium die Wahl der Mittel zu überlassen, um den, von der Nationalversammlung erstrebten Zweck zu erreichen.“ Die Antwort verletzte selbst die gemäßigte Partei; denn nicht verhehlen konnte man sich, daß die Regierung auf die Zustimmung des Offizierstandes mehr Gewicht, als auf die der Vertretung des Volkes lege und daß man die Armee nicht zur Befestigung der constitutionellen Erwerbschaften benutzen wolle. Zugleich hielt man dafür, daß es der Vertretung des Landes nicht zieme, von dem einmal gefassten Beschlusse abzugehen und sich durch Rücknahme desselben dem Spotte der Gegner auszusetzen. Diese Stimmung wurde von der Linken benutzt, um einen Bruch mit dem Ministerium herbeizuführen und ein neuer Antrag des Dr. Stein ging dahin, zu beschließen: „daß es dringendste Pflicht des Staatsministeriums sei, den von der Nationalversammlung am 1. August beantragten Erlaß ohne Weiteres zur Beruhigung des Landes und Erhaltung des Vertrauens, so wie zur Vermeidung eines Bruches mit der Ver-

sammlung ergehen zu lassen“. Unruh, Mitglied des Centrums, war hiermit einverstanden und bezeichnete im Namen seiner Fraktion das Zurückgehen als „eine moralische Vernichtung der Versammlung. Es sei ein officieller Schritt der Reaction, wenn man den Ministern das Recht einräume, die Beschlüsse der Versammlung nicht auszuführen und doch auf ihren Plätzen zu bleiben“. Er beantragte eine Resolution, in welcher erklärt wurde, „daß keine Erforschung der Gesinnung, kein Gewissenszwang durch den Beschluß vom 9. August ausgesprochen werden sollte und nur für den Fall ein Mißtrauensvotum auszusprechen sei, wenn das Ministerium noch ferneren Anstand nehmen würde, den Erlaß ergehen zu lassen“. Selbst von der rechten Seite blieb das Verfahren des Ministeriums nicht ungerügt und verlangte dieselbe, daß vom Ministerium die Offiziere der Armee vor reactionären und republikanischen Bestrebungen gewarnt würden. Jetzt erst erkannte der Kriegsminister die unglücklichen Folgen seines passiven Verhaltens und suchte sie dadurch zu beseitigen, daß er sich mit dem Antrage der rechten Seite einverstanden erklärte; allein die Versammlung war zu aufgeregt, um dem beizustimmen. Die Vorschläge der rechten Seite und der Mittelpartei fielen und der Antrag Steins wurde angenommen.

Zum ersten Male hatte die linke Seite bei einer wichtigen Frage den unbefchränkten Sieg errungen und von da an neigten sich die Centren immer mehr zu der linken Seite. Von Neuem bestätigte sich die alte Erfahrung, daß es den parlamentarischen Versammlungen ebenso wie den einzelnen Individuen geht. Ist die Mitte einmal nach rechts oder links überschritten, dann ist ein Hemmen oder Stillhalten oder Umkehren schwer. Im raschen Fluge rollt man die schiefe Ebene herunter, bis von Außen ein Widerstand entgegentritt. So kam es, daß die rechte Seite bei der Wahl eines neuen Präsidenten für v. Unruh stimmte und trotzdem selbst dieser nur mit 171 Stimmen gegen 170 den Sieg über ein Mitglied des linken Centrums errang; daß bei dem Titel des Königs die Worte „von Gottes Gnaden“ mit 217 gegen 134 gestrichen: daß mit 200 gegen 153 Stimmen der Adel abgeschafft wurde und daß sich nach der Vertagung und Verlegung der Versammlung und nach Erklärung des Belagerungszustandes noch die Majorität von 247 im Lokale des berliner Schützenhauses zusammen fand und sich schließlich 227 Stimmen für die Steuer- verweigerung erklärten.

Auch nach der andern Richtung wurde der Stein'sche Antrag und die Verhandlungen darüber für Preußens Geschicke bedeutsam. Der König war dadurch schwer verletzt worden. Er hielt dafür, daß er als oberster Kriegsherr allein über das Wesen und den Geist seiner Armee zu ent-

scheiden habe und daß sie ein Damm gegen die Revolution sei. Dieser Damm schien ihm durch die Beschlüsse der Nationalversammlung überschritten und daher ein ernstes Dazwischentreten nöthig zu sein, wenn nicht ein ungünstiger Verlauf für die Krone eintreten sollte. Seinem edlen Wesen waren Lüge und Falschheit fremd. Im August hatte er bereits in Köln Heinrich v. Gagern gegenüber erklärt, „man möge nicht vergessen, daß es noch Fürsten in Deutschland gebe“ und noch deutlicher hatte er an seinem Geburtstage die Deputation der Nationalversammlung, die Commandeure der Bürgerwehr und die Deputation des Magistrats an seine Macht erinnert. Auch waren diese Warnungen nicht leere Worte und Einschüchterungen; denn seit dem September hatte er Truppen in die Umgegend von Berlin gezogen und zwar solche, bei denen in Folge des dänischen Krieges die strengste Disciplin und Liebe zur Fahne vorherrschten.

Mehr als 50,000 Mann und 60 Geschütze befanden sich in der Nähe Berlins und General Wrangel war zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt worden. Zugleich war mit energischen, dem Könige ergebenen Männern, behufs der Uebernahme des Ministeriums, unterhandelt, vorläufig aber ein Ministerium ernannt worden, welches dem Könige bei den Vorbereitungen zum Widerstande gegen revolutionäre Bewegungen keine Hindernisse entgegensetzte. An der Spitze dieses Ministeriums stand General Pfuel, welchen Stodmar als alt, zerstreut und der ungeheuren Aufgabe nicht gewachsen bezeichnet und welcher sich bald von Barmhagen, bald von der Reactionspartei am Hofe Rathschläge holte. Scheinbar hatte er in Bezug auf den Stein'schen Antrag nachgegeben und einen durch v. Unruh angefertigten Erlaß für die Armee angenommen. Stodmar bezeichnet diese Maßregel „als eine halbe, hervorgegangen aus Furcht vor einer ganzen“, aber er übersah, daß dadurch Zeit zu der bereits beabsichtigten Zusammenziehung der Truppen nach der Umgegend von Berlin gewonnen wurde.

Inzwischen hatte auch die linke Seite in der Nationalversammlung immer mehr die Oberhand gewonnen und die Verathung über die Verfassung war am 12. October mit dem Beschlusse begonnen worden, den Titel des Königs „von Gottes Gnaden“ fortfallen zu lassen. Je heftiger die Debatten geführt wurden, desto mehr hatte sich auch die Aufregung der Hauptstadt gesteigert. Die Straßenclubs hatten sich gemehrt und mit ihnen die Anmaßungen müßiger Arbeiter. Tag für Tag wurde der Sitzungssaal der Nationalversammlung von den Massen umringt und die Abgeordneten der rechten Seite mit Schimpfreden und Drohungen verfolgt. Ja es ging sogar so weit, daß diese Volksmassen in der Mitte

des Octobers die Bürgerwehr angriffen und einen Straßenkampf versuchten.

Zur selbstigen Zeit war bereits in Wien die Revolution ausgebrochen. In barbarischer Weise war der Kriegsminister Latour der rohen Volkswuth zum Opfer gefallen, Soldaten waren übergegangen und der Gemeinderath hatte alle waffenfähige Einwohner zur Vertheidigung aufgerufen. Andererseits war Jellacic vor Wien gerückt, dem Fürsten Windischgrätz über alle Truppen, außer die italienischen, der Oberbefehl anvertraut und der Reichstag am 22. October vertagt worden. Am 29. October hatte Wien capitulirt und obwohl sich die revolutionären Schichten des Volkes dem Einrücken der Truppen widersetzten, so war es doch von denselben ohne schweren Kampf besetzt worden.

Als am 1. November die Nachricht von der Einnahme Wiens in Berlin verbreitet wurde, jubelte die Reaction und hoffte, daß Berlin ein gleiches Schicksal haben würde. In der dortigen Nationalversammlung waren noch am 31. October, an welchem Tage des Vormittags der Adel und alle Orden, mit denen kein Amt verbunden war, abgeschafft wurden, Anträge über die den Wienern zu gewährende Hilfe zur Verathung gekommen und der Antrag wegen Erwirkung der Vermittelung der Centralgewalt durchgegangen. Während der Verathungen hatten sich aufgeregte Volkshaufen bei dem Schauspielhause, worin die Sitzungen abgehalten wurden, versammelt. Solche Versammlungen waren in der letzten Zeit allabendlich gewesen und mehrfach die Drohung kundgegeben worden, in den Sitzungssaal einzubringen. In Erwägung dieser Drohungen hatte der Oberst der Bürgerwehr am Abend des 31. October die innern Räume des Schauspielhauses besetzen lassen und da sich die Nachricht hiervon sehr bald verbreitete, so hatten sich die Volkshaufen vermehrt und Einzelne waren mit Stricken und Beilen herbeigeeilt. Man hatte versucht, den Abgeordneten den Ausgang zu versperren und nur mit Hilfe der noch anderweitig hinzugekommenen Bürgerwehr war es den Abgeordneten der rechten Seite nach beendeter Sitzung gelungen, den Saal zu verlassen. Drohungen folgten ihnen nach und selbst der Ministerpräsident glaubte sich nur dadurch schützen zu können, daß er von den Abgeordneten der linken Seite begleitet wurde und bei einem derselben die Nacht zubrachte.

Jetzt schien dem Könige und seinen in Potsdam weilenden Freunden der richtige Augenblick eingetreten zu sein, um offen mit der Revolution zu brechen und den Massen darzuthun, daß sich die Krone noch im Besitze der Macht befände; aber es geschah dies nicht in roher, gewaltsamer Weise, sondern mit Beobachtung der Geseze und als Folge der von der andern Seite vorgenommenen Ueberschreitung.

Das Ministerium Pfuel wurde entlassen und dem Grafen Brandenburg und v. Manteuffel die Leitung der Regierung übertragen. Sie begannen mit Verlegung der Versammlung nach Brandenburg und ihrer Vertagung, und von da an erfolgte vom Gebäude des Kriegsministeriums aus, wo sämtliche Minister bei Tag und Nacht weilten, Schlag auf Schlag. Die Truppen waren am 10. November nach Berlin gezogen worden; das Sitzungsgebäude wurde geschlossen, von Soldaten besetzt, die Bürgerwehr am 11. November aufgelöst und da nicht Alle sofort ihre Waffen zurückgaben, am 12. November der Belagerungszustand erklärt. Diesen energischen Maßregeln wurde nur passiver Widerstand entgegengesetzt; das Volk räsonnirte, verließ sich und lieferte die Waffen aus. Vom Augenblicke der Verkündung des Belagerungszustandes beherrschte Wangel die Hauptstadt.

Nur von Seiten der Nationalversammlung war Widerstand geleistet worden. Ein großer Theil derselben setzte unter seinem Präsidenten die Sitzungen fort. Man vertraute auf die Provinzen, aus denen in kürzester Zeit mehr als 10,000 Zustimmungsadressen, Ermunterungen und Versprechungen von Hilfe und Unterstützung eingegangen waren. Durch diese Zustimmungen getäuscht und durch das Verhalten der Militärmacht, welche die Versammlung aus einem Saale in den andern drängte, erbittert, hatte sie sich zu dem letzten ihr zustehenden Mittel entschlossen und den Beschluß gefaßt, „daß das Ministerium, so lange die Nationalversammlung nicht ungestört in Berlin ihre Verathungen fortsetzen könne, nicht berechtigt sei, über Staatsgelder zu verfügen und Steuern zu erheben.“ Als dieser Beschluß in den Provinzen bekannt wurde, hatte sich zwar in den ersten Tagen die Aufregung gemehrt und an verschiedenen Orten war versucht worden, Sicherheitsausschüsse zu bilden: aber die der Nationalversammlung in Aussicht gestellten Zuzüge und Unterstützungen blieben aus und in keinem Theile der Monarchie hatte die augenblickliche Aufregung zum Aufstande geführt. So war denn der Oppositionspartei der Nationalversammlung, wenn sie irgend eine Macht noch geltend machen wollte, nichts weiter übrig geblieben, als der rechten Seite zu folgen und nach Brandenburg zu gehen. Ehe sich nun aber die Nationalversammlung daselbst vollständig gesammelt hatte, war ihre Auflösung und die Octroirung der Verfassung vom 5. December 1848 erfolgt.

Dadurch hatte plötzlich die Stimmung des Landes eine Aenderung erhalten. Die Oppositionspartei hatte durch ihr Erscheinen in Brandenburg nachgegeben und war durch die Auflösung machtlos geworden; denn eine zur Revolution neigende Partei kann ohne Nachtheil weder freiwillig zurückweichen, noch gewaltsam zurückgeworfen werden, da jedes, gleichviel

ob gewaltsames oder freiwilliges Nachgeben, ja sogar schon jedes Stillstehen in den Augen der Massen eine Schwäche ist, welche die Furchtsamen zu der Gegenpartei hinzieht.

Noch bei weitem einflußreicher auf die Stimmung der Massen war der Erlaß der Verfassung. Sie wurde als ein Friedensvorschlag der Krone und als eine Bürgschaft für das Festhalten am königlichen Worte gehalten. *) Trotzdem, daß die Regierung Sieger geblieben war und sich die Demokratie als ohnmächtig gezeigt hatte, war eine Verfassung verkündigt worden, welche alle im März verheißene Errungenschaften enthielt und wenigstens im Allgemeinen mit dem Entwurfe, den die Commission unter Waldeck's Leitung vorgelegt hatte, übereinstimmte und welche auch freisinniger war, als diejenige, die Preußen gegenwärtig besitzt.

Die Wirkung der Mäßigung zeigte sich sofort. Schon der Belagerungszustand hatte für Berlin äußere Ruhe und Ordnung zurückgeführt, die Straßencubbs hatten aufgehört, von den Bürgerwehrmännern war ihre Berufsarbeit wieder aufgenommen worden und die Arbeiter hatten sich den Gesetzen gefügt. Diese Ruhe, ursprünglich in Berlin erzwungen, war durch die Verkündigung der Verfassung auf die ganze Monarchie übergegangen. Die Besorgniß war verschwunden, daß die Regierung der Reaction nachgeben und dem Volke die Errungenschaften entziehen könnte. Berlin und Breslau, welche sich noch nach dem 9. November für die Nationalversammlung erklärt hatten, überreichten Loyalitätsadressen und eine nicht geringe Zahl anderer Städte folgte ihrem Beispiele. Gleiche Erklärungen ergingen von dem höchsten Gerichtshofe der Monarchie und der Universität zu Berlin. Handel und Gewerbe schienen sich in den letzten Wochen des Jahres wieder zu heben, ein nicht geringer Theil der Fortgezogenen kehrte nach Berlin zurück, die dortigen Wohnungen stiegen wieder im Preise und an den daselbst zur Weihnachtszeit üblichen Freuden schien man wieder lebendigen Antheil zu nehmen.

So war am Ende des Jahres 1848 ein Ruhepunkt eingetreten. Was im März erkämpft und verheißten, war durch die vom Könige erteilte Repräsentativverfassung gesichert und von seiner Seite gesetlich sanctionirt worden. Wie diese Verfassung noch umgestaltet werden, welche Kämpfe die Umgestaltung mit sich führen, welche Stellung Preußen zu Deutschland einnehmen sollte, verblieb allerdings der nächsten Zeit vorbehalten; allein die Revolution war geschlossen und das neue Staatsgesetz maßgebend. Die Zuckungen, die im Jahre 1849 hervortraten, waren Nach-

*) Für das Festhalten am königlichen Worte hatte sich bereits in den Novembertagen der charakterfeste Prinz von Preußen den städtischen Behörden Berlins gegenüber verbürgt.

wehen aus der vergangenen Zeit oder Vorwehen einer künftigen Zeit; denn wie in der Natur, so ist auch in der Geschichte der Völker nirgends volle Ruhe und Stillstand und indem ein Ziel erreicht ist, eröffnen sich dadurch neue Bewegungen und neue Kämpfe. Der Kampf um die Stellung Preußens in Deutschland hatte zwar 1848 bereits begonnen, aber erst den nächsten 25 Jahren war es vorbehalten, ihn zum glücklichen Austrag zu bringen. Auch die Vorboten zweier anderer Kämpfe hatten sich im Laufe des Jahres 1848 gezeigt und waren um so gefährlicher, als sie nicht bloß die Freiheit des Einzelnen und das Bestehen geordneter Staaten, sondern auch die Bildung und geistige Kraft des Jahrhunderts zu bedrohen schienen. In Frankreich war das Gespenst des Communismus in der Junischlacht zum ersten Male unverhohlen zum Vorschein gekommen und hatte nach Deutschland herübergeschaut und in Gaeta hatte der Jesuitismus im Bündnisse mit dem Papstthume neue Kraft zur Unterdrückung der Selbstständigkeit des Individuums erlangt. Aber diese Erscheinungen hatten mit dem Kampfe, welcher in Preußen um die bürgerliche Freiheit geführt wurde, nichts gemein. Auch hielt man dieselben am Ende des Jahres 1848 für Preußen noch für gleichgiltig, denn der Socialismus war in Frankreich durch die Wahl Napoleons zum Präsidenten für die nächste Zeit beseitigt und der Papst erschien machtlos, da er aus Rom geflohen und diese Weltstadt entschlossen war, auf's Neue eine Republik zu gründen.

Das letzte Jahr der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts begann in Preußen mit den Vorbereitungen zu den Wahlen für die beiden Kammern. Je näher diese Wahlen kamen, desto schroffer sonderten sich die Parteien: aber trotzdem war die Leidenschaftlichkeit geringer, als im vergangenen Jahre. Nicht mehr handelte es sich um allgemeine Anschauungen, die nicht selten in Unklarheit verschwimmen, sondern um zwei bestimmte Hauptfragen: ob die zu wählenden Abgeordneten die Verfassung annehmen oder ablehnen und ob die sogenannte rettende That des Ministeriums gebilligt oder als ein Rechtsbruch und als eine Verletzung des Volkes angesehen und die Sühne durch Entfernung des Ministeriums errungen werden sollte. Für diese Entfernung erklärten sich nicht bloß die Demokraten, sondern auch diejenigen, welche mit der octroirten Verfassung einverstanden waren und nur mit dem einsichtigen Staatsmann Palmerston die Ansicht theilten, „daß an die Stelle der Minister Männer treten müßten, deren constitutionelle Gesinnung dem Volke bekannt wäre“.

Selbstverständlich konnten dagegen diejenigen, welche dem Könige lediglich eine erbliche Präsidentenstelle gewähren oder ihn ganz entbehren wollten, mit der Verfassung nicht zufrieden sein. Sie hofften auf das

verbliebene allgemeine Wahlrecht und benutzten das unbeschränkte Vereinsrecht, um zu agitiren. Sie wiesen darauf hin, daß die octroyirte Verfassung eine Erste Kammer einführe, deren Existenz und Zusammensetzung demokratischen Prinzipien widerspreche, daß das Steuerbewilligungsrecht nur ein beschränktes sei und die Octroyirung der Gesetze gestattet werde. Zugleich machte man darauf aufmerksam, daß die Junker- und Geheimerathspartei Hoffnung hege, eine reactionäre Kammer zu erlangen, um mit deren Hilfe dem Volke seine errungenen Rechte wieder zu entziehen. Auch verfehlte man nicht, den Rustikalstand daran zu erinnern, daß die Agrargesetzgebung noch in der Schwebe sei und die Interessen der Landbewohner allein von der linken Seite der Nationalversammlung wahrgenommen worden wären und daß die Gutsbesitzer, wenn sie oder die ihnen Gleichgesinnten gewählt werden sollten, Entgegengesetztes erstreben würden.

Nicht minder thätig war die reactionäre Partei. Schon im Herbst hatte sich der Kreisadel in mehreren Kreisen zum gemeinschaftlichen Handeln verbunden und in einzelnen Gegenden war man sogar so weit gegangen, gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung zu protestiren und ihr die Befugniß zu bestreiten, daß sie ohne Einwilligung des Adels zur Abschaffung ständischer Rechte berechtigt sei. Seit den Novembertagen verhehlte auch die reactionäre Partei nicht mehr ihren schweren Grimm und ihren erbitterten Haß gegen die Vorfälle des Jahres 1848 und gegen die Männer, die in diesem Jahre hervorgetreten waren. Dieser Haß war auch in die sonst so geglätteten, von Politik sich fern haltenden geselligen Kreise der vornehmen Welt gebrungen. Nicht bloß im Verkehre der Männer, sondern auch in den feinen Zirkeln der Damen war Politik Gegenstand der Gespräche und suchte man etwas darin, die politische Färbung dadurch kund zu geben, daß man mit Leidenschaft gegen die auftrat, welche nicht in sofortiger Annahme der octroyirten Verfassung und in der Revision zu Gunsten feudaler Rechte Heil und Rettung erkannten. Zugleich benutzte man die bestehenden socialen Verhältnisse, um durch Entziehung oder Ueberlassung von Arbeit, durch Herablassung und Anlockungen aller Art, selbst durch Theilnahme an Vergnügungen auf die mittleren und niederen Klassen des Volkes einzuwirken. Die Folgen dieser Bemühungen zeigten sich sehr bald. Der Gewerbestand, der wenigstens zum Theil von den reicheren reactionären Familien lebte, zog sich aus den Clubs zurück und ging nicht selten zu der entgegengesetzten Partei über.

In ähnlicher Weise wurde auf dem Lande verfahren. Die Rustikal-

bewohner wurden von den großen Grundbesitzern, den Geistlichen und den Beamten, namentlich den Landräthen mit ihren Gensdarmen und Kreissecrätären bearbeitet und Drohungen und Versprechungen aufgeboten, um sie zu Wahlen zu veranlassen, welche der Absicht der Partei entsprachen.

Auch die Regierung blieb bei dem Wahlkampfe nicht müßig. Verschiedene Wahlkreise waren umgestaltet worden, um demokratische Volksmassen zu zerplittern. Die Richter, welche sich wenigstens theilweise in der Nationalversammlung zur demokratischen Partei sehr hingeneigt hatten, sahen sich in Folge der im Januar 1849 octroyirten neuen Gerichtsverfassung mit einer ihnen ungünstigen Versekung bedroht, wenn sie den Absichten der Regierung entgegen wählten. Der Gewerbestand wurde durch die neu eingeführten Gewerbegerichte günstig gestimmt.

Mehr noch als die Anordnungen der Regierung und das Wählen der reactionären Partei wirkte das allgemeine Bedürfniß nach Ruhe und Ordnung. Selbst da, wo schroffe Parteimänner gewählt wurden, hatte man nicht selten den Gewählten Versöhnung mit der Regierung an's Herz gelegt.

Im Ganzen neigten sich beide Kammern anfänglich zur conservativen-constitutionellen Seite. Aus der Mitte dieser Partei wurden auch in der Zweiten Kammer die Präsidenten gewählt, von ihr wurde die Adresse und damit die Annahme der Verfassung durchgeseht und sie war es vorzugsweise, welcher der Fortgang der Gerichtsorganisation zu verdanken war; aber freilich änderte sich die Stellung der Parteien durch die Debatte über die deutsche Frage und den Belagerungszustand.

Was in den Kammern verhandelt wurde, welches Partelleben sich in ihnen gestaltete, wie sich die Zweite Kammer immer mehr nach links neigte, welche äußeren Ereignisse auf die Verhandlungen um die Auflösung der Zweiten Kammer Einfluß hatten, alles das habe ich in meiner Geschichte der preussischen Kammer, Verlag von Duncker und Humblot 1849, ausführlich mitgetheilt und verweise ich darauf. Vier Punkte waren es, auf welche sich die Thätigkeit der Kammern vorzugsweise erstreckte: die Annahme der Verfassung, die Berathungen über die Einführung der octroyirten Gerichtsorganisation und den Belagerungszustand und die Beschlußfassung über die Annahme der deutschen Krone.

Schon am 27. April erfolgte die Auflösung der Zweiten Kammer, nicht weil die Abstimmungen über die Reichsverfassung und den Belagerungszustand ungünstig für die Regierung ausgefallen waren; sondern um nicht beim Vorgehen in der deutschen Sache gehemmt zu werden.

Nur wenige Tage über 2 Monate war sie zusammengewesen; aber

trotzdem war ihre Thätigkeit keine vergebliche. Durch die Annahme der Verfassung erkannten auch die Kammern an, daß die Revolution geschlossen und die monarchische Repräsentativverfassung Grundgesetz für Preußen sei, und in dem Beschlusse der Zweiten Kammer wegen Annahme der deutschen Krone lag das Anerkenntniß, daß Deutschland eine einheitliche Regierung bedürfe und diese Preußen zukomme und wurde dadurch für das preussische Volk die Verpflichtung übernommen, die Einheit Deutschlands zu erstreben.

Erstes Capitel.

Randschau im Innern nach Auflösung der Zweiten Kammer. Stimmung des Volkes.
Ministerium Manteuffel. Friedrich Wilhelm IV.

Als die Abgeordneten nach der am 27. April 1849 erfolgten Auflösung der Zweiten Kammer und Vertagung der Ersten in ihre Heimath zurückkehrten, fanden sie das Volk in Folge der Ablehnung der Kaiserkrone und der Auflösung der Zweiten Kammer verstimmt und aufgeregt. Auf die Anschauungen, Wünsche und Stellung der Parteien waren beide Ereignisse nicht ohne Einfluß geblieben. Zwar war in Preußen seit den Octobertagen die Theilnahme an den Berathungen und an der Thätigkeit der Frankfurter Versammlung nur sehr gering gewesen, allein sie war wieder aufgelebt, als aus Kremsier die Kunde von der octroyirten Verfassung für die österreichische Gesamtmonarchie kam, als Welcker unerwartet am 12. März im Frankfurter Parlamente den Antrag wegen Ernennung des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser machte und als diese Wahl am 27. März erfolgte und verkündigt wurde. Von dem größeren Theile des preußischen Volkes war die Wahl jubelnd aufgenommen worden: denn seit 1840, wo Frankreich nach der Rheingrenze zu streben schien, und seit den Schleswig-Holsteinschen Streitigkeiten war der Wunsch nach Erzielung deutscher Einheit wieder aufgewacht und dieser Wunsch war durch die Wahl eines deutschen Erbkaisers nicht mehr ein phantastisches Nebelgebilde, sondern gleichsam eine verkörperte Idee, von deren Verwirklichung man geordnete Zustände, Hebung des Handels und Gewerbes, freie Entwicklung der Verhältnisse im Innern und Ansehn der Nation nach Außen hoffte. Durch die Ablehnung der Krone wurden diese Hoffnungen zerstört und die Auflösung der Kammer erregte die Be-

forgniß, daß die Regierung nicht bloß von der Ablehnung der Krone nicht abgehen, sondern auch die Errungenschaften des Jahres 1848 beseitigen oder kürzen würde.

Je schmerzlicher dies dem größeren Theil des preussischen Volkes war, desto empfindlicher wurde ihm der Jubel der Reactionäre, welche die Wahl des Königs zum Kaiser als einen Gegenstand des Hohns erklärten und laut aussprachen: „Die Annahme der Krone würde nicht einmal eine Usurpation, sondern eine Schwäche sein, und der König hätte für dieselbe gegen deutsche Brüder mit dem Schwächsten „ohne Gott für Unrecht“ zu kämpfen.“ Der Welcker'sche Antrag und die Kaiserwahl wurden als „Frechheit, Persibie und Beleidigung des Königs“ bezeichnet und darauf hingewiesen, daß die deutsche Krone mit Blut und Roth befleckt sei und von der Revolution, die bereits im Falliren begriffen wäre, gereicht werde. Ja, Einige gingen soweit, zu erklären, „daß der König den Weg der Treue, Ehre und Macht, den Weg von Gottes Gnaden verlasse, wenn er die Krone annehme“.

Mit den Reactionären stimmten diesmal nicht alle Stodpreußen überein. Nicht Wenige derselben hielten dafür, daß Preußen einer Vergrößerung bedürfe, daß seine gestreckten Grenzen die militärische Hegemonie über die dazwischen liegenden Länder erfordern und die günstige Gelegenheit zur Vermehrung preussischer Macht zu benutzen sei. Die Reichsverfassung könne kein Hinderniß sein; denn nach Annahme der Krone und Wiederherstellung der Ruhe würde es der Regierung nicht schwer sein, im Verfassungswege oder, wenn es nicht anders ginge, mit Hilfe der Armee Abänderungen zu bewirken.

Auch in der katholischen Partei waren die Ansichten getheilt. Die Mehrzahl hielt dafür, daß die deutsche Krone nur einem Katholiken überlassen werden könne, und war daher auch mit der Ablehnung einverstanden. Der geschäftsführende Verein vom Rheinlande und Westphalen erklärte: „Es sei eine große Lüge, zu behaupten, daß die erfolgte Ablehnung der Oberhauptswürde über Deutschland dem laut ausgesprochenen Willen des preussischen Volkes feindlich entgegenstehe.“ Diesen Erklärungen traten die Piusvereine bei und in denselben sprach das frankfurter Parlamentsmitglied Professor Buß offen aus: „das deutsche Kaiserthum wurzele im Katholicismus und wäre die größte katholische Idee der Geschichte. Es dürfe nicht zum Halbdeutschland herabsinken und Pflicht jedes Katholiken sei, auf gesetzlichem Wege zu verhindern, daß die Idee des Kaiserthums auf Kosten des ganzen Deutschlands ausgeführt würde.“ Noch Andere gingen soweit, darauf hinzuweisen, „daß Katholiken und Protestanten sich wohl bei gleichem Interesse zu einzelnen, vorübergehenden politischen

Zwecken die Hand reichen können, daß aber die Religion Alles beherrsche und ihr Nedes weichen müsse.“ (Historisch politische Blätter Bd. 23, S. 576.) Demungeachtet würde man sich sehr irren, wenn man glauben wollte, die ganze katholische Partei habe diese Ansicht getheilt. Unter den strengen Katholiken sprachen sich namentlich General v. Radowiz und v. Bedeborf, einst Curator der evangelischen Universität Berlin und während längerer Zeit heimlicher Katholik, später entfernt und erst von Friedrich Wilhelm IV. wieder in den Staatsdienst gerufen, für Annahme der Krone aus. Jener hob hervor: „Die katholische Kirche brauche nur Gesetze, die ihr Freiheit verbürgen und Gerechtigkeit bei denen, welche sie handhaben. Durch die Nationalversammlung wären Bestimmungen erwachsen, welche der Kirche ihr gutes Recht gewährleisteten. Dieselben müßten allerdings im Sinne der Gerechtigkeit und wahrer Staatsweisheit gehandhabt werden; dafür bürge jedoch noch nicht die katholische Religion des Herrschers, wie die bisherige Gesetzgebung Oesterreichs und die letzten Jahre in Baiern documentiren. Ueberall hätten Katholiken darüber zu wachen, aber nicht hätten sie politische Controversen in das kirchliche Gebiet hineinzuziehen. Er seinerseits sei der politischen Meinung gewesen, Deutschland habe nur die Wahl gehabt zwischen Republik oder Gewaltherrschaft einerseits und einem engeren Bundesstaat unter Preußens Oberhoheit und mit Oesterreich im Bunde, und darum habe er der Wahl des Erbkaisers seine Stimme nicht entzogen und glaube auch, daß diese Wahl die heilige Sache der katholischen Kirche nicht beeinträchtige.“ Noch weiter ging v. Bedeborf; er erklärte, „der Wiedervereinigung der Religionen müsse erst Annäherung, Versöhnung und Friede vorhergehen, und dies sei nur zu hoffen, wenn ein protestantischer Fürst an der Spitze stehe.“

Die Ansichten von Radowiz und Bedeborf waren nicht vereinzelt. Ein großer Theil des katholischen Mittelstandes wünschte ebenso wie der protestantische die Annahme der Krone wie der Reichsverfassung. Mit Jubel war die Deputation, welche dem Könige die Wahl verkünden sollte, in Düsseldorf, Minden und Potsdam und auf dem Rückwege in Halle, Merseburg, Raumburg, Weimar und Erfurt von den Magistraten, den Stadtverordneten und dem Volke empfangen worden und in Berlin wurde sie von Abgeordneten, Magistrat und Stadtverordneten begrüßt und auf Kosten der Stadt bewirthet.

Mit dem Jubel stand der Unwille im Einklange, welcher sich bei der Nachricht von der Ablehnung in allen Provinzen kund gab und sich in unzähligen Adressen und Erklärungen, sowie in einer allgemeinen Aufregung ausdrückte. Allerdings entsprang derselbe bei nicht Wenigen min-

der aus den Sympathien für die Reichsverfassung, als aus dem Wunsche nach Ruhe und Ordnung und nach dem unge störten Betriebe der Geschäfte. Wie Simson, als er die Wahl verkündete, dachte ein großer Theil des dritten Standes an die Götthe'schen Worte:

„Nicht den Deutschen geizt es, die fürchterliche Bewegung
Ziellos fortzuleiten, zu schwanke n hierhin und dorthin.
Dies ist unser; so laßt uns sprechen und fest es behalten.“

Man wollte ein Ziel der Bewegung und hatte gehofft, daß die octroirte Verfassung ein solches bringen würde und wirklich schien es in dem Winter, als wenn die Ruhe und Ordnung wieder zurückgekehrt sei und Gewerbe und Handel sich wieder heben möchten; aber seit der Ablehnung der Krone, die fast in eine Zeit mit der Erneuerung des dänischen Krieges fiel, schien wieder Alles in der Schweb e zu sein. Neue Stockungen im Handel und Gewerbe traten ein. Die Producte hatten keine Ausfuhr. Die Arbeiter waren wieder bedroht, ihre Arbeit zu verlieren. Bauten wurden nicht begonnen und bereits angefangene hinausgeschoben. Sehr viele angesehen e Familien waren im Begriffe, die größeren Städte zu verlassen, Luxusgegenstände wurden nicht gekauft und die Fabriken bereiteten sich zum Stillstand vor. Mit kurzen Worten: auf s Neue stand Nahrungslosigkeit in Aussicht und zugleich kreuzte sich die Furcht vor der Zurücknahme der Verfassung und vor dem Soldatenregimente mit der Besorgniß vor der blutigen Herrschaft der Massen; letztere bestärkt durch die Unruhen in den andern deutschen Ländern und durch das Hervortreten der rothen Demokratie in Frankreich. Wie es nun immer ist, daß der Mensch, wenn die Gegenwart hoffnungslos erscheint und die nächste Umgebung kein Ziel der Wünsche bietet, nach dem blickt, was ihm bisher unerreichbar schien, und daß ihm demnächst das scheinbar Ferne näher tritt und Ziel seiner Wünsche und Hoffnungen wird, so hielt auch die besitzende Mittelklasse dafür, daß der deutsche Einheitsstaat, den sie noch vor kurzer Zeit für ein phantastisches Gebilde angesehen hatte, allein im Stande wäre, die Massen zu zähmen, Schutz vor dem Auslande zu gewähren und feste und freie Zustände herbeizuführen. Wohl wurden von dem denkenden Theil Suspensivveto und Wahlgesetz nur ungern mitgenommen; aber man hielt dafür, nicht schwer werde es sein, Beides zu beseitigen. So kam es denn, daß in den verschiedenen Kreisen des Bürgertums die Annahme der deutschen Krone gewünscht und die Ablehnung, sowie die Auflösung der Kammer als ein Unglück für Preußen erachtet wurde. Offen sprach man aus: „die Auflösung der Kammer sei ein Unglück und bringe Preußen an den Rand des Abgrundes: nur die Scheidung der fürstlichen Interessen von denen der Völker sei Ursache der Auflösung und eine solche

Scheidung könne nur zu schnell auf ihre Urheber zurückfallen. Dem Jahre 1848 wäre es vorbehalten gewesen, die Idee der Nationalität zum Bewußtsein des ganzen Volkes zu bringen. Ein Parlament hätte die deutschen Stämme vereint, einem Reichsverweser wäre die Leitung des Gesamt Vaterlandes übergeben und der längst ersehnte deutsche Kaiser gewählt worden, und jetzt am Ziele wäre die Krone zurückgewiesen und das Erbkaisertum von dem Gewählten der Nation abgewiesen worden."

Unmuth und Unzufriedenheit wurden durch die laut verkündigten Siegeshoffnungen der Reaction erhöht und die Furcht vor derselben, sowie das Verhalten des Ministeriums trieben selbst Männer von streng conservativer, aber aufrichtig constitutioneller, deutscher Gesinnung immer weiter in die entschiedene Opposition. In allen Provinzen zeigte sich Aufregung. Schon traten die Städte zu Städtetagen zusammen und die verschiedensten constitutionellen Vereine verlangten ungestüm die Annahme der Krone. Die Stadtverordnetenversammlung Magdeburgs erklärte unterm 5. Mai dem Könige: „daß sie die Reichsverfassung als rechtsgiltig und also auch für Preußen verbindlich erachte, daß sie in dem Rathe der Minister die unheilvollste Verkennung der Wünsche, Bedürfnisse und Forderungen des preußischen und deutschen Volkes und die Keime der drohendsten Zerrwürfnisse der deutschen Bruderstämme unter sich und mit den Regierungen erkenne.“ Von Halle aus wurde in einer Adresse erklärt: „Deutschland laufe Gefahr, in Anarchie unterzugehen, sobald seine Regierungen fortfahren, der gesetzlichen Entwicklung der deutschen Verfassung mit Gewalt hemmend entgegenzutreten.“

Damals war es auch, wo der bis dahin zur conservativen Partei gehörige Harfort in der Parlamentscorrespondence schrieb: „Mit ruhigem Blute haben wir die Verhältnisse betrachtet und die Ueberzeugung gewonnen, daß die deutsche Frage in den Provinzen zwischen der Elbe und der Mosel zur Volksfrage geworden; nicht das Proletariat gebraucht sie als Deckmantel der Theilungsgelüste, sondern auch die besitzenden Klassen sind von der Idee der Einheit Deutschlands ergriffen. Die Strömung der öffentlichen Meinung steht den Regierungsmaßregeln entgegen und die conservative Partei in diesen Landen wird ohne wirklichen Einfluß sein, wenn sie sich auf das Ministerium Brandenburg stützt. Ein unbeflegbares Mißtrauen geht durch die Bevölkerung und die neuen Wahlen werden unerfreuliche Früchte tragen. Deshalb warnen wir aufrichtig, bevor es zu spät ist. Wir werfen uns hier nicht zum Richter des Ministeriums auf; allein im Interesse der Parteien machen wir aufmerksam auf den nahenden Sturm. Damit man die Klippen und den Strahl

vermeide, schaue man sich um nach erfahrenen Piloten, um die hohe See zu erreichen.“

Die *Adlner Zeitung*, das bedeutendste Organ des Bürgerstandes, ging sogar so weit, zu erklären: „daß durch die Auflösung der Zweiten Kammer die Contrerevolution begonnen habe und zu Berlin dem ganzen Volke „*va banque*“ geboten sei. Die constitutionelle Partei müsse jetzt handeln und wolle man sehen, wie lange ein von allen Edlen im Volk gehaßtes, treuloses Kabinet auf der von ihm selbst gegebenen Verfassung vom 5. December sich würde behaupten können.“

Den oppositionellen Partelen hatten sich die Republikaner beigelegt. Zwar waren sie mit dem Erbkaisertum und der Reichsverfassung höchst unzufrieden; aber von dem Augenblicke an, wo die Ablehnung erfolgt war, suchten sie die Aufregung und Erbitterung der Massen zur Ausführung ihrer Wünsche zu benutzen, verlangten die Einführung der Reichsverfassung und bezeichneten die Auflösung der Kammer als den ersten Schritt zur Wiedereinführung der absoluten Monarchie und des aristokratischen Einflusses. Um Einheit in die Bewegung zu bringen, hatte man von Frankfurt aus die Märzvereine gestiftet, welche sämtliche oppositionelle Partelen in sich aufnehmen sollten und deren Zweck Volkssouveränität und Durchführung der Reichsverfassung war.

So kam es, daß Aufregung und Erbitterung eine Höhe erreicht hatten, welche an die schlimmsten Tage des vergangenen Jahres erinnerte. Selbst die Landleute regten sich theilweise aufs Neue, sie kümmerten sich freilich in der Mehrzahl sehr wenig um das Erbkaisertum, aber bei ihnen war in Folge der abermaligen Rücksendung der Abgeordneten Besorgniß entstanden, daß die Versprechungen wegen der Ablösung zurückgenommen werden könnten und die Hoffnungen wegen der Kreisvertretung und Aufhebung der gutherrlichen Polizeigewalt vergeblich gewesen wären. Nicht minder wurde die Besorgniß durch die bereits verbreitete Nachricht von der Einziehung der Landwehr erhöht. Man glaubte, daß zur Besiegung des kleinen Dänenvolkes die regelmäßigen Truppen genügten und ein anderer Feind war nicht bekannt. Nicht zu verwundern war, daß die Rusticalbewohner unter solchen Umständen denen Glauben schenkten, welche von der Zurückführung der alten Zustände durch die Gewalt der Bajonette sprachen und daß sie der Einziehung der jungen Männer, welche zum Theil schon Familienväter waren, mit Unwillen entgegensehen.

Auch war man in verschiedenen Gegenden über die im Ganzen so höchst erfreuliche und zur guten Rechtspflege unbedingt nothwendige Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit unzufrieden, da sich ja das Landvolk nur ungern von alten Einrichtungen trennt, und es Vielen beschwer-

sich schlen, von nun an alle Gerichtshandlungen in den Städten abmachen und die Bequemlichkeit der Lokalgerichtsbarkeit entbehren zu müssen. Hierzu kam, daß sich die Landleute schwer daren finden konnten, daß im Monat April wegen Einführung der neuen Gerichtsverfassung sämmtliche Rechtsgeschäfte geruht hatten.

Auch wurde die Aufregung auf dem Lande wie in den Städten durch die Kunde von dem Durchzuge der Russen durch preussisch Schlesien zur Unterstützung des großen Oesterreichs gegen das kleine Ungarland bedeutend erhöht. In der von Preußen ertheilten Erlaubniß glaubte man Spuren eines Bündnisses der Monarchen gegen die Völker zu erkennen. Man bedauerte nicht blos, daß sich die Regierung zu einer indirecten Hilfe gegen das Magyarenvolf, dessen Kämpfe damals in dem kriegerischen Preußen große Sympathien gefunden hatten, verleiten ließ; sondern man fürchtete auch, daß nach der Besiegung Ungarns Deutschland folgen und die Russen auch hierbei helfen würden.

Die Volksversammlungen mehrten sich und an ihnen nahmen auch die Landwehrmänner Antheil, welche der Volkspartei angehörten oder sich zu ihr hlnneigten. Nicht ganz grundlos war die Besorgniß, daß ein großer Theil der Landwehr bei einer Bewegung auf Seite des Volkes treten und möglicher Weise die Soldaten der Linie hinüberziehen würde.

Fast noch gefahrdrohender war es, daß sich auch die Städte fast allgemein gegen die Regierung ausgesprochen hatten. Die Erklärung der Stadtverordneten Magdeburgs ist schon oben erwähnt. In Köln forderte der Gemeinderath unterm 1. Mai zu einer allgemeinen Verathung aller Gemeinden der Rheinprovinz auf. Das Resultat derselben sollte in einer Gesammteingabe dem Könige vorgelegt werden. Dem Gemeinderathe wurde zwar noch an demselben Tage von der Regierung die Ausführung des Beschlusses verboten; allein mehrere Gemeindevorordnete nahmen die Angelegenheit in die Hand und am 8. Mai kam die Versammlung zu Stande. Fünfhundert nahmen daran Theil. Advokat Zell aus Trier präsidirte. Die Versammlung erkannte die Verfassung vom 28. März als endgiltiges Gesetz an, forderte von der Reichsgewalt Zusammenziehung und Vereibigung der Reichstruppen, erklärte die Entlassung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel für unbedingt nothwendig und verlangte sofortige Zurücknahme der Einberufung der Landwehr. Ihre Erklärung schloß mit den Worten: „Die Unterzeichneten sprechen schließlich ihre Ueberzeugung dahin aus, daß bei der Nichtbeachtung des Inhalts dieser Erklärung dem Vaterlande die größten Gefahren drohen, durch die selbst der Bestand Preußens in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung gefährdet werden kann.“

Diese Beschlüsse einer Versammlung, zu welcher 303 Städte und Ortschaften Gemeindeverordnete gesandt hatten und deren Verhandlungen mit Ernst und mit ruhiger Würde geführt wurden,*) mußten natürlich großes Aufsehen erregen. Allgemein tadelte man die Drohung des Abfalls und trauerte, daß es soweit gekommen sei; aber von vielen Gemäßigten wurde auch der Regierung ein nicht geringer Theil der Schuld beigemessen.

In den Rheinlanden war die Stimmung der Art, daß nur Wenige gegen diese Beschlüsse auftraten. Selbst conservative Vereine, wie die zum Congresse des constitutionellen Centralvereins für Rheinland und Westphalen am 6. Mai zu Köln versammelten Abgeordneten, verlangten in einer Adresse an den König Annahme der Kaiserkrone und Entfernung der Minister.

Die Regierung erkannte die Wichtigkeit der Beschlüsse und bemühte sich, dieselben zu paralysiren. Die „deutsche Reform“ sprach sich offen über die Nachtheile aus, welche für die Rheinlande aus einer Trennung von Preußen entspringen würden: „Bis jetzt habe Preußen den Rheinländern Unabhängigkeit und Schutz des Handels gewährt. Beides könnten sie allein nicht erringen und würden doch nicht so undeutsch sein, sich einen neuen Freund jenseits der französischen Grenze zu suchen. Auch möchte man wohl bedenken, daß die Revolution, welcher man sich in die Arme werfen wollte, sehr bald eine rothe Fahne entfalten würde, und daß Preußens Schwert, wenn es einmal gezogen wäre, nicht eher wieder in die Scheide gesteckt werden würde, als bis der letzte Keim des Aufbruchs zerstört sei; daß das Blut aber, welches dann vergossen werde, von denen zu verantworten sei, welche durch ihre Theilnahme an den Kölner Beschlüssen zum Kampfe frevelnd aufgefordert hätten.“ Nur die „Neue Preussische Zeitung“, das Organ der äußersten reactionären Partei, jubelte. Dieser Partei schien vielleicht im Hinblick auf Rußland und dessen Hilfe, ein Aufstand erwünscht, damit es endlich zur Entscheidung komme. Ihr war der unbeugsame Sinn der Rheinländer schon vor 1848 verhaßt gewesen, und sie wollte die Gelegenheit benutzen, um diesen Sinn durch Gewalt der Waffen zu beugen und zu unterdrücken.

Dem Beispiele Kölns folgten mehrere andere Provinzen. In Westphalen sollte ein Städtetag unter Leitung des Magistrats zu Münster stattfinden; dieser lehnte jedoch die Leitung ab, und die Stadtverordnetenversammlung zu Paderborn nahm in Folge dieser Ablehnung den Aufruf, welcher von ihr ausgegangen war, wieder zurück. Demungeachtet war

*) Vergleiche Kölner Zeitung Nr. 114.

die Aufregung in Westphalen nicht minder groß, als in den Rheinlanden. Selbst die Markaner, als die „Treuesten der Treuen“ so oft bezeichnet, erklärten, „daß die verantwortlichen Räte das größte Mißtrauen im Lande hätten“ und verlangten schleunige Ersetzung des Ministeriums durch ein anderes, „welches volksthümlich und der deutschen Sache ergeben sei“. Vor zweiundvierzig Jahren hatten die Markaner ebenfalls Tadel über die Räte ihres Königs ausgesprochen; aber zwischen jener Zeit und der Gegenwart lag ein großer Unterschied. Damals riefen sie dem Könige Friedrich Wilhelm III. zu: „Das Herz wollte uns brechen, als wir Deinen Abschied lasen, und wir konnten uns nicht überreden, daß wir aufhören sollten, Deine treue Unterthanen zu sein, wir, die Dich immer so lieb hatten.“ *) Gegenwärtig erklärten sie, „daß die unselige Politik das Herz des Markaners, die Pietät zu seinem Könige bedrohe.“

Von den städtischen Behörden zu Königsberg erging ebenfalls eine Adresse an den König und schloß mit den Worten: „Nicht Friede, nicht Versöhnung kann bei uns eintreffen, so lange die gewitterschwere Wolke des Ministeriums Brandenburg und die Sonne des Glückes und der Freiheit verbunkelt.“ **) Am 19. Mai wurde in Königsberg ein Städte-

*) Der Abschied der Markaner gehört zu den rühmlichsten Dokumenten des Hohenzollerschen Hauses und da er gegenwärtig nur noch Wenigen bekannt ist, so theile ich ihn mit:

„Das Herz wollte uns brechen, als wir Deinen Abschied lasen, und wir konnten uns nicht überreden, daß wir aufhören sollten, Deine treue Unterthanen zu sein, wir, die Dich immer so lieb hatten. So wahr wir leben, es ist nicht Deine Schuld, wenn Deine Feldherrn und Räte nach der Schlacht bei Jena zu angebannert und verbannt waren, um die zerstreuten Häufen uns zuzuführen; und mit unsern Lanzenknechten vereint, zum neuen Kampfe aufzurufen. Leib und Leben hätten wir daran gewagt und das Vaterland sicher gerettet. Denn Du mußt wissen, in unsern Adern fließt noch feurig der alten Eruusler Blut und unsere Lanzenknechte haben Mark in den Knochen und ihre Seelen sind noch nicht angefreffen. Unsere Weiber säugen selbst ihre Kinder, unsere Töchter sind keine Mobeaffen, und der Zeitgeist hat über uns seine Pestluft noch nicht ausgegossen. Indes können wir dem Eigenwillen des Schicksals nicht entgehen. Lebe wohl, alter, guter König! Gott gebe, daß der Ueberrest Deines Lebens Dich treuere Feldherrn und klügere Räte finden lasse, als die waren, welche Dich betrühten. Ihrem Rathe mußt Du zuweilen wohl folgen, denn Du bist nicht allwissend, wie der große Geist der Welten. Können wir aufstehen gegen den eisernen Arm des Schicksals? Wir müssen all das mit männlichem Muthe dulden, was nicht in unserm Vermögen ist zu ändern. Gott sieh' uns bei.“

**) Die Adresse, offenbar die kräftigste und die wärmste aus jener Zeit, lautet:

„Königliche Majestät! Schweigend, doch mit gespannter Erwartung sind wir der Entwicklung der Zukunft unseres engeren und weiteren Vaterlandes gefolgt, weil die Volksvertretung, hervorgegangen aus unserer Wahl, das Organ ist, der Gesinnung der Bevölkerung Sprache zu geben. Wenn aber Euer Majestät Regierung uns diesen Weg

tag abgehalten. Fünfundzwanzig Städte, und zwar alle größeren bis auf Danzig und Memel, waren durch Abgeordnete vertreten. Dem Magistrate zu Königsberg war die Leitung verboten worden. Rechtsanwält Köhler aus Marienwerder präsidirte. Die Versammlung erklärte: „Daß nach ihrer innigsten Ueberzeugung eine Rettung der Ehre und des Glückes des Vaterlandes nur noch möglich wäre, wenn das Ministerium Brandenburg-Manteuffel sofort entlassen und durch ein volksthümliches ersetzt, die deutsche Reichsverfassung unverzüglich eingeführt, die Kammern ohne Abänderung des Wahlgesetzes sofort einberufen, das einen unerhörten Militärdespotismus einführende Gesetz über den Belagerungszustand zurückgenommen, das russisch-österreichische Bündniß aufgegeben und der dänische Krieg mit voller Energie zu Ende geführt würde.“ Dieser Erklärung traten nachträglich noch viele Städte bei und die Stadtverordneten von Königsberg veröffentlichten, daß sie durch die Königsberger Deputation auf dem Städtetage vertreten worden wären. Auch protestirten die Stadtverordneten unterm 25. Mai gegen die Mobilmachung der Landwehr und bezeichneten die Einberufung derselben als „ganz überflüssig, wenn die unheilvolle Politik des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, vornehmlich in Bezug auf die deutsche Frage aufgegeben würde.“

Nicht überall blieben Mißstimmung und Aufregung in den gesetzlichen Schranken, nicht überall waren sie aus dem Wunsche nach deutscher Einheit hervorgegangen; sehr viele republikanische, ja auch anarchische Elemente hatten sich ihnen beigegeben. Am 6. Mai fanden Versammlungen der Landwehrmänner zu Cresfeld und Elberfeld statt. Die Landwehrmänner

der Versöhnung abschneidet, wenn das Ministerium Brandenburg, nachdem ihm schon die Nationalversammlung zum Opfer geworden, auch jetzt wieder durch Auflösung der Zweiten Kammer in so verhängnisvoller Zeit die gesetzmäßige Vertretung des Volkes zurückdrängt und sich nur stark fühlt unter dem Schutze des Belagerungszustandes, dann wäre unser Schweigen Pflichtvergessenheit, und offen und unumwunden müssen wir das Bekenntniß ablegen, der eingeschlagene Weg ist nicht derjenige, der den Erwartungen des Volkes entspricht. — Das Volk, das mit gerechtem Anspruche der Schirmung seines Rechts und seiner Freiheit durch endliche Verwirklichung der Verfassung entgegen harret, sieht seine Hoffnungen abermals getäuscht und wird um so schmerzlicher dadurch berührt, als auch der tief in ihm wurzelnden Neigung zu einer dauernden und innigen Vereinigung aller deutschen Stämme die schon so nahe Erfüllung abermals entrückt wird. — Es sind nicht Jünglinge mit republikanischen Bestrebungen, die diese Worte sprechen, es sind die gut gefinnten, ernsten Vertreter der Haupt- und Residenzstadt Königsberg, die in guten und bösen Tagen immer treu zu Euer Majestät und deren Cause gehalten. — Möge Euer Majestät unsere Stimme nicht unbeachtet lassen. Laut und unverhohlen sprechen wir es aus: „„Nicht Friede, nicht Versöhnung kann bei uns einkehren, so lange die gewitterschwere Wolke des Ministeriums Brandenburg uns die Sonne des Glücks und der Freiheit verbunkelt.““

zu Erfeld erklärten: „sie stellten sich der deutschen Nationalversammlung zur Verfügung, würden aber einer Einberufungsordre des preußischen Ministeriums nicht Gehorsam leisten“. Demzufolge fanden denn auch am nächsten Tage beim Appell Excesse statt und erst am Abend wurde die Ruhe durch eine einrückende Escadron wiederhergestellt. In Elberfeld waren Deputationen der Landwehr aus der ganzen Umgegend eingeladen worden. Es wurde ein permanenter Vorstand erwählt, welcher erklärte: „Die Einberufung der Landwehr des ersten Aufgebots durch das volksverrätherische Ministerium Brandenburg-Manteuffel betrachten wir als ein ungesetzliches Mittel, um die errungenen Freiheiten zu unterdrücken. Wir vertrauen der Ehrenhaftigkeit aller unserer Kameraden, daß Keiner der Aufforderung Folge leiste und Jeder entschlossen sei, wie Ein Mann zusammenzuhalten und gegen diese ungesetzliche Aufforderung nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand feierlichst zu protestiren. Wir fordern alle Landwehrleute auf, sich morgen den 8. Mai so viel wie möglich mit den Waffen zu versammeln.“

Ähnliche Versammlungen fanden in Neuß, Gräfrath, Düsseldorf, Solingen und Warendorf statt. In Hagen, Iserlohn, Prüm, Elberfeld und Breslau kam es sogar zu ernstlichen Kämpfen, welche ich später noch erwähnen werde.

So schien der preußische Staat in eine Lage gebracht zu sein, in welcher sich eine Auflösung um so mehr befürchten ließ, als ja zu gleicher Zeit fast in allen deutschen Staaten gleiche Forderung eingetreten, in vielen das Volk zur Herrschaft gelangt und in einzelnen sogar offene Empörung ausgebrochen war.

Damals blickten in Preußen die Patrioten aller Parteien mit großer Besorgniß in die nächste Zukunft. Ein Wendepunkt der preussischen und deutschen Geschichte schien gekommen, und nicht unwahrscheinlich erschien es, daß die Revolution noch einmal und zwar blutig und zerstörend ausbrechen und „die Lawine“, wie sich die „deutsche Reform“ ausdrückte, „herabrollen, Städte und Völker im wilden Vernichtungskampfe begraben und das Ende des preussischen Staates herbeiführen würde“. Der König erkannte in seinem Aufruf an das Volk vom 15. Mai, daß die Gefahr groß sei, und nicht minder war das Ministerium sich derselben in ihrer ganzen Tragweite bewußt. An der Spitze des Letzteren stand der General Graf Brandenburg, Oheim des Königs und Sohn Friedrich Wilhelm II. und der Gräfin Dönhoff. Von dem Vater hatte er Herzensgüte, von der Mutter Muth und Entschiedenheit geerbt. Er war ein guter Soldat, ein waderer Mensch, ein treuer Diener seines Herrschers und ein wahrer preussischer Patriot; aber ihm mangelten gänzlich staatsmännische Kennt-

nisse und staatsmännische Intelligenz und er besaß nicht das Talent, sich solche nachträglich anzueignen. Den Gehorsam gegen seinen König, der zugleich sein Kriegsherr und das Haupt seiner Familie war, hielt er für seine erste Pflicht. Dieser Gehorsam hatte ihn zur Annahme des seinem einfachen Wesen lästigen Amtes eines Ministerpräsidenten veranlaßt. Fremd war ihm der Gedanke, daß er selbst den Staat und das Ministerium leiten müsse und dem Lande für seine Handlungen verantwortlich sei. Er hielt dafür, der Pflicht seines Amtes genügt zu haben, wenn er den Willen des Königs ausführte und seinem Befehle Folge leistete. Ein solcher Mann kann wohl seinen Namen zu einem Ministerium hergeben, nicht aber dasselbe leiten; vielmehr wird ein von ihm geleitetes Ministerium hin und her schwanken, wenn nicht entweder alle Minister in ihren Anschauungen einig sind oder einer derselben, statt des Ministerpräsidenten, das Ruder des Staates ergreift, die anderen sich ihm unterordnen und trotz verschiedener Anschauungen nach seinem Willen handeln. Das Erstere war nicht der Fall; v. Strottha und v. Manteuffel gehörten der conservativen, v. Rabe und v. Ladenberg der freisinnigen Partei an. Zwischen beiden Parteien standen damals noch v. d. Heydt und Simons. Auch waren sie sämmtlich, mit Ausnahme des Freiherrn v. Manteuffel, zu sehr mit ihrem Fache beschäftigt, als daß sie sich viel in allgemeine Angelegenheiten mischen konnten. Insbesondere war v. d. Heydt mit seiner Stellung noch zu wenig vertraut, als daß er es gewagt hätte, sich auf allgemeine Staatsverhältnisse einzulassen. Keiner hätte auch damals geglaubt, daß dieser scheinbar einfache Mann, dieser Liberale des Vereinigten Landtages, mit seinem bürgerlichen, gutmüthigen Wesen, sich allein von seinen Collegen und zwar durch zwanzig Jahre trotz aller Stürme und Klippen und trotz der wechselnden Ministerien behaupten würde. Sein Schwager und Landsmann Simons, ein kenntnißreicher, talentvoller Jurist, ähnlich den besseren Generalprocuratoren und Ministern Louis Phillips, hatte seit Anfang April das Justizministerium übernommen. Längere Zeit war er am Rheine Generalprocurator gewesen und die Erfahrungen, die er in dieser Stellung gesammelt hatte, mochten ihm wohl in späteren Zeiten zur Unterstützung des Ministeriums Westphalen, Raumer und Manteuffel nützen. Im Frühjahr 1849 war Simons allein mit der Organisation der Gerichte beschäftigt und seine politische Thätigkeit beschränkte sich darauf, demokratische Richter an die Orte zu versetzen, wo sie am wenigsten schädlich waren und von der Theilnahme an der Politik abgezogen wurden. Die drei anderen Minister, v. Rabe, v. Ladenberg und v. Strottha, waren Männer, wohl erfahren in ihren Branchen und geeignet, ihre Ministerien zu leiten. Der Erstere hatte das Finanzministerium erst nach der Octroji-

zung der Verfassung übernommen, war ein frischer, lebenslustiger, für einen preussischen Minister noch junger Mann, hervorgegangen aus der alten bewährten Schule preussischer Finanzmänner. In seiner politischen Anschauung stand er v. Ladenberg am nächsten. Dieser, ein kirchlich und politisch freisinniger Mann, hatte eine schwierige Stellung. Alle die kirchlichen Fragen, welche Preußen durch Jahrzehnte beunruhigt hatten, sowie die wichtigen Schulfragen sollten zum Austrag kommen. Die katholische Kirche forderte Freiheit vom Staate. Sie hatte ihre Macht im Frühjahr 1848 bewiesen und diese im November 1848 zur Beruhigung der Gemüther und Wiederherstellung der Ordnung angewendet. Sie verlangte Belohnung, und ihre Bischöfe sprachen diese Forderung mit größter Bestimmtheit aus. Mit dem Austrag dieser Fragen war Ladenberg so sehr beschäftigt, daß er Manteuffel die Leitung aller Verhältnisse überließ, welche sein Ministerium nicht direct berührten, und Gleiches war auch beim Kriegsminister v. Strottha der Fall. Derselbe, bisher Commandant in Saarlouis, und in der Armee geachtet, vereinte aristokratisches Wesen und Intelligenz mit den Tugenden eines Soldaten, Entschiedenheit des Charakters, Muth, Beharrlichkeit und militärische Strenge; aber er war eben nur Soldat und seine Hilfe erstreckte sich nur so weit, als es galt, die Armee zur rechten Zeit zu benutzen und mit Energie Ordnung und Ruhe wiederherzustellen.

So lag die ganze Last der Staatsleitung auf den Schultern der Minister der inneren und auswärtigen Angelegenheiten, und in Wahrheit war es auch in Preußen nie anders gewesen. Sie Belke und der Ministerpräsident, wenn ein solcher existirte, hatten den Staat geleitet, während die übrigen Minister nur Fachminister waren. Es hätte dies auch genügt; allein ein Minister der auswärtigen Angelegenheiten war nicht vorhanden, es war vielmehr dem Ministerpräsidenten die interimistische Verwaltung dieses Ministeriums anvertraut worden. Seit dem 28. April war nämlich Graf Arnim-Heinrichsdorf aus dem Ministerium geschieden. Man rühmt gewöhnlich Preußens Glück; aber glücklich war es nicht, daß gerade dieser Mann, der Verehrer und lenksame Zögling Metternichs, der Anhänger österreichischer Politik, in den wichtigen ersten Monaten des Jahres 1849 das Ministerium der äußeren Angelegenheiten verwaltete. Er war es, der zur Zeit, als er schon Kunde von der octroyirten neuen österreichischen Verfassung, von dem untheilbaren, einigen österreichischen Reiche erlangt hatte, in der Note vom 10. März noch erklärte, „Preußen gereiche es zur großen Befriedigung, daß Oesterreich, — welches ein Directorium vorgeschlagen hatte und den alten Bundesstaat so viel wie

möglich zurückführen wollte, „den Weg der Verständigung mit Frankfurt betreten habe.“

Es war ein Glück, daß ein Minister, der keine Ahnung von Preußens Stellung zu Oesterreich hatte, entfernt wurde; aber zu bedauern war, daß die damals so wichtige Stelle nicht durch einen fähigen, deutschgesinnten, energischen Diplomaten besetzt wurde und Manteuffel der Einzige war, welcher den Staat zu leiten hatte.

Otto Theodor Freiherr v. Manteuffel, zu Lübben 1805 geboren und Sohn eines höheren Beamten, ist ein Mann von festem Verstande und klarem Blicke. Geschäftskennntniß und Geschäftsgewandtheit sind ihm vorzugsweise eigen; mit durchdringender Schärfe des Geistes durchschaut er gegebene Verhältnisse und ordnet und leitet sie mit Leichtigkeit. Mit dieser Verstandesschärfe vereint er eine feste Willenskraft, die ihm Muth und Energie zum Handeln gewährt. Dagegen mangelt ihm jede Phantasie, und er ist gänzlich unfähig, neue Verhältnisse zu schaffen. Sein Aeußeres gab damals ebenso den Aristokraten, wie den Beamten kund. Das zierliche Wesen, die kleine, zart geformte Hand verriethen den Aristokraten, während aus dem ernstesten, sinnigen Auge der feste und intelligente Mann und aus der steifen Haltung des Körpers der Beamte zu erkennen war. Er stammt aus einem pommerschen Geschlechte, welches sich alten Adels, aber keiner Schätze rühmen konnte und daher gezwungen war, dem Staate zu dienen. Seit langer Zeit waren seine Ahnen in der Lausitz ansässig, wo sich das ständische Wesen in voller Blüthe erhalten hatte. Den Vater verlor er im siebenten Jahre und ein Onkel leitete seine Erziehung. Sein Aufenthalt unter Fremden gewöhnte den Knaben früh an Selbstständigkeit und gab ihm die Energie und Consequenz, welche seinem Charakter eigen sind. Seine Erziehung erhielt er in Schulpforta. Wie wohlthätig auch diese berühmte Schule auf seine wissenschaftliche Bildung eingewirkt hat, so ist doch die Erziehung auf solchen ehemaligen Klosterschulen einseitig, und das frische Leben, welches die Jugend für die Ideen der Zeit empfänglich macht, ist gänzlich ausgeschlossen. So war es natürlich, daß Manteuffel die Schule mit denselben aristokratischen Ideen verließ, die er als Knabe hineingebracht hatte. In Folge dessen schloß er sich denn auch auf der Universität Halle seinen Standesgenossen an, welche ihrer Mehrzahl nach der sächsischen Landsmannschaft, der haute volée der Studentenschaft, angehörten und mit Vornehmheit auf die übrige Jugend herablickten, von deren Ringen und Streben sie kaum eine Ahnung hatten.

Nachdem v. Manteuffel nach Beendigung der Universitätsjahre zuerst als Auscultator und Referendar in Berlin die juristische Laufbahn be-

gonnen hatte, demnächst aber zur Regierung übergegangen war und im Sternberger Kreise das Landrathsamt commissarisch verwaltet hatte, wurde er 1832, also in seinem 27. Jahre zum Landrath des Kreises Luckau gewählt, in welchem sich sein Gut Draßsdorf befindet. Luckau gehört zur Niederlausitz, in welcher die Aristokratie eng zusammenhält, verbunden durch den Communallandtag und mancherlei ständische Institute. Während der oberlausitzische Adel noch immer mit dem sächsischen in Verbindung steht, hat sich der niederlausitzische der brandenburger Aristokratie eng angeschlossen und ist von dem preussischen Geiste gänzlich durchdrungen. Bei der Mehrzahl findet sich Intelligenz, Viele gehören auch, wie v. Patow, der Whig-Partei an, aber die aristokratische Gesinnung ist Allen geblieben. Natürlich war der junge Landrath zunächst von den Mitgliefern der Aristokratie seines Kreises umgeben; sie waren ja nicht blos seine Standesgenossen, sondern ihre Bestrebungen wurden auch von ihm getheilt und ihre Interessen waren auch die seinigen; aber als gewissenhafter Beamter vergaß er auch nicht das Wohl der übrigen, seiner Leitung anvertrauten Kreisinsassen, und wie treu er seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, ergiebt sich daraus, daß ihm bei seiner Versetzung fast sämtliche Städte des Kreises das Ehrenbürgerrecht ertheilten. Das preussische Landrathsamt ist die beste Schule für einen künftigen Minister. Er lernt die Maschine des Staates in ihren kleinen Bestandtheilen kennen. Er sieht, wie Alles ineinander greift, und übt sich, die einzelnen Theile der Maschine zu leiten und zu beherrschen. Freilich ist es aber nur die gegenwärtige preussische Maschine, die ihm in den einzelnen Bestandtheilen bekannt wird, und die Fortschritte der Zeit, die Bedingnisse des Fortbestehens und der Entwicklung wird er nicht erfahren, wenn er nicht weiter schaut und Kenntniß von dem nimmt, was sich in dem übrigen Leben gestaltet. Hierzu bot sich aber für den jungen Landrath wenig Gelegenheit. Der Adel der Umgegend, mochte er auch noch so intelligent sein, war doch vorzugsweise preussisch, und wie einst vor 1806 das preussische Junkerthum die preussischen Einrichtungen für unübertrefflich erachtet hatte, so war Gleiches auch jetzt noch bei der Mehrzahl des brandenburgischen Adels der Fall, und der niederlausitzische Adel theilte diese Ansicht. Man hielt dafür, daß die Maschine keine Verbesserung bedürfe und daß es dem Interesse des Staates, wie des Adels nur schaden könnte, wenn man daran rütteln wollte. Manteuffel theilte diese Ansicht seiner Standesgenossen und erfreute sich so sehr ihrer Achtung und ihres Vertrauens, daß er schon im Jahre 1837 zum Mitglied des brandenburger Provinziallandtages gewählt wurde, bei demselben sehr bald eine hervorragende Stellung einnahm und den liberalen Ideen der Abgeordneten des Bürger- und Bauernstandes entgegentrat.

Schon damals mochten wohl bei ihm Conflictte zwischen Standesinteressen und Beamtenthum hervortreten, aber so lange er Abgeordneter war, hielt er sich auch für berechtigt, zunächst und vor Allem die Rechte der Ritterschaft wahrzunehmen. Aus ihr bestand fast allein der Kreistag, sie hatte ihn zum Candidaten als Landrath vorgeschlagen, von ihr war er zum Abgeordneten gewählt worden; ihre Interessen, zu welchen er auch die seinigen rechnete, hatte er daher vorzugsweise zu berücksichtigen. Später, als ihm eine höhere Stellung zu Theil wurde und ihm größere Pflichten oblagen, überwogen die Interessen der Krone alle übrigen Rücksichten; aber trotzdem vernachlässigte er nicht die seiner Standesgenossen und hielt dafür, daß das Beamtenthum ihre Rechte vorzugsweise zu bewahren habe und daß es wünschenswerth sei, die Aristokratie in das Beamtenthum mit aufzunehmen und ihr die höheren Stellen, wenn irgend möglich, anzuvertrauen.

Seine Geschäftsgewandtheit und seine Kenntnisse hatten schon früh die Aufmerksamkeit der Regierung auf ihn gelenkt. Sie wußte seit dem Jahre 1830 sehr wohl, daß das Institut der Provinzialstände lediglich in dem Gutsbefigerstande Anklang fand und war bemüht, dasselbe auf alle mögliche Weise zu stützen und namentlich das Interesse des Bauernstandes für dieses Institut zu erwecken. Zu diesem Zwecke sollte denn auch eine Aristokratie des Bauernstandes geschaffen werden. Man dachte an neue Erbfolgegesetze, durch welche das Erstgeburtsrecht besonders bevorzugt werden sollte und an das Verbot der Parzellirung. Der Graf v. Bülow, welcher zur Zeit der Oetrolirung der Verfassung das Ministerium der öffentlichen Angelegenheiten verwaltete und später Minister in Mecklenburg-Schwerin wurde, hatte den Auftrag erhalten, zu dem Entwurfe wegen der Erschwerung der Parzellirungen eine Denkschrift auszuarbeiten, welche auf Grund statistischer Erfahrung den Beweis von der Nützlichkeit des Gesetzes geben sollte. Er hatte diesen Auftrag nicht erfüllt, und der damalige Minister v. Rochow mußte sich nach einem anderen Arbeiter umsehen. Seine Wahl fiel auf den jungen Landrath, der bei dem märkischen Provinziallandtage seine conservative Gesinnung und sein Talent hinlänglich documentirt hatte. Er hatte sich nicht getäuscht; die Arbeit entsprach so sehr seinen Wünschen, daß Manteuffel schon im Jahre 1841 in Königsberg als Oberregierungsrath angestellt wurde. Zwei Jahre darauf wurde er in Stettin Vice-Präsident und das nächste Jahr in Berlin vortragender Rath des Prinzen von Preußen und Mitglied des Staatsraths. Unter Beibehaltung dieser Stellungen wurde er im Jahre 1845 Director des Ministeriums des Innern. So hatte er es denn innerhalb vier Jahre vom Landrath bis zu einer der ersten Stellen des Staates gebracht, mit

einer in Preußen ungewöhnlichen Schnelligkeit die Beamtenstufen durchlaufen und die Maschine des Staates im Ganzen und Großen kennen gelernt. Weiter ging aber seine Anschauung nicht. Er ahnte nicht, auf welchem vulkanischen Boden diese Maschine stand. Er wollte die Macht der Krone erhalten und vermehren und glaubte dies durch Begünstigung der Aristokratie und Abwehr der Uebergriffe des dritten Standes zu erreichen. Daran aber, daß Preußen, der Staat Friedrich des Großen und die Hoffnung Deutschlands, eine würdigere Stellung einnehmen müsse, daß ihm die Abhängigkeit von Metternich und Kaiser Nikolaus nicht zieme, mochte er schwerlich denken und wenn er daran dachte, so hielt er es für eine schwärmerische Idee.

Er war noch nicht zwei Jahre Director des Ministeriums, als der Vereinigte Landtag im Jahre 1847 zusammenberufen wurde. Auf demselben gehörte er mit seinem Bruder und Bismarck-Schönhausen zu der extremen rechten Partei: doch waren seine aristokratischen Ansichten damals von dem büreaukratischen Streben in den Hintergrund gedrängt. Nur wo die Aristokratie Vorrechte vor den andern Ständen erlangen sollte, oder wo es auf Anerkennung alter Rechte ankam, trat er für dieselbe auf. So verlangte er, daß den Provinziallandtagen die Entscheidung über ihre innere Organisation und ihren inneren Geschäftsgang verbleibe. Insbesondere wollte er, daß ein jeder Stand über die Standesehre seiner Standesgenossen und somit über die Theilnahme an den Provinziallandtagen und Kreistagen entscheiden sollte. Man fürchtete nämlich damals, daß sich die französischen Wahlszenen aus dem Jahre 1789 wiederholen und die Männer, die wegen ihrer politischen Ansichten aus dem Ritterstande ausgestoßen wären, von den andern Ständen gewählt werden würden. Um dem vorzubeugen, war ein neues Gesetz wegen der Bescholtenheit der Wahlkandidaten in Vorschlag gebracht, wonach jeder Stand über die Standesehre entscheiden und der für bescholten Erklärte keine ständischen Rechte mehr ausüben sollte.

Manteuffel interessirte sich auf das Lebendigste für dieses Gesetz und erklärte, „ständische Rechte würden nur in ihrer Eigenschaft als Mitglieder eines Standes ausgeübt. Nicht Köpfe, nicht Steuereinheiten, sondern nur der Stand, der gewählt hat, sei zu vertreten. Wer daher von dem Stande ausgestoßen sei, der könne nicht mehr wahlfähig sein“. Dagegen trat er überall, wo die Krone mit den Rechten der Stände in Conflict kam, und diese weitere Rechte verlangten, auf Seite der Ersteren. Er erkannte an, daß das Gesetz vom 17. Januar 1820 ganz allgemein die ständische Einwilligung zur Contrahirung von Staatsschulden erfordere; aber er glaubte, daß die Schulden in Kriegszeiten nicht berücksichtigt wären, und

daß es der Beurtheilung des Königs überlassen bleiben müsse, diese Lücke auszufüllen. Er hielt ferner dafür, daß durch jenes Gesetz auch für Friedenszeiten nur solche Staatsschulden gemeint wären, für welche Staatseigenthum und Staatsrevenüen zur Sicherheit gestellt werden; denn nur diese wären Staatsschulden, alle anderen Verwaltungsschulden. Er warnte davor, die Kraft des Fürstenhauses zu schwächen und erinnerte an die großen Abwege ständischer Versammlungen. Er gedachte jener Versammlung in der Mark unter Johann Sigismund, wo um Verjagung der Calvinisten aus dem Lande und um Verfolgung der Katholiken gebeten wurde; er gedachte der Grafschaft Mark, welche den Großen Kurfürsten zu Gewaltmaßregeln genöthigt hatte, und der verbrecherischen Umtriebe der preußischen Landstände, welche derselbe Kurfürst blutig zertreten mußte.

Trotz dieser streng bürokratischen Gesinnung und trotzdem, daß er zu der äußersten Rechten gehörte, kann doch der Vereinigte Landtag nicht spurlos an ihm vorübergegangen sein, er mußte schon damals die Macht der Ideen und die Gefahren und Mängel der Gegenwart erkannt haben, und so konnte ihn das Jahr 1848 nicht unvorbereitet finden.

Noch mehr mußten die Märztage auf ihn einwirken. Sein klarer Geist konnte nicht verkennen, daß die bisher für unfehlbar gehaltene Staatsmaschine gefährdet sei und einer Reform bedürfe. Neue Ideen mochten damals zu seinem Bewußtsein gekommen und auch ihm das Ständewesen unhaltbar erschienen sein. Demungeachtet gehörte er nicht zu den Vielen, die in jenen ersten Tagen der Ueberraschung das Staatsruder wegwarfen und sich muthlos zurückzogen. Er beharrte auf dem zweiten Vereinigten Landtage bei seiner früheren Stellung und trat mit Energie dem Antrage auf Urwahlen entgegen. Nachdem der Landtag geschlossen war, widmete er sich der Verwaltung seines Amtes. Seine Gegner auf dem Landtage waren seine Vorgesetzten geworden. Diese, unbekannt mit der Geschäftsverwaltung und in dem Wunsche, die Volksbewegung in Schranken zu halten, bedurften seiner Hilfe. Er blieb unter Auerwald, Rühlwetter und Eichmann Director des Ministeriums und war bemüht, sich die neuen Ideen anzueignen und sie mit seinen Ansichten in Uebereinstimmung zu bringen. Mit dem Ständewesen schloß er ab. Ihm erschlief in jener Zeit die Vertretung der ganzen Nation als eine Nothwendigkeit. Vielleicht mochte er in seinem Innern diese Nothwendigkeit bedauern, aber sein scharfer Verstand erkannte, daß die Repräsentativverfassung in Folge der Verhältnisse und wenn das republikanische Element beseitigt werden sollte, nicht mehr abzuhalten war. Gewiß war es daher seine ernste und wahre Ueberzeugung, wenn er auf das Vertrauensvotum der frankfurter Versammlung erklärte, „daß man sich in seiner constitutio-

nellen Gesinnung nicht getäuscht habe“, und wenn er in dem an den König gerichteten Schreiben des Staatsministeriums vom 5. Dezember 1848 aussprach, „daß das Land mit Recht eine Verfassung erwarten könne, welche zur Begründung, Befestigung und Erhaltung wahrer Freiheit geeignet sei und welche einen festen Rechtszustand und das in allen Verhältnissen des öffentlichen Lebens zerstörte Vertrauen wiederherstelle.“

Allerdings wollte Manteuffel diese Verfassung, ebenso wie früher die Stände, nicht zur Schwächung, sondern zur Stärkung der Macht der Krone benutzen, und es schien ihm dieselbe nothwendig, um bürocratische Herrschaft wiederherzustellen und der Krone neue Macht zu geben.

Ihm war das Ministerium des Innern zu einer Zeit angeboten worden, wo der Hof in Folge der Kunde von der Einnahme Wiens den Entschluß gefaßt hatte, nicht weiter nachzugeben und den revolutionären Elementen mit Ernst entgegenzutreten. Ob Manteuffel schon früher mit dem Kabinette und den Freunden des Königs in Verbindung stand, ist unbekannt geblieben, jedenfalls war er der geeignete Mann, um die Pläne des Hofes durchzuführen. Wenige waren so genau, wie er, mit den inneren Verhältnissen, die er nach wie vor geleitet hatte, und mit den Persönlichkeiten der Unterbeamten vertraut. Er kannte die Gesinnungen und Leistungen der Einzelnen und vor Allem die Macht der Landräthe. Er war aber auch ein Mann der That. Seiner Energie war zuzutrauen, daß er das, was er beginne, auch ausführen werde.

Die auf ihn gesetzten Hoffnungen waren nicht vergeblich. Am 8. November hatte er das Ministerium, welches bisher von Eichmann verwaltet war, übernommen, am 9. November vertagte er die Nationalversammlung, und nun begann der Kampf mit dieser Versammlung. Jede Verbindung des Königs mit liberalen Männern wurde, natürlich mit Bewilligung des Monarchen, abgeschnitten. Das Ministerium nahm seinen Sitz im Gebäude des Kriegsministeriums, von Soldaten umgeben. Militär wurde nach Berlin gezogen, die Bürgerwehr aufgelöst, der Belagerungszustand erklärt, die Nationalversammlung geschlossen und eine Verfassung octroirt. Wohl hatte die Nationalversammlung das Material zu dieser Verfassung gesammelt und bearbeitet und v. Manteuffel hatte nur die letzte Hand angelegt; aber sie war doch das von ihm beendete, ins Leben eingeführte und mit seinem Namen versehene Werk, und so sehr er auch für einzelne Theile Revision wünschte, so war es doch natürlich und menschlich, daß er im Allgemeinen die von ihm octroirte Verfassung gegen die kleine, aber mächtige Partei der Kreuzzeitung zu schützen suchte.

Von beiden Kammern war die Verfassung angenommen worden und die Zügel der Herrschaft befanden sich wieder in den Händen der Regie-

rung; allein ehe das Ministerium weiter eingreifen, feste Zustände wiederherstellen, revolutionäre Elemente unterdrücken und die Unzufriedenheit befähigen konnte, war im März 1849 durch die deutsche Frage neuer Zündstoff in die Massen geworfen worden. Diese Frage konnte Manteuffel nicht klar auffassen; denn sie war seinem Wesen fremd und er hatte vor 1848 nicht einmal eine Ahnung, wie nahe sie dem Volke sei. In seiner Jugend hatte er der Burschenschaft fern gestanden und einer Verbindung angehört, welcher deutsche Ideen lächerlich erschienen. Auch sein Beamtenleben hatte ihm keine Gelegenheit geboten, die Wichtigkeit und Tragweite dieser Frage auch nur in Erwägung zu nehmen. In den Kreisen, in welchen er sich bewegte, war die Erhaltung Preußens in seiner bisherigen Größe das alleinige Ziel und die Unterordnung unter Oesterreich und Rußland, oder wie es damals hieß, „das Mitgehen mit denselben“ die alleinige Politik.

Da traten die Jahre 1848 und 1849 ein. Er mußte seinen Irrthum erkennen und das einstige jugendliche Streben eines Theils seiner Zeitgenossen konnte ihm nicht mehr als eine Don-Quixoterie erscheinen: aber er vermochte es auch nicht, die nationale Idee zu der seinen zu machen, wenn sie ihm auch freilich insofern willkommen war, als er sie zur Vergrößerung preussischer Macht zu benutzen hoffte. Ihm war es Ernst, als er in Erfurt die neue Versammlung eröffnete und in Berlin der Fürstentag stattfand; wenn es ihn auch freilich unangenehm berührte, daß Radomiz bei allen diesen Verhandlungen und Versammlungen eine so bedeutende Stellung einnahm. Beide Männer konnten sich nicht verstehen, da ihre Geistesgaben und ihre politischen Anschauungen so sehr verschieden waren. — Als Radomiz den 1850 von Oesterreich, Baiern und Württemberg angebotenen Kampf annehmen wollte, wich Manteuffel zurück. Die Stimmung und Kraft des deutschen Volkes waren ihm unbekannt, Oesterreichs Schwäche ließ er unbeachtet, eine erneuerte Erhebung Ungarns und Italiens wollte er nicht herbeiführen und die revolutionären Elemente der slavischen Länder nicht unterstützen. Auch fürchtete er die Einmischung Rußlands in den Kampf und übersah, daß alsdann das englische Volk seine Regierung zur thätigen Hilfe genöthigt hätte. So kam es, daß er mit Besorgniß auf den drohenden Krieg mit Oesterreich blickte und daß ihm in Olmütz die Unterwerfung nothwendig erschien. Nach seinen Anschauungen und seiner Ueberzeugung konnte er nicht anders handeln, und es ist ein großes Unrecht, wenn er der Schwäche angeklagt und mit Haugwitz auf eine Stufe gestellt wird.

Dieselbe Ueberzeugung war es auch, welche ihn später leitete. Er war nicht im Stande, für Preußen eine selbstständige, neue Stellung zu

schaffen und wie Cavour die günstigen Zeitverhältnisse zur Vergrößerung des Staates zu benutzen. Mit Einem Worte: Manteuffel war ein schlechter Minister der auswärtigen Angelegenheiten; aber in der Zeit, von welcher wir sprechen, war er Minister der inneren Angelegenheiten und als solcher füllte er seinen Platz aus. In dieser Eigenschaft hatte er gegebene Verhältnisse zu ordnen und zu leiten; und Keiner war hierin so geschickt wie er. Als Minister der auswärtigen Angelegenheiten, welche Stelle er später erhielt, mußte er dagegen Verhältnisse schaffen, welche sich den gegebenen angeschlossen. — Hierzu bedurfte er einer großartigen Weltanschauung, welche über die Schranken der schwarz-weißen Barriere hinwegging und woher sollte er diese nehmen, da seine Anschauung lediglich eine feudalistisch-bürokratisch-preussische war. Er kannte die Maschine seines Staates, er wußte sie zu leiten und selbst zu verbessern; aber er konnte ihr keine Ausdehnung geben; denn ihm fehlte die Kraft des Schaffens.

Diese Schöpfungsgabe besaß der König in hohem Grade; allein sein Lebensmuth war gebrochen und seine alleinige Hoffnung auf die deutsche Sache gerichtet.

Wenige Regenten haben mit so edlen Vorsätzen, so redlichem Willen und mit so großer Begabung die Regierung begonnen, als Friedrich Wilhelm IV. Er hatte den ernstesten Willen und sah es als heilige Pflicht an, bessere Zustände zu schaffen, den Staat und das sociale Leben mit Hilfe der Kirche von den Schlacken der letzten Jahrhunderte zu reinigen und ein neues christlich germanisches Leben, wie er sich solches mit schöpferischer, romantischer Phantasie ausgemalt hatte, herbeizuführen.

Auf ihn waren von der Mutter nicht blos die weichen Züge des Gesichts, sondern auch die Weichheit und Innigkeit ihres Gemüths, die Lebendigkeit und Schöpfergabe ihrer Phantasie und die Frische und Regsamkeit ihres Geistes übergegangen. Daher die Empfänglichkeit für alles Schöne und Große, die seltene geistige Befähigung und die schöpferische Kraft, daher aber auch die Weiche des Gemüthes, welche ihn zu jedem ernstesten Widerstande und zu jeder energischen That unfähig machte.

Früh schon hatten schwere Schicksalsschläge auf ihn eingewirkt. Er hatte das Unglück des Vaters und des ganzen Volkes in den Jahren 1806 und 1807 mit erlebt und war alt genug, um die Nieberge schlagenheit des Vaters und die Thränen der Mutter zu verstehen. Ihm war wenige Jahre darauf die Mutter hingeschieden, an welcher er mit heißer Liebe gehangen und welche ihn in ihren Schmerz und in ihre Ideen eingeweicht hatte.

Mit Leichtigkeit hatte er sich eine wissenschaftliche und künstlerische Bildung angeeignet. Männer wie Ancillon, Niebuhr, Savigny hatten ihn

in die Wissenschaft eingeführt, und ihm die Liebe zu den geschichtlichen Verhältnissen eingeflößt; aber diese Männer hatten kein Verständniß für die Gegenwart und noch weniger vermochten ihm der charakterlose Ancillon und der schwarz sehende Niebuhr Energie und Thatkraft beizubringen.

Mehr noch als die Lehrer wirkte der Befreiungskrieg auf die Ausbildung und Entwicklung seines Charakters. Die glühende Begeisterung, welche Alle ergriff, hatte auch die Brust des jungen Prinzen erfüllt und sein Herz für das deutsche Vaterland erwärmt. — So wie die übrige damalige Jugend, so wollte auch er die Ideale, für welche er schwärmte, auf die Gegenwart übertragen; aber die Männer waren des Kampfes müde und eine allgemeine Abspannung war im Volke eingetreten. Das Flache, Bürgerliche und Philistertöse errang im bürgerlichen Leben, wie am Hofe und unter den Ministern Friedrich Wilhelm's III. das Uebergewicht. Das konnte dem feurigen, hochbegabten Prinzen nicht genügen. Er suchte Erquickung und Erhebung und fand sie in dem romantischen, religiösen Geiste der Zeit, welchem sich so viele Edle der Nation hingaben. Um den Königssohn bildete sich ein Kreis Gleichgesinnter, welche in dem Kränzchen auf der Wilhelmstraße regelmäßig zusammenkamen. Dort war es, wo der Prinz mit der Haller'schen Lehre von der Restauration der Staatswissenschaft und den Dogmen von dem „Königthume von Gottes Gnaden“, bekannt geworden war. Dort hatte er Ideen eingesogen, die ihn fortan durch sein ganzes Leben begleiteten. Daher die Begünstigung des Ständewesens, die Vorliebe für die Aristokratie, die Beförderung der Beamten- und Priesterhierarchie, die Neigung zum Mysticismus und zur Orthodoxie und das Streben nach einem mittelalterlichen Königthume.

Aber nicht alle seine Freunde waren wie Leo, Stolberg und in der ersten Zeit auch Radowiz, den mittelalterlichen Haller'schen Lehren zugegethan. Es gab auch Männer unter ihnen, wie Bunsen und Heinrich v. Arnim, welche nach Deutschlands Größe strebten und denen die feudalistischen Ideen des Mittelalters fremd waren. Dem Prinzen blieben daher auch die Erscheinungen und Ideen der Gegenwart nicht unbekannt und so sehr er auch mit seinem poetischen Gemüthe der Vorzeit anhing und aus ihr Schutz gegen die Uebergriffe der Neuzeit suchte, so stieß er doch die Erscheinungen der Gegenwart und ihre Anforderungen keineswegs von sich ab, sondern war vielmehr bemüht, dieselben zu seinen Zwecken zu benutzen.

Von dem Vater war er früh in die Geschäfte der Regierung eingeweiht und namentlich war ihm die Leitung der Ständeangelegenheiten aufgetragen worden. Seine aristokratischen und streng kirchlichen An-

Schauungen waren nicht unbekannt geblieben, aber sein freies, geistiges Wesen, seine hohe Begabung, seine seltene Verebbarkeit, seine Liebenswürdigkeit, seine Empfänglichkeit für alles Schöne, Sittliche und Große und seine Liebe für Deutschland hatten ihm die Herzen des Volkes erworben und insbesondere hatte er sich die Zuneigung der Rheinländer errungen. So kam es denn, daß die Hoffnungen der Besseren des Volkes auf ihn gerichtet waren, als er im Juni 1840 den Thron seines Vaters bestieg. Bald nachher glaubte Bunsen „der Worte zu ermangeln, um den Eindruck der Vollkommenheit wieder zu geben, den Alles hervorgerufen, was der König gefühlt und geäußert habe. Alle Gefühle mußten in Dankbarkeit gegen Gott aufgehen, daß er einen solchen Monarchen zu einer Zeit gewährt habe, wo der persönliche Charakter der Monarchen die Sache der Monarchie stützen müsse“, und Ende 1840 schrieb er nach England: „Bei uns ist mit Friedrich Wilhelms IV. Thronbesteigung eine große Epoche angetreten von fruchtbarer Wichtigkeit. Ein neuer Kampf der Geister hat begonnen im Staate und in der Kirche.“ — Selbst außerhalb Preußens ergriff des Königs Persönlichkeit die Gemüther und aller Augen sahen auf ihn. Freilich gab es auch nicht Wenige, welche trotz der großen Zurüstungen keine Fortschritte bemerken wollten und schon nach dem ersten Jahre darauf aufmerksam machten, daß Nichtsthun nach wie vor als staatsmännische Weisheit gelte und der König zwar Schöpfungsgabe besitze, nicht aber die Energie, das muthig durchzuführen, was er für gut hielt.

Diese Ansicht wurde auch sehr bald im Volke vorherrschend. Vergeblich wartete dasselbe auf Verfassung, Aufhebung der Censur und Befreiung von Metternichs und Rußlands Einfluß. Zwar wurden delegirte Ausschüsse nach Berlin gerufen, die Censur erleichtert und geordnet und vom Könige verlangt, daß ein engeres und festeres deutsches Bundesverhältniß eintrete; aber es waren dies nur halbe Schritte, welche das Volk aufregten, nicht befriedigten. Dieses Schwanken und diese halben Schritte waren denen, die den König kannten, erklärlich und natürlich. In seiner eigenen Brust hatte er den Kampf der Parteien durchzukämpfen. Trotz seiner Liebe zu den alten Zuständen verkannte er nicht, daß den Anforderungen der modernen Zeit Rechnung zu tragen sei, und „daß“ — wie er zu Bunsen äußerte — „Bewegungen nur durch Freiheit, volle Freiheit bekämpft und besiegt werden könnten.“ Er hatte nicht den Muth, den Freiheitsbestrebungen entgegen zu treten; aber er wagte auch nicht, die Freiheit zu gewähren. Ihm fehlte die Kraft, zu einem Beschlusse zu kommen, und so zögerte er von Jahr zu Jahr mit den längst vorgenommenen Verbesserungen. Durch dieses Zögern wurden die Erwartungen getäuscht, die

Hoffnungen verwandelten sich in Erbitterung gegen den Träger der Krone und das Volk wurde in eine Aufregung versetzt, deren Schwüle schon lange vor 1848 eine Revolution ahnen ließ. Selbst die Freunde des Königs erkannten, daß bei dem reblichsten Willen und den edelsten Elementen Alles der Auflösung entgegenging, weil die letzte Anstrengung fehlte. Peel sagte schon 1842 zu Bunsen, „er hoffe, der König werde bereit sein, den Wünschen seiner Unterthanen nachzugeben. Es sei gut, Concessionen zu machen, so lange sie noch gemacht werden könnten. Viele Monarchen hätten Ursache gehabt, es zu bebauern, daß sie die Stunde der Concessionen vorbegehen ließen. Dieselbe sei nicht wiedergekehrt.“

Bis zum Jahre 1847 dauerte das Schwanken und als der König endlich das Edict vom 3. Februar 1847 erließ und den Vereinigten Landtag zusammenberief, da war es zu spät. Im Jahre 1840 wäre dieses Edict dankbar aufgenommen worden und man hätte weiter darauf gebaut. Im Jahre 1847 entsprach es nicht mehr den Wünschen des Volkes.

Dem Könige war dies nicht unbekannt. Er hatte schon 1845, also vor dem Erscheinen des Edicts zu Lord Aberdeen geäußert, „die Verfassung, welche er geben wolle, werde nicht befriedigen; es sei nicht möglich, die Völker im neunzehnten Jahrhundert zu befriedigen; aber die Nachwelt werde ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er das Rechte gethan. Uebrigens werde sich wohl aus der beabsichtigten Institution im Laufe der Jahrhunderte eine Verfassung entwickeln, welche der englischen ähnlich sei; das sei aber eine allmähliche, historische Entwicklung und eine ganz andere als die moderne, constitutionelle, welche sich ganz von der Vergangenheit losrenne und von vorne anfangen, als habe bis dahin gar kein rechtlicher Zustand existirt.“ Weiter als das Edict vom 3. Februar 1847 wollte der König nicht gehen und ausdrücklich erklärte er, „daß es keiner Macht der Erde gelingen sollte, ihn zur Aenderung seines Willens zu bringen“; aber die Geschichte war mächtiger, als er; sie gestaltete die Verhältnisse anders, als er mit seinem hochbegabten Geiste geahnt hatte. Erstaunt sah er ein Jahr später die alten Gebäude der Staaten unterminirt, dem Sturze nahe und sein eigenes Volk gegen ihn im Aufstande. Sein edles Herz vermochte nicht einen ernsten Kampf mit dem Volke zu führen. Nicht Schwäche war es, sondern religiöser Sinn, welcher ihn am 19. März zum Zurückziehen der Truppen veranlaßte. Auch war sein Geist fähig, trotz der persönlichen Niederlage eine große Zukunft für Preußen und durch Preußen für Deutschland zu ahnen. Ja, er wurde sogar anfänglich von dieser großen Idee hingerissen und es war ihm gewiß voller Ernst, wenn er seinen Offizieren in Potsdam erklärte: „Ich will Deutschlands Einheit, ich will Ordnung.“ Dagegen vermochte seine

edle Natur nicht, sich über das Gewöhnliche und Gemeine, was jede politische Bewegung der Massen mit sich führt, hinwegzusetzen und ebenso fehlte ihm die Thatkraft, um die Revolution in die Hand zu nehmen, das Gemeine zurückzubringen und die Kräfte derselben zur Entwicklung besserer Zustände zu benutzen.

Die Bewegung griff weiter um sich, die Bande des Gehorsams waren im September unter dem Pfuel'schen Ministerium gelöst, das Vertrauen hatte aufgehört, demokratische Vereine herrschten und das Gubernement verlor immer mehr Terrain. Wollte sich der König erhalten, so mußte er sich nach Männern umsehen, welche die verlorenen Zügel der Herrschaft wieder zurückbrachten und die fortrollende Bewegung hemmten. Diese Hilfe gewährte ihm das Manteuffel'sche Ministerium. Mit Muth und Aufopferung hatte es sich zum Herrn der Situation gemacht und es konnte nicht fehlen, daß der König diesem Ministerium das vollste Vertrauen schenkte. Dasselbe hatte ihn von der unleidlichen Herrschaft und Brutalität der Massen befreit und durch Energie und Festigkeit bürgerliche Ordnung zurückgeführt.

Nachdem die sogenannte rettende That glücklich ausgeführt war, wurde der König von vielen Seiten aufgefordert, das Ministerium zu entlassen und Männer zu wählen, welche nicht als Feinde der constitutionellen Monarchie, sondern umgekehrt durch constitutionelle Gesinnung auch in früherer Zeit bekannt waren und dem Volke eine Garantie gaben, welche keine königliche Machtvollkommenheit ersetzen konnte. Der König sah dies ein und verkannte auch nicht die geringe staatsmännische Erfahrung seiner Minister, aber er hielt sich durch Dankbarkeit gefesselt und ihre Gesinnung war ihm Bürgen, daß sie zwar bei der Constitution beharren, jedoch in gesetzlicher Weise für deren Beschränkung Sorge tragen würden. Er selbst wollte, trotz der Erbitterung, die sich in sein Herz eingeschlichen hatte, auch noch nach den Novembertagen ein constitutioneller Fürst bleiben; aber er wollte die Politik allein betreiben und die Dictatur nach wie vor ausüben. Er haßte das constitutionelle System als ein System des Lugs und Trugs; aber sein Gewissen gestattete ihm nicht, die angenommene octroyirte Verfassung zurückzunehmen.

Ein inneres Verständniß zwischen dem Könige und dem Ministerium fand trotzdem nicht statt. Diesem genügte, die Staatsmaschine zu beherrschen, zu leiten und sie für die Gegenwart zu erhalten, während der König Fundamente für fernere Zeiten gründen wollte. Im Jahre 1849 trat dies bei der Leitung der inneren Staatsverhältnisse minder hervor. Zwar wollte der König sehr oft mit der ihm angeborenen Leidenschaftlichkeit sofort Ziele erreichen, welche die Minister nur langsam anzubahnen

strebten, aber überzeugt von dem praktischen Sinne des Ministers des Innern gab der König, wenn die erste leidenschaftliche Hitze verraucht war, fast immer nach. Gemeinschaftlich strebten König und Ministerium nach Wiederherstellung und Befestigung der königlichen Macht und suchten dieselbe durch größere Abhängigkeit des Beamtenstandes und Verstärkung der obrigkeitlichen Gewalt zu erzielen, wobei der König, welcher die Details niemals geliebt hatte, den Ministern die Ausführung überließ.

Nicht in gleicher Weise war es bei der deutschen Frage, hinsichtlich der der König und sein Ministerium ganz verschiedene Ansichten hatten. Für das Letztere hatte die deutsche Frage keinen anderen Werth, als daß dadurch das Volk beruhigt, die preussische Macht vermehrt und wo möglich auch die preussische Grenze ausgedehnt werden konnte. Anders dachte der König. Wie ihm keine Idee der Zeit fremd geblieben war, so auch nicht das Ringen nach deutscher Einheit. Die Zeit, wo das deutsche Reich in seiner vollen Kraft dagestanden, wo seine Macht und Größe Alles überragt hatte, wo mit gläubigem Gemüthe so viel Großes und Schönes geschaffen war, wieder zurückzuführen und durch die Errungenschaften der Gegenwart zu vervollkommen, mußte seinem hochstrebenden und romantischen Geiste ein schönes Ziel sein und wohl mochte damals die alte Idee wieder auftauchen, daß er zu Großem bestimmt sei. Den Wünschen und Absichten des Königs standen bei der deutschen Frage nicht blos die Stodpreußen und die Hofpartei entgegen, sondern er hatte auch in der eigenen Brust den Kampf durchzukämpfen, welcher durch sein ganzes Leben in den verschiedenen Epochen immer wieder hervortrat, den Kampf zwischen den romantischen und modernen Ideen. Er war zu deutsch gesinnt, als daß er Oesterreich mit seinem Slaven- und Magyarenreiche und italienischen Provinzen die erste Stelle in Deutschland einräumen konnte; ihn mahnte die alte Politik seines Hauses, sich und das übrige Deutschland von Oesterreich unabhängig zu machen und endlich war ihm auch der Wunsch nicht fremd, die Einheit Deutschlands herbeizuführen und, wenn es ohne Rechtsverletzung irgend möglich wäre, für Preußen die Herrschaft zu erlangen. Er wollte nicht seine Hausmacht vermehren, sondern wollte in Wahrheit ein kräftiges, mächtiges Deutschland unter der Leitung des Hohenzollernschen Hauses. Ob damit, trotz der Ablehnung, nicht auch der Wunsch nach der deutschen Krone verbunden war, ist mindestens denkbar und die Bemerkung in dem Tagebuche Varnhagens erscheint nicht unglaublich, „daß der König denen, welche ihm wegen der Krone zuredeten, widerstritt und doch gern das Ohr lieb“. „Ihm wäre es,“ wie Ranke gewiß mit Recht annimmt, „der höchste Ehrgeiz gewesen, die tausendjährige Krone der Deutschen auf seinem Haupte zu tragen; aber andererseits war auch das sein Ehrgeiz, auf

legitimem, altherkömmlichem Wege dazu zu gelangen.“ Auch war er von der Idee durchdrungen, daß dem österreichischen Hause nach geschichtlichem Rechte die erste Stellung gebühre und daß den Fürsten nicht ohne ihr freies Einverständniß ihre Souveränitätsrechte entzogen werden dürften. Die Achtung vor dem geschichtlichen Rechte, die Ehrfurcht vor dem kaiserlichen Hause und das väterliche Testament, worin ihm die Allianz mit Oesterreich und Rußland dringend angerathen war, standen seinen persönlichen Wünschen entgegen.

Bei diesem Zwiespalt konnte es nicht fehlen, daß der König hinsichtlich der deutschen Frage zu Männern seine Zuflucht nahm, die ihn verstanden und die er für gleichgesinnt hielt. Er betrachtete die deutsche Frage als eine rein persönliche. Ihm für seine Person war die Krone angetragen und er hielt dafür, seine Person wäre zunächst und dann erst der Staat theilhaftig. Indem er nun aber seiner Person das nächste Recht zur Entscheidung der Frage einräumte, hielt er sich auch für berechtigt, mit denen zu berathen, die ihm am nächsten standen, und zu diesen gehörten nicht die Minister, sondern seine Freunde, v. Thiele, Leo, v. Canitz, v. Gerlach, Uhlen, Stolberg u. s. w. und andererseits Bunsen, Radowitz und zeitweise auch Camphausen und Bederath. Jene wollten Erweiterung preussischer Macht, aber sie wollten dieselbe nicht dem Volke, sondern der Armee verdanken und weder das specifische Preussenthum aufgeben, noch Oesterreich in irgend einer Weise verletzen. Mit Hilfe der Allianz von Rußland und Oesterreich wollten sie die im vergangenen Jahre locker gewordenen Zügel fester spannen. Diesen Männern, welchen die Einheit Deutschlands als Chimäre und das frankfurter Parlament als eine revolutionäre Auflehnung gegen die Gewalt deutscher Fürsten erschienen, und welche die Ideen und Bedürfnisse der Gegenwart nicht zu erfassen vermochten, waren die Minister zu wenig specifisch preussisch. Sie wollten Frankfurt sprengen und Deutschland, falls es sich noch länger den deutschen Ideen hingab, durch Militärgewalt besiegen.

Andererseits waren Bunsen und Radowitz von der Idee durchdrungen, daß Preußen die deutsche Executive in die Hand nehmen müsse und daß dadurch allein der Anarchie entgegen getreten werden könne. Der König, so erklärten sie, müsse, was ihm die deutschen Fürsten und durch Frankfurt das deutsche Volk biete, annehmen und mit Oesterreich ein Bundesverhältniß eingehen, welches billigen Erwartungen entspreche.

Der König schwankte und neigte sich bald zu der einen, bald zu der anderen Ansicht. Sein klarer Geist und sein deutsches Gemüth sprachen für Bunsen und Radowitz; während seine übrigen Freunde und wohl auch die Königin deren Ansichten verwarfen und dafür hielten, daß die

vom Volke gebotene Krone mit Roth befleckt sei. Ihre Bemühungen wurden durch Prinz Karl von Baiern, den Schwager Friedrich Wilhelms IV. und die Gesandten Rußlands und Oesterreichs unterstützt. Unter diesen verschiedenen Eindrücken und Einflüssen war der Tag herangekommen, wo dem Könige die Krone angeboten wurde. Er nahm sie nicht an, lehnte sie aber auch anfänglich nicht ab. Er erklärte, daß er ohne das freie Einverständniß der Fürsten keine Entschließung fassen könne und daß diese zu prüfen hätten, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen fromme.

Zugleich wurde auch ein Circular an die Gesandten der deutschen Höfe erlassen, worin erklärt wurde, „der König sei bereit, an die Spitze eines Bundesstaates zu treten, der aus den Staaten zu bilden sei, welche sich aus freiem Willen anschließen werden“. Dieser Entschluß des Königs stimmte mit seiner ganzen Persönlichkeit überein. Er wollte das Recht Dritter achten, wollte der Revolution nichts zu danken haben, wollte aber auch seine Pflicht gegen Deutschland nicht verletzen und Preußens künftiger Größe nichts vergeben.

Zweites Capitel.

Rundschau nach Außen. Die Großmächte und die deutschen Regierungen. Hannover, König Ernst August und die Camarilla. Der Aufstand in Dresden. Stimmung der süddeutschen Höfe und des Volkes. Württemberg, Baiern, Aufstände in der Pfalz und Baden.

Während sich im Innern Preußens am Anfange des Monats Mai die Bande der Ordnung lockerten, hatten sich auch seine Verhältnisse nach Außen nicht günstig gestaltet.

Von sämtlichen europäischen Regierungen war die englische, bei welcher Bunsen das preussische und deutsche Interesse vertrat, die einzige, welche Preußen nicht feindlich gesinnt war. Mit Dänemark befand es sich im Kriege. Schweden, nach Herzberg's Ansicht ein natürlicher Bundesgenosse Preußens, war auf Seiten des skandinavischen Bruderlandes. Schon im Mai 1848 waren 2 Millionen Reichsthaler Banco für Zurüstungen Behufs des deutsch-dänischen Krieges bewilligt worden und als der König am 24. October die Versammlung der Stände schloß, erklärte er klar und unumwunden seine Theilnahme für die dänische Sache. Durch den erneuerten Krieg erhöhten sich Schwedens Sympathieen.

Rußland trat zwar nicht offen Preußen entgegen, allein seine Agenten waren im Geheimen bei dem Waffenstillstand zu Malmö, bei Hintertreibung der von England und Preußen gewünschten Abstimmung in Schleswig, bei der Ablehnung der Kaiserkrone in Berlin und den Agitationen der süddeutschen Höfe thätig. Außerlich hatten die Vertreter Rußlands in einem bald nach Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser ergangenen Rundschreiben die Weisung erhalten: „dem deutschen Volke klar zu machen, daß sich Rußland in keine innere Organisationsfrage der Völker mischen werde und seine Grenzaufstellungen einfach eine Maßregel

der Vertheidigung und Vorsicht wären. Rußland habe es sich stets angelegen sein lassen, Eintracht und Einheit in Deutschland anzuempfehlen, freilich nicht die materielle, sondern die moralische Einheit. So lange Deutschland nicht angreife, so lange die Conföderation, welche neue Form sie sich auch geben möge, die Nachbarstaaten unangetastet lasse und nicht darauf ausgehe, zwangsweise ihre Gebietsumschreibungen auszudehnen oder ihre rechtmäßige Competenz außerhalb der Marken, welche die Verträge ihr vorschreiben, geltend zu machen, werde der Kaiser die innere Unabhängigkeit achten.“ In der That war auch Rußland ein Krieg mit Deutschland nicht erwünscht. Es hoffte im Jahre 1848 die Verwirrung zu benutzen, um seine Pläne wegen Constan'inopel ausführen zu können und hatte auch zu diesem Zwecke in der Walachei einen Hospodar eigenmächtig ernannt und das Land besetzt. Auch mußte es dem Kaiser Nikolaus sehr gleichgiltig sein, unter welchen Formen die einzelnen Länder Deutschlands regiert wurden. Dagegen konnte ihm das Einheitsstreben und der Einheitsstaat des deutschen Volkes nicht erwünscht sein, denn durch letzteren mußte Rußlands Einfluß auf Deutschland für immer vernichtet werden. Mit einem Einheitsstaate war aber auch nothwendig nationales Bewußtsein und nationales Streben verbunden und so sehr die russische Politik dieses Streben bei den Südslaven unterstützte und beförderte, so fürchtete sie doch, daß Polen, Litthauen und Finnland durch das Beispiel Deutschlands zu ähnlichem Streben ermuntert werden könnten, und noch mehr fürchtete sie, daß sich die Ostseeprovinzen, welche durch Religion, Sprache, Bildung und Abstammung mit Deutschland verbunden waren, einem kräftigen deutschen Staate anschließen könnten. Trotzdem war Nikolaus, abgesehen von den schleswig-holsteinischen Angelegenheiten, gegen Preußen und sein Streben nach deutscher Hegemonie nicht offen aufgetreten. Sowie die Kreuzzeitungspartei ihre letzte Hoffnung auf ihn setzte, so hoffte auch er, daß diese Partei siegen und sich Preußen dann wieder der Leitung Rußlands unterwerfen würde.

Je weniger er nun aber damals wagte, sich direct und offen in die deutschen Angelegenheiten zu mischen, desto freudiger ergriff er das Anerbieten Oesterreichs, ihm gegen die siegreichen Ungarn Hilfe zu leisten. Doppeltes erreichte er mit dieser Hilfe. Einerseits konnte Oesterreich, wenn Ungarn und Italien besiegt waren, gegen Preußen auftreten, falls dieses bei dem engeren Bundesstaate beharrte, und andererseits war eine solche Hilfe eines fremden Staates eine Demüthigung für Oesterreich und eine Erhöhung seiner eigenen Macht in den Augen der Südslaven.

Während Rußland auf diese Weise in ein gespanntes Verhältniß zu Preußen kam und diese Spannung um so mehr hervortrat, als Nikolaus

während seines langen Aufenthalts in Warschau nicht ein einziges Mitglied des preussischen Hauses zum Besuch aufgefordert hatte, war er keineswegs in gleicher Weise dem republikanischen Frankreich entgegengetreten und fast schien es, als wenn er die alten Bande wieder anknüpfen und den Preis, welcher Carl X. und Louis Philipp für ein Bündniß offerirt war und welcher in dem linken Rheinufer bestand, aufs Neue gewähren wolle.

Frankreich selbst hielt sich sehr neutral. Dort war seit dem 10. Dezember 1848 Louis Napoleon zum Präsidenten gewählt worden und hatte sein Amt am 20. Dezember angetreten. Im Mai 1849 war eine neue Kammer zusammengekommen, in welcher der Präsident der Republik nur wenig Anhänger hatte und welche zum größten Theile aus Orleanisten, Legitimisten und Socialisten bestand. Trotzdem schien das Land Vertrauen zu dem Präsidenten zu haben. Die Werkstätten wurden wieder eröffnet und die Geschäfte nahmen Aufschwung.

Mit kluger Berechnung wollte Louis Napoleon zunächst die feindlichen socialen Elemente unterdrücken und seine Macht im Innern Frankreichs begründen und vermehren, ehe er dem Auslande entgegentrat. Nur an dem Kampfe gegen Rom nahm er Theil; einem Kampfe, welcher der katholischen Geistlichkeit willkommen war und sie zu Bundesgenossen des Präsidenten machte. Mit den übrigen Staaten stand damals Louis Napoleon in passiv friedlichem Verhältnisse. Man hatte keine Neigung, mit ihm anzubinden, sondern überließ dies Frankreich; aber man hatte auch ebensowenig Sympathieen für ihn.

Nikolaus hatte durch sein Geld die Wahl des Präsidenten begünstigt. Zum Theil geschah dies aus einer gewissen Vorliebe des Kaisers zu der Bonaparteschen Familie, namentlich zu Eugen v. Leuchtenberg, zum Theil aber auch aus Haß gegen die Orleans'sche Familie und in der Hoffnung, daß Louis Napoleon die Volksherrschaft besiegen und der Thronbesteigung des legitimen Herzogs von Bordeaux vorarbeiten würde.

In Italien war Anfang Mai eine vollständige Reaction theils schon eingetreten, theils in Aussicht. Der Mittelpunkt der italienischen Bewegung war im Jahre 1848 Rom gewesen. Von dort war der Papst bereits im Dezember 1848 mit Hilfe des bairischen Gesandten nach Gaeta geflohen, war demnächst am 9. Februar der weltlichen Macht entsetzt und die römische Republik proclamirt worden. Auch Florenz hatte sich zur Republik erklärt. Venedig hatte sich energisch vertheidigt und in der Lombardie war Brescia aufs Neue aufgestanden. Der ganze Kirchenstaat, Modena und Parma hatten sich der Bewegung angeschlossen. Die günstigen Nachrichten von Ungarn konnten nicht ohne Einfluß auf Italien bleiben. Von allen Seiten verlangte man, daß König Carl Albert nochmals

den Kampf versuchen möchte. Als er zögerte, erhoben sich die republikanischen Elemente und von vielen Seiten verlangte man Entfernung des Königs. Halb gezwungen, halb freiwillig erklärte er Oesterreich am 16. März den Krieg; wurde jedoch schon am 23. durch Radetzky bei Mortara und Novara geschlagen und entsagte am anderen Tage der Krone zu Gunsten seines Sohnes. Genua erhob sich nachträglich, aber es nützte ihm nichts. Es wurde ebenso wie Brescia sehr bald besiegt. Mit Sardinien schloß Radetzky einen Waffenstillstand und besetzte demnächst Parma, Florenz, Modena, Bologna und Ancona, also ganz Mittel-Italien. Inzwischen hatten auch die übrigen vom Papste zu Hilfe gerufenen katholischen Staaten, Spanien, Neapel und Frankreich Truppen gesendet. Cavaignac hatte bereits 1848 Hilfe versprochen und Napoleon sendete unter General Dubinot ein Armeecorps nach dem römischen Gebiete, welches unter Garibaldi's Leitung vertheidigt wurde. Sicilien wurde im Frühjahr 1849 besiegt und Palermo am 15. Mai eingenommen.

So war in Italien schon im Frühjahr 1849 die alte Macht Oesterreichs wiederhergestellt; aber nicht überall war der junge österreichische Kaiser, welcher noch nicht das neunzehnte Jahr erreicht hatte, in gleicher Weise glücklich. Der Reichstag war aufgelöst, mehrere Mitglieder desselben verhaftet, Wien und Prag im Belagerungszustande und die Länder, welche bisher am treuesten der Krone angehangen hatten, dadurch in Aufregung, daß ihnen durch die octroirte Verfassung, welche das österreichische Reich zu einem einheitlichen erklärte, ihre Rechte, Privilegien und Freiheiten genommen waren. Aus Prag und Agram, von den Rumänen und anderen Stämmen ergingen Proteste. Am erbittertsten war Ungarn. Es antwortete damit, daß am 14. April das Haus Habsburg abgesetzt und Kossuth zum Präsidenten ernannt wurde. Zugleich wurden die Anstrengungen zum ernstesten Kampfe erneuert. Pest und Ofen wurden erobert und ganz Ungarn mit Ausnahme Pressburgs von der österreichischen Armee befreit. Schon waren die Ungarn nahe daran, die deutsche Grenze zu betreten, da nahm die Regierung im Mai 1849 die Zuflucht zu Rußland. Der junge Kaiser begab sich selbst zu diesem Zwecke nach Warschau und Kaiser Nikolaus war mit Freuden zur Hilfe bereit.

Wohl spielte Oesterreich, welches die fremde Macht zum Schutz gegen sein eigenes Volk erbitten mußte, eine traurige, demüthige Rolle, aber trotzdem beharrte es auch noch in der Zeit, wo es Hilfe suchen mußte, also vornehmlich im Monate Mai, bei seinem Uebermuth gegen Preußen. Seine feindselige Stellung blieb dieselbe und alle diplomatischen Künste wurden von ihm angewendet, um das südwestliche Deutschland vom Anschlusse an Preußen abzuhalten.

So sah es in Oesterreich und außerhalb Deutschlands aus. Nirgends ein Bundesgenosse Preußens, überall in Folge beschränkter Politik oder natürlicher Staatsverhältnisse feindliche Gesinnung gegen Preußen und dieselbe sprach sich in erhöhtem Maße in Deutschland selbst aus, wenn auch freilich entgegengesetzte Ursachen vorherrschend waren. Dort fürchtete man die Machtvergrößerung Preußens und Deutschlands, während das deutsche Volk erbittert war, daß Preußens Regierung die von den Vertretern der deutschen Nation angebotene Machtvergrößerung nicht angenommen hatte. Man war erfreut gewesen, daß endlich der seit Jahrhunderten von den Besten der Nation gewünschte Einheitsstaat herbeigeführt oder doch wenigstens angebahnt sei, man hatte geglaubt, die seit Jahrzehnten gehegten Vorurtheile gegen Preußen und das partikularistische Streben überwunden zu haben und gab sich der Hoffnung hin, endlich in der nächsten Zukunft einem großen Staate anzugehören und die Vortheile desselben genießen zu können, und alle diese Hoffnungen wurden von derjenigen Regierung vernichtet, welche vorzugsweise dadurch gewinnen sollte und zu deren Vortheil man bereit war, Opfer zu bringen. So wie man nun im gewöhnlichen Leben denjenigen am meisten verfolgt und haßt, welcher die zur Versöhnung gebotene Hand nicht annimmt und die nicht ohne Opfer gereichte Gabe zurückstößt, so tauchte auch in ganz Deutschland die alte preußenfeindliche Gesinnung wieder hervor und loderte in Haß und Anfeindung auf und zwar in einem solchen Grade, daß viele Jahre dazu gehörten, um den Eindruck zu verwischen. Zwar wurde nur der Kampf für die Reichsverfassung als Panier der Bewegung gewählt, aber zugleich sollte er doch auch, — wie in Reutlingen offen ausgesprochen wurde, — gegen den Reichsfeind Preußen gerichtet sein, zu dessen Vertreibung aus deutschen Marken aufgefördert wurde.

Dieser Haß, vereint mit dem Streben nach dem Einheitsstaate, gab sich vorzugsweise in Süddeutschland kund, aber auch in Norddeutschland trat eine preußenfeindliche Stimmung so sehr in den Vordergrund, daß sogar der ständische Ausschuß in Braunschweig von dem Staatsministerium Organisation der Volkswehr verlangte und in seinem Schreiben aussprach: „die frankfurter Versammlung sei ihrer eigenen und mehr noch des Vaterlandes Ehre schuldig, muthig voranzuschreiten und selbst vor der Möglichkeit eines Bürgerkrieges nicht zurückzubeugen.“

Eine gleiche Stimmung war in Hannover vorherrschend. Dort hatte die Wahl des Erbkaisers bei allen Parteien, außer der noch immer mächtigen Hofpartei, Anklang gefunden und hatten dieselben der frankfurter Deputation ihre Zustimmung auf das Feierlichste zu erkennen gegeben. Die Kammern konnten sich nicht erklären, da sie bereits im März ver-

tagt und am 25. April aufgelöst waren; dagegen hatten sich nicht blos Volksvereine, sondern auch viele Magistrate und Bürgervorsteher-Collegien, unter anderen Emden und Göttingen, für die Verfassung erklärt.

Anfang Mai hatte in Hannover ein Congreß der Abgeordneten der Corporationen und Vereine des ganzen Landes stattgefunden. Die von denselben an den König gesandte Deputation, welche Anerkennung der Reichsverfassung, Einberufung der Ständeversammlung und Entsetzung des Ministeriums verlangen sollte, wurde nicht angenommen, demzufolge der Congreß in der Proclamation vom 7. Mai erklärte:

„Möge das hannöversche Volk erkennen, daß alle friedliche Mittel zur Lösung der großen deutschen Frage in Hannover erfolglos angewendet und daß es alle traurigen Folgen auf eine Regierung zurüchwälzen darf, welche hartnäckig der deutschen Einheit widerstrebt und ihr Ohr den Wünschen des ganzen Landes verschließt. Zeigen möge nun auch das hannöversche Volk, daß es werth sei, ein deutsches Volk zu heißen.“

Entgegengesetzter Ansicht war der König Ernst August, welcher über die Ablehnung der Krone durch seinen Neffen Friedrich Wilhelm IV. sehr erfreut war. Ernst August besaß alle hochmüthigen und selbstsüchtigen Eigenschaften der höheren englischen Aristokratie, ohne deren strengen Rechtsinn, ihre Liebe zum Gemeinwohl und ihren Nationalstolz zu theilen. Als erster Pair Englands hatte er trotz seiner deutschen Königswürde seiner Pflicht den Huldigungsseid geleistet; dagegen war es mit dem englischen Stolz des deutschen Fürsten nicht zu vereinen, sich der Hegemonie Preußens zu unterwerfen. Deutschlands Recht war dem übermüthigen Aristokraten, obwohl er aus deutschem Fürstengeschlechte stammte, antastbar, deutsches Wohl gleichgiltig und deutsche Einheit verhaßt. Bei dem Antritte seiner Regierung hatte er im frevelhaften Eigenmuth deutsches Recht gebrochen, deutsch gesinnte Männer, welche für das Recht des Landes austraten, verjagt und der deutschen Nation gespottet. Als die Tage des März 1848 kamen, war der stolze Welfe zum Nachgeben gezwungen worden. Dem Volke mußte er seine Rechte zurückgewähren, mußte dem nationalen Streben nachgeben; aber der Unterwerfung unter Preußens Primat war er stets entgegen und nur die eiserne Nothwendigkeit, namentlich die deutschen Zustände im Monat Mai 1849 zwangen ihn, mit Preußen wegen eines Bündnisses der Fürsten zu unterhandeln.

Seine Camarilla unterstützte ihn in seinem antinationalen Streben. Sie bestand vorzugsweise aus Damen, welche nach wie vor 1848 die Fäden der Politik in die Hand genommen hatten und mit welchen der alte Herr, der übrigens noch mit Pietät und Treue an seiner verstorbenen Gattin hing, am liebsten politisirte. Unter ihnen hatte Gräfin Grote,

eine angenehme, aber etwas gesprächige, aristokratische, specifisch hannöversische und antipreußische Dame den größten Einfluß auf den König. Sie war es, welche mit ihm einen großen Theil des Tages zubrachte und ihm die diplomatischen Depeschen vorlesen mußte. Ihr zur Seite standen Frau v. Vock, geb. Grote, und Frau Gräfin Adelaide Hardenberg, welche beide die Ansichten der Gräfin Grote theilten. Mit diesen Damen in Uebereinstimmung handelten die erklärten Lieblinge des Königs, der Hofmarschall Malortie, Geheimerath Graf Welbel und der Kammerrath Alexander v. Münchhausen, letzterer Schwiegersohn der Gräfin v. Grote und Cabinetssecretär des Königs, alle drei reactionär, aristokratisch und antipreußisch. Sie vermittelten den fortwährenden Zusammenhang mit dem vormärzlichen Ministerium, namentlich mit v. Falke und mit dem ehemaligen Bundestagsgesandten v. Lenthe. Alle diese Männer sahen den neu zu bildenden Bundesstaat als Selbstmord für Hannover an und hielten dafür, daß ihr Königreich vorzugsweise unter den deutschen Nordstaaten dem Gelüste Preußens entgegenzutreten müsse. Hätte das Märzministerium deutsche Gesinnung gehabt, so würde ihm doch bei der mächtigen Camarilla, welche den König umstrickte und bei dessen eigensinnigem Charakter nicht möglich gewesen sein, eine deutsche Richtung zu verfolgen; allein es hatte auch nicht den Willen, in der deutschen Sache dem Könige entgegenzutreten. Stüve, der Mann des starren Rechts, aber ohne staatsmännisches Talent, Graf Bennigsen, v. Voßmer, welcher in Frankfurt mit Schmerling gegen das absolute Veto gestimmt hatte, Hermann von Wangenheim, ein fester Charakter aber ein verknöchertes Hannoveraner, und die übrigen Minister waren sämmtlich brave Männer, welchen der deutsche Charakter eigen, aber die deutsche Gesinnung fremd war. Ihr kleines Königreich war ihrem Herzen näher als das deutsche Vaterland, und in vertrockneter Engherzigkeit stimmten sie mit der Camarilla darin überein, daß Hannover ein selbstständiger, souveräner Staat bleiben müsse und daß sich das Geschlecht der Welfen nicht dem der Hohenzollern unterwerfen dürfe.

Auch in Kurhessen hatte sich die Stimmung geändert. Zwar war der Kurfürst stets preußenfeindlich gesinnt gewesen; aber um desto mehr wünschte das hessische Volk den Primat Preußens. Die Ständeversammlung hatte sich schon am 19. Januar für die Wahl des Königs von Preußen erklärt und die preußisch Gesinnten des frankfurter Parlaments hatten sich Ende Februar und Anfang März dahin geeinigt, daß das frankfurter Parlament für den Fall des Sieges der Republikaner nach Cassel verlegt werden sollte. Je mehr nun aber die Bewohner Kurhessens für Preußen waren, desto schmerzlicher war ihnen die Ablehnung

der Krone. Allgemein sprach sich Verstimmung aus; da jedoch das Ministerium das Versprechen abgab, die Durchführung der Verfassung in jeder zulässigen Weise anzustreben, und da es die Vereidigung der Truppen in Aussicht stellte, so wurden alle Demonstrationen unterdrückt und von den Bürgern selbst dahin gewirkt, daß keine ungeseglichen Mittel angewendet wurden.

Nicht so friedlich ging es in Sachsen zu. Beide Kammern hatten die Reichsverfassung anerkannt und man bezweckte; von der Regierung zu verlangen, daß sie die Truppen auf die Reichsverfassung vereide und sie der Centralgewalt behufs Durchführung der Reichsverfassung zur Verfügung stelle.

Ehe es noch zur Verathung hierüber kam, wurde am 30. April die Kammer aufgelöst. Diese Auflösung erregte um so mehr Verdacht, als ja Gleiches fast zur selbigen Zeit in Preußen stattgefunden hatte. In Leipzig wurde von Seiten des Stadtraths und der Stadtverordneten um sofortige Anerkennung und Veröffentlichung der Reichsverfassung, sowie um Berufung von Ministern, deren Ueberzeugung mit jenem Antrage in Uebereinstimmung wäre, gebeten und schloß sich die Universität diesem Antrage an. Später und zwar am 3. Mai stellten sich die städtischen Behörden Leipzigs unter den Schutz der deutschen Reichsgewalt und erklärten, daß sie das Gerücht von der Herbeirufung preussischer Truppen ebenso mit Betrübniß, als mit Entrüstung erfülle.

In Dresden selbst waren vorzugsweise die Vereine beschäftigt, die Aufregung zu vermehren. Diese sowohl wie die städtischen Behörden hatten Deputationen an den König gesendet und von ihm unter dem 1. Mai die Antwort erhalten: „er sei zwar jedem persönlichen Interesse fern und und zu jedem Opfer für Sachsen und Deutschland bereit, allein er habe die Ueberzeugung, die Reichsverfassung, wie sie jetzt vorliege, könne nicht zum Heile des Volkes dienen, und daher sei er entschlossen, in dieser Angelegenheit mit Preußen zu gehen.“

Diese Antwort vermehrte die Aufregung. Zugleich wurde bekannt, daß der König die freisinnigen Minister Held, v. Ehrenstein und Weinlig entlassen, nur Deust und Rabenhorst behalten und dem Geheimrath Bschinski den Vorſitz des Ministeriums anvertraut habe. Auch verbreitete sich das Gerücht, Carlowitz habe das Ministerium ausgeschlagen und zur Annahme der Reichsverfassung gerathen. Insbesondere aber wurde das Volk durch die Nachricht erregt, daß der König von Preußen seinen Flügeladjutanten Prinz Eroy nach Dresden gesendet und Hilfe angeboten habe. Schon an diesem Tage waren an den Straßenecken Aufrufe angeklebt, welche zur Erhebung für die Souveränität des Volkes und die Reichs-

verfassung aufforderten. Andere Aufforderungen zum Aufstande wurden durch Kinder in den Straßen Dresdens ausgeboten. Die städtischen Behörden und Communalgarden beschloffen aufs Neue Adressen und Letztere wollte am folgenden Tage eine Parade zu Ehren der Reichsverfassung abhalten. An diesem Tage, wo die Adressen zugleich mit der Leipziger Adresse abgegeben werden sollten, hatten sich auch Deputationen aus anderen Städten, namentlich aus Zwickau, Glauchau und Freiberg eingefunden. Mit den Deputationen waren Zuzüge aus verschiedenen Gegenden Sachsens gekommen, verdächtige Gesichter ließen sich blicken und die Unruhe nahm in den Straßen zu.

Von Seiten der Regierung war man nicht unthätig gewesen. Die entbehrlichen Truppen aus dem ganzen Lande wurden nach Dresden gezogen; aber nur die eine Hälfte der Armee war im Lande, die andere befand sich in Schleswig-Holstein. In Dresden selbst waren zu jener Zeit etwa 2000 Mann mit 6 Geschützen. Von Leipzig aus wurde Infanterie, von Chemnitz das Leibregiment berufen, so daß etwa noch 2000 Mann zugleich mit 6 Geschützen der reitenden Artillerie hinzukamen. Ueber ein Weiteres konnte die Regierung nicht verfügen.

Am Morgen des 3. Mai wurden die Adressen überreicht. In der, welche die Stadt Dresden übergab, hatten die Mittsteller erklärt, „daß sie die Rechtsgiltigkeit der deutschen Verfassung auch für Sachsen anerkennen und einen Widerstand gegen dieselbe als eine Auflehnung gegen den durch seine freigewählten Vertreter ausgesprochenen Willen des deutschen Volkes betrachten.“ Der König erwiderte hierauf: „er könne die Reichsverfassung so lange nicht als Gesetz anerkennen, als nicht die großen Staaten Preußen und Baiern dieselbe angenommen hätten. Die jetzt vorliegende Reichsverfassung würde ein zerstückeltes, uneiniges, kein großes und mächtiges Deutschland hervorrufen.“ Zugleich verbot er die Parade der Communalgarden. In Folge des Verbotes mußte die schon versammelte Communalgarde auseinandergehen. Das Volk brachte dies in Zusammenhang mit dem Gerüchte, daß die Preußen angekommen wären und glaubte, die Stadt solle denselben wehrlos übergeben werden. Man hielt dies um so wahrscheinlicher, als das Schloß in Vertheidigungszustand gesetzt wurde und die reitende Batterie aus Radeburg einrückte. Von allen Seiten ertönte die Klage über Verrath; die Straßen waren durch Volksmassen gefüllt; Mitglieder der Communalgarde vermischten sich mit dem Volke, man regte sich gegenseitig auf, Barrikaden wurden gebaut und Waffen aus dem Zeughause gefordert. Von dort aus wurde auf die Andringenden Feuer gegeben und so entstand der Anfang eines Kampfes, welcher dadurch vermehrt wurde, daß vom Zeughause bei einem zum zweiten

Male versuchten Stürme Kartätschenfeuer erfolgte. Bestürzt über diesen Ausgang begaben sich die städtischen Deputationen von Leipzig und Dresden sowie auch eine Deputation der Communalgarde zum König und baten ihn auf das Dringendste, er möge nachgeben. Der König schwankte und forderte einige Minuten Bedenkzeit, kehrte aber bald darauf wieder zurück und erklärte: „Ich bin mit Niemandem zu Rathe gegangen als mit meinem Gewissen. Ich kann meinen Entschluß nicht ändern; Ich habe mein Wort gegeben.“ Gegen 6 Uhr kehrten die Deputirten zurück, fanden jedoch die Situation gänzlich geändert.

Barrikaden waren nicht mehr vereinzelt, sondern fast auf allen Straßen und Plätzen und an vielen Orten wehte die rothe Fahne. Auch war ein Sicherheits-Ausschuß gewählt worden, welcher die Leitung des Aufstandes in die Hand nehmen sollte. Von ihm war der griechische Oberstlieutenant Feinze, Mitglied des aufgelösten Landtages, zum Befehlshaber und Leiter ernannt worden. In dem Sicherheits-Ausschuß war Tzschirner, welcher noch wenige Tage vorher im republikanischen Sinne gegen die Reichsverfassung gesprochen hatte und jetzt für dieselbe auftrat. Von den Thürmen ertönte Stürmläuten und sobald es dunkel wurde, stiegen Raketen auf, um die Umgegend zu Zuzügen aufzufordern. Von Seiten der Regierung hatte man die schon vorher versprochene preussische Hilfe in Anspruch genommen.

Ausdrücklich hatte Beust in dem an das preussische Staatsministerium gerichteten Schreiben vom 3. Mai, und zwar unter Bezugnahme auf Art. XI. der Bundesacte und Art. XXV. und XXVI. der Wiener Schlußacte, um einige Bataillone wohlgeübter Truppen, so wie um Vereithaltung einer noch größeren Anzahl Truppen gebeten. Zwei Offiziere waren zu diesem Zwecke ausgesendet worden, der eine nach Berlin, der andere nach Götting. Beiden waren Hindernisse in den Weg gelegt worden. Jener kam erst den 4. Mai des Abends in Berlin an, dieser wurde in Baugen festgehalten. Auch die Leipziger Truppen waren gezwungen gewesen, Umwege zu machen und konnten erst am andern Tage ankommen.

Während nun aber fremde und einheimische Truppen herbeigezogen wurden, hatte der König nicht für angemessen gehalten, bei den vorauszuiehenden Schreckensscenen zugegen zu sein und war in frühester Morgenstunde mit dem Dampfsschiffe nach Königstein gefahren. Die Nachricht von seiner Entfernung verbreitete sich schnell durch die ganze Stadt und die Erbitterung hierüber war so groß, daß schon um 5 Uhr des Morgens ein Angriff auf das Schloß erfolgte, der aber kräftig zurückgeschlagen wurde.

Inzwischen hatten die städtischen Behörden mit dem Gouverneur der

Stadt einen Waffenstillstand verabredet und es unterblieb daher in der Stadt jeder weitere Kampf, jedoch waren beide Parteien nicht untätig. — Vom Könige war ein neuer Oberbefehlshaber ernannt worden, und andererseits hatten sich in Folge einer Aufforderung Tschirners die in Dresden anwesenden Kammer-Mitglieder versammelt und eine provisorische Regierung eingesetzt. Dieselbe bestand aus Todt, Heubner und Tschirner und dies wurde durch Glockengeläute verkündet. Der Letztere war der Vetter der Regierung; ihm zur Seite stand seit dem 5. Mai der Russe Wajnin.

Das Hervortreten Tschirners war verfrüht und unüberlegt, denn es schreckte die Besizenden von weiterer Theilnahme ab. Dieselben hatten, durch die allgemeine aufgeregte Stimmung hingerissen und von dem Wunsche nach einem großen Einheitsstaate durchdrungen, an der Bewegung thätigen Antheil genommen; aber schon durch die Abreise des Königs war ihnen der Ernst der Situation klar geworden und die Ernennung Tschirners zum Regierungsmitgliede ließ sie nicht länger zweifeln, daß republikanische und socialistische Zwecke erstrebt würden. Von da an vermied die Mehrzahl des Bürgerstandes die Theilnahme und auch der überwiegend größere Theil der Communalgarde zog sich vom 4. Mai an zurück. Statt des Bürgerstandes kamen nun aber zahlreiche Zuzüge, namentlich auch die Turner, sowie die Bergleute aus dem Plauenschen Grunde, welche letztere 6 Stück vierpfündige Kanonen mitbrachten. Auch aus der Oberlausitz, dem Schönburgschen Theile und dem Hochgebirge trafen Zuzüge ein. Im Ganzen waren etwa 10,000 Mann zur Disposition der provisorischen Regierung. Ein Theil derselben war wohl bewaffnet und mit den Waffen bekannt. An Pulver fehlte es nicht. Dagegen mangelte dem Oberstlieutenant Heinze jede strategische Bildung und die zum Führen nöthige Energie. Der augenblickliche Sieg wäre nicht unmöglich gewesen, nur mußten die günstigen Plätze, namentlich die Brühl'sche Terrasse besetzt und besetzt und von dort aus Brücke und Schloßplatz beherrscht werden. Es mußte ferner ein ernsther Kampf um das Zeughaus nicht gescheut und mindestens durch enge Einschließung jeder Zusammenhang unter den Truppen abgeschnitten werden. Endlich mußte ein Theil der zahlreichen Insurgenten mittelst Rähnen nach dem jenseitigen Ufer der Elbe geschendet, die nächste Umgegend und die Neustadt aufgeregt, die Schienen der Eisenbahnen zerstört und die, von beiden Seiten angegriffenen, ermüdeten sächsischen Truppen, noch ehe preussische Hilfe ankam, zum Rückzug genöthigt werden.

Von alle dem geschah nichts. Heinze beschränkte sich fast lediglich auf die Vertheidigung, und eine Insurrection, die nicht angreift, sondern

verteidigt, wird stets erschlaffen und sich nur selten halten können. Ganz anders handelte der Oberbefehlshaber der königlichen Truppen, Generalleutenant v. Schirnding, welcher die Soldaten durch Angriffe, die schon am Morgen des 5. Mai begannen, zu ermuntern suchte. Die Verbindung mit dem Zeughaufe, welche abgeschnitten war, wurde von demselben wieder hergestellt, die Bildergalerie und die Brühl'sche Terrasse besetzt und der Zwinger eingenommen. Des Abends trafen das preussische Füsilier-Bataillon des Kaiser Alexander-Regiments und am andern Tage ein Bataillon des 24. Infanterie-Regiments ein.

An diesem Tage, dem 6. Mai, wurde von den Insurgenten das alte Opernhaus in Brand gesetzt und von dem Feuer auch das Zwingergebäude ergriffen, welches einen Theil der Naturaliensammlung, insbesondere die Mineralsammlung enthielt. Auch einige Häuser in der Brüdergasse wurden angezündet.

Der Kampf war anhaltend, das Feuer ununterbrochen, Haus für Haus mußte erstritten werden. Gegen Abend war der ganze Neumarkt von den königlichen Truppen besetzt, jedoch war der Befehlshaber der Artillerie, General Homilius, als Opfer gefallen. Noch kamen von allen Seiten Zugänge, doch entfernte sich eine nicht unbedeutende Zahl sehr bald, als sie erkannte, daß weder die Bürgerschaft, noch die Communalgarde an dem Kampfe Theil nahmen. Auch war den Massen die Unfähigkeit des Kommandirenden klar geworden. Von beiden Seiten war mit Tapferkeit und Erbitterung gekämpft worden, jedoch ist den Insurgenten nicht Grausamkeit gegen Wehrlose vorzuwerfen, welcher Vorwurf allerdings, selbst nach dem Berichte des Grafen Waldersee, des Anführers der Preußen, den Truppen und namentlich den sächsischen Soldaten zu machen ist. Nur mit Mühe konnten die Offiziere ihre Leute von Mißhandlungen und Tödtung der Rebellen abhalten. *) Den 7. Mai wurde der Kampf mit

*) Graf Waldersee berichtet: „Als die preussischen Soldaten in das Gefecht kamen, glaubten sie unter den auf den Barricaden befindlichen Kämpfern Manche wieder zu erkennen, welche sich ihnen im März 1848 in Berlin in eben der Art entgegengestellt hatten. Auch sie hatten damals die Ueberwundenen als Arrestanten zurückgebracht, um sie der gesetzlichen Strafe zu überliefern; aber oft gingen diese wenigen Stunden nachher frei bei ihnen vorüber, weil sie wegen mangelnden Beweises wieder entlassen worden waren. — So waren denn die preussischen Soldaten, ohne alle Aufforderung von Seiten ihrer Vorgesetzten, gewissermaßen stillschweigend übereingekommen, sich bei dem hier wieder bevorstehenden Kampfe nicht auf das in seinen Resultaten so durchaus unsichere, jedenfalls langwierige gerichtliche Verfahren zu verlassen, sondern selbst kurzen Prozeß zu machen. Diese Ansicht theilten sie nun ihren sächsischen Kameraden mit. Und, wie gewöhnlich es zu gehen pflegt, daß Proselyten einer neuen Lehre diese eifriger und mehr mit allen Auswüchsen aufnehmen und ausüben als die Lehrer selbst, so auch

gleicher Ausdauer fortgesetzt. Auch an diesem Tage blieben die Truppen Sieger. Der freie Platz an der Post, sowie die Schloßgasse, die Moritzgasse, die Schießgasse, die Drei Frauengasse und das Spornhäßchen waren in der Gewalt des Militärs, während der Altmarkt noch von den Insurgenten besetzt blieb. Auf Seiten der Letzteren war bereits Muthlosigkeit eingetreten. Um diese zu verschrecken, griffen Bakunin und seine Gesinnungsgenossen zu dem letzten Mittel, sie drangen darauf, daß gewalthätiger vorgegangen werde und verlangten Brandstiftung und Belohnung für die, welche den König oder die Minister ausliefern würden. Diese Maßregeln gingen jedoch nicht durch. Dagegen wurde der Kampf, trotzdem daß ein Commandant der Insurgenten bereits am Abend des 7. Mai in Gefangenschaft gerathen oder sich wahrscheinlich freiwillig in dieselbe begeben hatte, weiter fortgesetzt, obwohl minder heftig, da das Militär den Befehl erhalten hatte, an diesem Tage zu ruhen und nur das Erregene zu behaupten, um demnächst am andern Tage dafür kräftiger zu kämpfen und den Aufstand gänzlich zu besiegen. — Dieser Sieg konnte nicht mehr zweifelhaft sein, daher auch die provisorische Regierung bereits den 9. Mai in der Nacht um 3 Uhr Dresden verlassen hatte. Demungeachtet wurde noch am Morgen des 9. Mai gekämpft und erst um 8 Uhr erfolgte der allgemeine Rückzug. Die Insurgenten zogen sich nach Freiberg und Chemnitz zurück. Von den Mitgliedern der provisorischen Regierung entkamen Tschirner und Todt. Heubner und mit ihm Bakunin wurden in Chemnitz festgehalten und nach Dresden gebracht.

Im Allgemeinen war der Kampf ein hartnäckiger gewesen, Straße für Straße, Haus für Haus mußte erkämpft werden. Die preußischen und sächsischen Truppen wetteiferten in Tapferkeit, aber auch ihre Gegner hatten Muth, Ausdauer und Fertigkeit im Barrikadenkampfe bewiesen. „Sie waren,“ wie es in dem Schriftchen „Der Aufstand in Dresden von einem sächsischen Offizier und Augenzeugen“ heißt, „in tactischer Beziehung vollkommen zu ihrem Werke ausgerüstet und fehlte ihnen nur strategische Leitung.“ Im Volke war das Gerücht, der Aufstand sei zu früh ausgebrochen, und daher derjenige, welcher zum Anführer bestimmt war, noch nicht anwesend gewesen.

Der Verlust der Preußen betrug 2 Offiziere und 6 Mann; ver-

hier. Während kein Beispiel bekannt geworden ist, daß preussischer Seite Andere als wirklich bewaffnet Betroffene niedergemacht worden wären, so dehnten im ersten Eifer einzelne sächsische Soldaten den Grundsatz, „keine Gefangene zurückzubringen“, in einigen Fällen auch auf die bereits wehrlos auf dem Transport Begriffenen aus, von denen Einige unterwegs in die Elbe gestürzt wurden.“

wundet waren 34 Mann; die sächsischen Truppen hatten 3 Offiziere und 20 Soldaten verloren, verwundet waren 3 Offiziere und 57 Mann. Der Verlust der Aufrührer ist nicht bekannt geworden.

Die gefesselten Zustände wurden schnell wieder hergestellt. Schon am 9. Mai erfolgte eine, in edler Sprache abgefaßte Proclamation des Königs August Friedrich, worin er wiederholt sein Wort gab, für Deutschlands Einheit mitzuwirken. Auch sandte er bald darauf seinen Minister v. Beust nach Berlin, um an den dortigen Conferenzen Theil zu nehmen.

So war die Aufregung bis zum Straßenkampf und offener Empörung gestiegen und fremde Truppen mußten herbeigerufen werden, um den hartnäckigen Aufstand, welcher mit einer eintägigen Unterbrechung sechs Tage dauerte, zu beenden und Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Und dieser Kampf war nicht vereinzelt, war nicht blos von der Hauptstadt geführt worden, sondern das ganze Land, und zwar ein Land, dessen Volksbildung den ersten Rang in Deutschland, ja vielleicht in der ganzen Welt einnimmt, hatte daran Theil genommen und unter den wilden Massen hatten sich nicht Wenige der edelsten Patrioten befunden. Ein solcher Kampf mitten im Herzen Deutschlands bewies, wie die Umsturzideen durch alle Schichten des Volkes gedrungen waren und welchen Einfluß und welche Verbindungen die Männer hatten, die an der Spitze der Bewegung standen. Man mußte sich bekennen, unter strategisch erfahrenen Reitern wäre ein Sieg nicht unmöglich gewesen und wäre er mit Energie benutzt worden, so würden die Folgen bei der Aufregung in Sachsen, Thüringen und Franken und bei dem Aufstande im Westen Deutschlands unberechenbar gewesen sein. — Bis dahin hatte der Besitzstand des nördlichen Deutschlands, minder aufgeregter und lebendiger und minder aufbrausend wie im westlichen Deutschland, mit der Idee der Revolution nur gespielt und sich der Hoffnung hingegeben, ohne Kampf und Opfer zur Umgestaltung der Staatsverhältnisse, zur Aufhebung der Bevorzugung einzelner Stände und zu einem mächtigen Gesamtstaate zu gelangen, welcher Gewerbe und Handel heben und für lange Zeiten Ruhe und Ordnung zurückführen sollte. Durch den Dresdener Kampf wurde er belehrt, daß eine Umgestaltung nicht leicht sei, daß schwere blutige Kämpfe, langjährige Zerspaltungen, Unruhen und Gefahr für sociale Zustände die Folge wären, und bestürzt und verzagt trat er zurück. Die Gefahr war ihm nahe getreten, das leichte Spiel mit Ideen hatte sich in blutigen, erbitterten Kampf verwandelt, die Republik war als Fahne vorgetragen und wilde Massen des Volkes, von denen man im Augenblicke des Sieges Alles erwarten konnte, waren hervorgetaucht. Machtlos und zu jener Zeit weder durch äußere Gewalt noch durch die Kraft der Idee getragen, blieb

dem Besitzstand nur die Wahl, mit den Regierungen zu gehen und die vorhandenen Zustände zu erhalten oder sich denen anzuschließen, welche mit Gewalt den Umsturz herbeiführen oder befördern wollten.

Da die Umsturzpartei besiegte war, so konnte der Mehrzahl die Wahl nicht schwer werden und so kam es, daß durch den Ausgang der Dresdener Kämpfe der Besitzstand im Norden von Deutschland entmuthigt, seiner Stimmung eine andere Richtung gegeben und er den Regierungen zugeführt wurde.

Diese Hinneigung zu den Regierungen trat natürlich nur nach und nach ein; jedoch wurde sie durch die Besorgniß, welche die Zustände des westlichen Deutschlands erregten, sehr befördert. Dort hatte die Bewegung noch einen weit größeren Umfang und war zugleich mit der größten Erbitterung gegen Preußen verbunden. An vielen Orten, wie in Wiesbaden, waren Bewaffnungsausschüsse zusammengetreten. In Hessen-Darmstadt hatten sich die constitutionellen und demokratischen Vereine geeinigt und Zuzüge erfolgten nach dem im Aufstande befindlichen Rheinbaiern. Allein aus Ober-Ingelheim, einem Marktflecken von 2,500 Einwohnern, hatten sich 270 Mann dahin begeben. Von allen Seiten wurde auf Verzeibigung des Militärs gedrungen, und zugleich bemühten sich die Märzvereine die Soldaten aufzuregen. Dem entgegen erließen schon am 14. Mai Soldaten und Unteroffiziere des ersten großherzoglich-hessischen Regiments gegen diese Aufwieglung ein Manifest, worin sie erklärten, „sie würden ihrem Eide treu bleiben und nicht in Pläne eingehen, welche unter dem Vorwande des Kampfes für die Reichsverfassung das Volk nur aufzuwiegeln beabsichtigen“. Die anderen Truppentheile des Großherzogthums Hessen schlossen sich dieser Erklärung an und wiesen den Aufruf des Central-Märzvereins mit Verachtung zurück.

Anders war die Haltung der württembergischen Armee. Der König hatte im April die Anerkennung der Reichsverfassung verweigert und erklärt, daß er bei dem Vereinbarungsprincipe Hand in Hand mit dem österreichischen Kaiser und den deutschen Königen beharre. In Folge dessen hatten der Staatsrath Römer und die übrigen Märzminister um ihren Abschied gebeten, während die Zweite Kammer in einer Adresse die Anerkennung der Reichsverfassung beantragte. Den Abgeordneten, welche diese Adresse überbrachten, erwiderte der König, „daß er die ganze Reichsverfassung mit Ausnahme der Oberhauptsfrage, anerkenne. — Er unterwerfe sich dem Hause Hohenzollern nicht. Nur wenn alle Fürsten von Deutschland es thun sollten, würde er dieses Opfer bringen, aber mit gebrochenem Herzen. Dem Kaiser von Oesterreich würde er sich, wenn er gewählt worden wäre, unterworfen haben, aber nicht dem Hause Hohenzollern.

Das lasse sein Gewissen und seine Ueberzeugung nicht zu.“ Die Kammer beruhigte sich nicht bei dieser Antwort. Sie erklärte: „die deutsche Reichsverfassung sei auch für Württemberg ein Gesetz. Jeder, gleichviel ob er dem Civil- oder Militärstande angehöre, sei zur Befolgung und zum Schutze verpflichtet und jeder Angriff auf dieselbe sei ein Verbrechen.“

Aus allen Theilen des Landes gingen Beitrittserklärungen ein und bewaffnete Zuzüge gingen nach Stuttgart.

Ein Landesausschuß hatte sich gebildet und dieser erinnerte das Militär, „daß sie auf die Landesverfassung geschworen hätten und daß dieselbe in Gefahr sei.“

Inzwischen hatte sich die Bewegung im Lande immer mehr vergrößert. Schon am 25. April sollte eine größere Versammlung der Gemeindebehornden und Vereine in Stuttgart stattfinden. Man fürchtete dieselbe, sowie die Erhebung des Landsturms. Von allen Seiten wurde auf den König eingestürmt, und selbst seine Familie verlangte Nachgeben. In seiner Bedrängniß war er nach Ludwigsburg gegangen und hatte seinen Offizieren die Frage vorgelegt, „ob er auf die Soldaten rechnen könne?“ Man erwiderte, „daß die Soldaten nichts wider die Verfassung unternehmen würden.“ Nun erst, und da am 24. April Römer und seine Kollegen abermals die Entlassung verlangten, gab er nach und erklärte an diesem Tage bedingungsweise und am folgenden Tage ganz unbedingt, daß er die Reichsverfassung annehme. Somit war das Anerkenntniß der Reichsverfassung erreicht; aber die Aufregung war in Württemberg zu hoch gestiegen und zu allgemein verbreitet, als daß man sich hätte sofort beruhigen können. Der lebendige Charakter der Süddeutschen, die Nähe Badens und der Schweiz und die sich seit einem Jahrhunderte hinziehenden Kämpfe des württembergischen Volkes mit seinen Regenten hatten der revolutionären Bewegung des Nachbarlandes leichten Eingang verschafft und selbst das Heer war von diesen Ideen nicht frei geblieben. Zwar hatte die Garnison von Ludwigsburg noch am 5. Mai dem Könige die Versicherung gegeben, daß sie ihm und der Verfassung treu und gehorsam sein und folgen würde, wohin das Gesetz und ihre Führer sie riefen; aber demungeachtet nahm sie an den Volksversammlungen Antheil und versicherte in zahlreichen, von ihr ausgegangenen Erklärungen, daß sie zwar den dem Vaterlande und dem Könige geleisteten Eid festhalten, aber auch für die Reichsverfassung, die sie als den Willen und das Gesetz der Nation anerkannte, die Waffen führen würde. Ja, sie ging so weit, sich selbst an den König zu wenden und um Beibehaltung des Heeres auf die Verfassung zu bitten. Am 25. Mai fand in Ludwigsburg eine große Volksversammlung statt, worin versprochen wurde,

an der Reichsverfassung festzuhalten und wobei sich, wie in allen diesen Versammlungen, eine große Erbitterung gegen Preußen kund gab. Da sich die höheren Offiziere vergeblich bemüht hatten, die Aufhebung der Versammlung zu bewirken, so begab sich der König selbst, und zwar zu Pferde, in dieselbe. Sein Erscheinen überraschte und imponirte, noch mehr wirkten die Getränke, welche nach der Entfernung des Königs vertheilt wurden, aber der Geist der Soldaten blieb doch derselbe, und mit vollem Rechte wurde der „Kölnener Zeitung“ unterm 27. Mai aus Stuttgart geschrieben: „Der Geist der Truppen, namentlich der der Infanterie kann höchstens ein mittelmäßiger genannt werden und mittelmäßig ist gegenwärtig schlecht.“

Nicht unbegründet war damals die Besorgniß, daß sich die Insurgenten Badens mit Württembergs Bevölkerung einigen, den Aufstand von dort aus nach Hessen-Darmstadt, Franken und dem bairischen Schwaben übertragen und Preußen eine nicht unbedeutende Macht entgegenstellen würden.

Im Vergleich mit Stuttgart ging es in München allerdings ruhig zu. Dort dachte man nicht daran, das Ministerium und den König durch Volksmassen zur Anerkennung der Reichsverfassung zu zwingen; aber demungeachtet blieb auch München von der allgemeinen Aufregung wegen der Reichsverfassung nicht befreit und insbesondere theilte es mit dem übrigen Süddeutschland den Haß gegen Preußen.

Baiern war schon als Herzogthum und Kurfürstenthum gewohnt, eine selbstständige Stellung einzunehmen. Im dreißigjährigen Kriege stand es bekanntlich an der Spitze der Ligue. Im Anfange des vergangenen Jahrhunderts suchte es einen Bund zwischen den Fürsten des Wittelsbacher Hauses zu begründen und im Anfange dieses Jahrhunderts war es der bedeutendste und einflußreichste Staat im Rheinbunde, aber auch zur Zeit des Bundestages strebte es darnach, eine unabhängige Stellung zu erringen. Während sich Preußen unter die Abhängigkeit Oesterreichs begeben hatte, stellte sich Baiern an die Spitze der constitutionellen Staaten und seine Regierung, so viel sie auch sonst getabelt werden konnte, war die einzige, welche es wagte, wenn auch sehr mäßig und nur zu gewissen Zeiten, der verderblichen Politik Metternichs in Bezug auf Deutschland entgegen zu treten. Jetzt nun sollte seine Dynastie mediatisirt werden und zwar unter Preußen, jenem Lande, mit welchem Baiern seit Beginn dieses Jahrhunderts so sehr rivalisirt hatte und welches in Altbaiern, schon wegen der Confession, so sehr gefürchtet und gehaßt wurde.

Mit Bestimmtheit hatte König Max erklärt, er werde sich nicht mediatisiren lassen und später soll er noch erklärt haben: „Nimmermehr

werde ich den König von Preußen als deutschen Kaiser anerkennen, niemals ein preussischer Präfect werden, eher werde ich mich an die Spitze des bayerischen Heeres und Volkes stellen.

Von Seiten der Regierung war auch schon beim Beginn der Bewegungen des Jahres 1848 dagegen gearbeitet worden. Sie hatte vor Zusammentritt des Parlaments den Vorschlag gemacht, daß zur Leitung der deutschen Angelegenheiten ein Directorium ernannt werden möge, welches entweder von sechs zu sechs Jahren in den Herrschern Oesterreichs, Preußens und Baierns wechseln oder fortlaufend von allen Dreien geführt werden solle. Zugleich hatte aber auch die Regierung nicht versäumt, sich mit andern Staaten in Verbindung zu setzen, um im schlimmsten Falle selbstständig gegen Preußen aufzutreten. Aus Petersburg war der Graf Bray, welcher mit dem russischen Hofe in engster Verbindung stand, abgerufen und ihm das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten anvertraut worden. Hierdurch war man in einer nahen Verbindung mit dem russischen Herrscher geblieben. Zu gleicher Zeit suchte man sich dem republikanischen Frankreich zu nähern, um, wenn es nothwendig sein sollte, alte Verbindungen wieder anzuknüpfen. Baiern war auch wirklich der Staat, wohin Frankreich zuerst, und zwar schon im April 1848 einen diplomatischen Agenten sendete, der im September 1848 von einem Gesandten abgelöst wurde. Derselbe, Namens Klein, wurde förmlich in bester Form accreditirt. Der russische Gesandte war damals Herr v. Severin. Er wurde am meisten ausgezeichnet und sein Einfluß war von nicht geringer Bedeutung. In England war Baiern durch den Baron Cetto vertreten, welcher bemüht war, die particularistische Politik seines Landes zur Geltung zu bringen, und welcher in seinem Schreiben am 22. December 1848 an Lord Palmerston erklärt hatte, „daß sein König die Errichtung einer erblichen Kaiserwürde niemals billigen würde“. Diese Erklärung bezog sich ebenso auf Oesterreich, wie auf Preußen. Anfänglich hatte man sich mit Preußen über Ausschließung Oesterreichs einigen wollen und einen dreigetheilten deutschen Bundesstaat ohne Oesterreich vorgeschlagen.

Später ging man davon ab. Baron Closen, der bisherige Bevollmächtigte in Frankfurt, ein Preußen feindlicher Mann, wurde nach Olmütz gesendet, scheinbar um Glückwünsche zur Thronbesteigung Franz Josephs zu bringen, in Wahrheit aber, um ein Deutschland vorzuschlagen, an dessen Spitze Oesterreich, Preußen und Baiern stehen sollten. Mit diesen neuen Plänen schien Oesterreich einverstanden und Baiern bemühte sich auch die übrigen deutschen Regierungen, namentlich Hannover, für diesen Plan zu gewinnen. Zunächst bezweckte man die Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser zu verhindern und als Oesterreich unterm

4. Februar mit der Erklärung hervortrat: „die Gestalt eines unitarischen Staats erscheine für Oesterreich nicht ausführbar, für Deutschland nicht wünschenswerth; ihm schwebte ein nach außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vor, niemals aber würde sich Oesterreichs Kaiser unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt unterordnen“, trat die bairische Regierung dieser gegen Preußen gerichteten Erklärung zwar nicht ausdrücklich bei; aber sie erklärte in einer der Centralgewalt unterm 19. Februar überreichten Note vom 16. Februar, „daß sie zu keinem Ausschlusse Oesterreichs aus Deutschland und auch nicht zu einer Stellung desselben in einem weiteren Bundesverhältnisse ihre Zustimmung geben werde. Zugleich veranlaßte sie den Reichsrath zu der am 17. Februar einstimmig gefaßten Resolution, „die Kammer glaube dem Gebote der Ehre und Pflicht zu folgen, indem sie sich gegen das preussische Kaiserthum erklärt.“

Mit diesem Beschlusse war die große ultramontane Partei einverstanden. Allerdings war auch sie eine Zeit lang für die Wahl eines deutschen Kaisers gewesen. Sie wollte das Reich theilen, der König von Preußen sollte an der Spitze von Norddeutschland und König Max an der Spitze von Süddeutschland stehen, der Kaiser von Oesterreich aber sollte Oberhaupt von ganz Deutschland werden. Dem Könige von Preußen sollte das Reichsmarschallamt, dem Könige von Baiern das Reichsobersterichteramt anvertraut worden. Die Idee war von einem Protestanten, dem Freiherrn v. Bernhardt in Augsburg ausgegangen und wurde von der ultramontanen Partei angenommen und sowohl in ihren Blättern, namentlich in der Augsburger Postzeitung, als in ihren Vereinen, und zwar insbesondere in den Vereinen für constitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit, welche unter Leitung Guidos v. Görres standen, vielfach befürwortet. Später verwarf man diese Ansicht und diejenigen, welche einen Einheitsstaat verlangten, forderten, daß Baiern, als ein katholischer Staat, an die Spitze der deutschen Staaten außer Oesterreich und Preußen gestellt werde oder daß doch wenigstens das Directorium in der Art, wie es von Baiern vorgeschlagen, errichtet werde. Zu gleicher Zeit wurde Preußen in Brochüren und Flugblättern, sowie in den Reden, welche in den Vereinen gehalten wurden, auf das Heftigste angegriffen. Zu den berüchtigtsten dieser Brochüren gehören: Temgota, „Preußens Verdienste um Kaiser und Reich“, bei Manz in Regensburg; ferner „Preußens Politik in Beziehung auf Deutschland“, sowie „die Reichsverfassung für Deutschland, beleuchtet von einem Baiern“. Die beiden letzten Schriften waren bei Schmid in Augsburg, einem ultramontanen Verlage, erschienen.

An der Spitze der Ultramontanen standen namentlich der Graf Arco-Valles, Graf Seinsheim, Abel, Geheimer Ober-Medicinalrath Ringsels, Görres, der Erzbischof Graf Reissach, die Bischöfe von Würzburg, Regensburg, Passau und Speyer, der Dompropst Professor Döllinger, Lassaulz, Philipps, Moh u. A.

Früher waren die Hofpartei und die büreaukratische Partei der ultramontanen entgegen gewesen; allein der Prinzessin Luithold, geborenen Erzherzogin Auguste von Oesterreich, Prinzessin von Toskana, einer Dame, die an dem Hofe den größten Einfluß hatte, und dem Grafen Arco-Valles war es gelungen, die Torypartei mit der ultramontanen zu vereinigen und somit zu der herrschenden Macht im Staate wieder emporzuheben.

Wenn demungeachtet gerade in jener Zeit ein Protestant, v. d. Pfordten, zum Minister ernannt wurde, so geschah es, weil ein Minister aus der ultramontanen Partei in der Kammer gar keine Unterstützung gefunden und die Aufregung im Lande vermehrt hätte und weil man sich der Hoffnung hingab, Pfordten würde der Reichsverfassung und der preussischen Hegemonie am kräftigsten entgegentreten und eine selbstständige Politik Baierns herbeiführen. In Wahrheit erklärte er auch schon in der Note vom 23. April: „daß die Reichsverfassung dem Wesen des deutschen Volkes widerspreche, denn der bezweckte Einheitsstaat setze eine Centralisation voraus, welche bei einem großen Volke das Grab seiner gleichmäßigen Entwicklung und Bildung, sowie seiner inneren Ruhe und Freiheit sei. Baiern könne sich, vermöge seiner tausendjährigen Geschichte, seiner Größe und seiner eigenthümlichen Zustände der erbkaisерlichen Centralisation nicht unterwerfen und wenn die Reichsversammlung nicht auf die Vereinbarung eingehe, so könne die Regierung die Beschlüsse derselben nicht als bindend anerkennen.“

Mit dieser Erklärung waren die Preßorgane der ultramontanen und torpstischen Partei einverstanden. Es waren dies nicht bloß die Augsburger Postzeitung und die historisch-politischen Blätter, der Volksbote, nicht zu verwechseln mit der „Volksbötin“, und die kleineren Blätter, sondern es gehörte auch hierzu, nach der Vereinigung der beiden Parteien, die Neue Münchener Zeitung, welche von der Regierung erhalten wurde.

In München fehlte übrigens keinesweges die demokratische Partei. Sie fand in den Central-Märzvereinen, in den Vaterlandsvereinen und im Central-Arbeiter-Bildungsverein ihre Vertretung und ihr Preßorgan war der „Eilbote“. Weiter wie der Eilbote ging der „Gradinus“, jedoch fanden diese Blätter, sowie die Vereine selbst wenig Anklang in der Bürgerschaft, und nur die Verbindung mit der linken Seite der Kammer

gab den Vereinen eine gewisse Haltung. An der Spitze der demokratischen Partei stand der Concipist Dr. Hermann. Die Arbeiter wurden von einem gewissen Rißle geleitet. Im Allgemeinen war die Demokratie sehr zurückgedrängt worden, das Volk hatte sich beruhigt und wenn auch noch immer allabendlich Streifpatrouillen durch die Straßen zogen, so hatten doch die Excesse fast ganz aufgehört.

Zwischen den demokratischen Vereinen und der ultramontanen Partei standen die Constitutionellen, welche den verschiedensten Richtungen zugehan waren. Unter ihnen war der Bürgerverein für Freiheit und Ordnung freisinnig und deutschgesinnt. Sein Organ war die deutsche constitutionelle Zeitung. Mehr nach rechts ging die liberale conservative Partei, welcher der Professor Bluntschli und die Gebrüder Rohmer angehörten. Der Hauptverein der Partei jedoch, rein bairisch, war der constitutionelle monarchische Verein für Freiheit und Gesetzmäßigkeit. Ihm gehörten die Advokaten Keller und Ruhwandt an. Sein Organ war der Reichsbote. Man würde sich übrigens sehr irren, wenn man glauben wollte, daß Preußen gar nicht vertreten gewesen wäre. Der Fürst von Leiningen und der Graf Dieck waren selbst am Hofe eifrige Verfechter und sie standen in enger Verbindung mit ihren Collegen in Frankfurt, Baron Rotenhan, Rauter, Herzog, Dekan Bauer und Professor Stahl.*)

Diese preußenfreundliche Gesinnung fand nun aber in München wenig Anklang. Wohl waren die Märzvereine und Vaterlandsvereine für die deutsche Reichsverfassung, aber nicht für das preussische Erbkaisertum und nur für die erstere erfolgten auch in München einige unbedeutende, vom Volke nicht unterstützte Excesse. Während nun aber die Hauptstädte zum größeren Theile die Stimmung des Landes repräsentiren, war dies damals in München nicht der Fall; vielmehr herrschte im Lande, mit Ausnahme von Alt-Baiern, fast überall eine deutsche Gesinnung vor. So kam es denn, daß die Zweite Kammer als Trägerin des Gesamtwillens des bairischen Volkes, trotz der in der Hauptstadt mächtigen ultramontanen reactionären und partikularistischen Parteien und trotz der Gegenanstrengungen des Ministers v. d. Pfordten in einer unterm 24. Mai be-

*) Eigenthümlich war die verschiedene Stellung der bairischen und preussischen Gebrüder Philipps und Stahl. Während der Oberbürgermeister Philipps, ein freisinniger Protestant, ein Haupt der demokratischen Partei war, stand Professor Philipps an der Spitze der ultramontanen Partei in Baiern, und während der Geheimrath Stahl in Berlin die geistig hervorragendste Stellung unter den schwarz-weißen Partikularisten einnahm, war der Erlanger Professor ein eifriger Vertheidiger des deutschen Einheitsstaats und hatte für das preussische Erbkaisertum gestimmt.

schlossenen Adresse die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung und die Entlassung des Ministeriums beantragte.

Außerhalb Alt-Baierns fand diese Adresse zum größeren Theile Anklang. Schon in dem nahe gelegenen Augsburg war man so reichsdeutsch gesinnt, daß sich sogar die Offiziere der dortigen Landwehr in einer Adresse für die Reichsverfassung aussprachen. Noch aufgeregter waren die Franken und Schwaben. Bei diesen Stämmen war die Erinnerung an die alten Zeiten des Ruhmes und die Sehnsucht nach einem deutschen Reiche auf das Lebendigste wieder erwacht. An allen Orten fanden Volksversammlungen statt. In Bamberg hatte sich ein Congreß der Vereine Frankens versammelt. In Nürnberg war schon am 1. Mai von den Offizieren der Land- und Stadtwehr eine Adresse an den König erlassen worden, worin sie erklärten: „daß sie nicht gesonnen wären, sich auf irgend eine Weise gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung brauchen zu lassen.“ Am 13. Mai fand eine große Volksversammlung in Nürnberg statt, an welcher angeblich mehr als 50,000 Menschen Theil genommen haben sollen. Aus einem Umkreise von 20 Stunden hatten die Ortschaften Abgeordnete gesendet. Vogt war aus Frankfurt gekommen. In der Versammlung wurde der deutschen Reichsverfassung auf's Feierlichste Treue geschworen, die Bildung von Wehrvereinen und politischen Vereinen beschlossen und ein Sendschreiben an den König erlassen, worin mit Abfall von der Krone gedroht wurde, wenn die Reichsverfassung nicht angenommen werden sollte. In Folge dieser Versammlung und des aufrührerischen Geistes, welcher in Nürnberg und ganz Franken zu herrschen schien, zog man ein bedeutendes Truppcorps zusammen und wurde ein Theil desselben später zur Besetzung der Pfalz benutzt. Auch bei München und Donaupfälz wurden Lager errichtet und namentlich an dem letzteren Ort sehr viel Truppen versammelt; jedoch lockerten sich auch hier die Bande der Disciplin und insbesondere wurden von dem 11. Infanterieregimente viele Excesse begangen.

Wie wenig die Regierung auf ihre Truppen rechnen konnte, das zeigte die Rheinpfalz, wo auch alt-bairische Soldaten, selbst Offiziere, und unter diesen der Graf v. Fugger von altem berühmten Adel, der Partei der Bewegung beitraten. Der Charakter der Rheinpfälzer ist beweglich und für leidenschaftliche Aufregung leicht empfänglich, aber es fehlt ihnen Energie und Ausdauer. Auf ihre politischen Ansichten waren die Nähe Frankreichs und die noch giltigen französischen Gesetze und Institutionen nicht ohne Einfluß geblieben. Vielleicht würde dies minder der Fall gewesen sein, wenn die Provinz nicht so sehr vernachlässigt worden wäre.

Die Regierung war lässig und büreaukratisch, daher auch nicht beliebt. *) Bekannt ist, daß schon in den dreißiger Jahren in der Rheinpfalz die größte Aufregung herrschte. Das Hambacher Fest lebt noch heute im Gedächtnisse des Volkes. Seit jener Zeit erfolgten in der Pfalz mehr noch wie in anderen deutschen Ländern politische Untersuchungen und Verfolgungen und die Aussaat der Drachenzähne blieb nicht ohne Wirkung. In dem Jahre 1848 hatte die Pfalz zu den Versammlungen in München und Frankfurt Männer der linken Seite gesendet, sonst aber hatte sie bis Ostern 1849 an den Zeitbewegungen nur geringen Antheil genommen. Erst zu der Zeit, als die deutsche Krone dem Könige von Preußen angeboten wurde, hörte man von der bairischen Pfalz sprechen. Damals richtete die großdeutsche Partei auf diese Provinz ihr Augenmerk,**) um von dort aus Widerspruch gegen die Reichsverfassung und das preussische Kaiserthum hervorzurufen. Ob dies der großdeutschen Partei gelungen war und sie den ersten Keim zur Aufregung gelegt und solche befördert hat oder ob die demokratische Partei der Nationalversammlung die Aufregung veranlaßt hat oder ob endlich reiner Zufall sein Spiel trieb, das Alles ist noch nicht aufgeklärt; aber so viel ist gewiß, daß demokratische Gesinnung gerade in Rheinbaiern am wenigsten vorherrschte.***) Man meinte es ehrlich mit der Reichsverfassung, man war erbittert, daß die bairische Regierung dieselbe nicht annehmen wollte, man hielt es für Pflicht, die Nationalversammlung zu unterstützen und glaubte, daß die anderen Provinzen bald nachfolgten würden.

In Folge der Beschlüsse der Nationalversammlung zu Frankfurt und der verweigerten Annahme der Reichsverfassung von Seiten der bairischen

*) Bei einem nicht kleinen Theile der Bewohner war seit Jahren dadurch Abneigung gegen das Fürstenhaus entstanden, daß die streng katholischen Fürsten Evangelische zu dem Buchstabenglauben Luthers und Calvins zwingen wollten.

**) Vgl. Fischer. Geschichte der preussischen Kammern. S. 281.

***) Ludwig Bamberger sagt in seinen Erlebnissen aus der Pfälzischen Erhebung S. 20: „Nach meinem zweimonatlichen Aufenthalte in der Pfalz, wobei ich stets in die Kreuz und Quere das Land durchreiste, kann ich behaupten, daß ich nur einzelne nördliche und südliche Theile von Deutschland für weniger demokratisirt halte, als diesen Landstrich. Hier und da bestand so Etwas, wie ein demokratischer Verein; an eine gemeinsame, permanente, rührige Leitung der Agitation aber, an eine systematische Propaganda war nicht zu denken. Es fehlte, sei es als Folge, sei es als Ursache dieser Zustände, durchaus an agitatorischen Talenten. Eine gehörig durchgebildete demokratische Bevölkerung fand ich nirgend, ebensowenig glühende Begeisterung.“

An einer anderen Stelle, S. 22, sagt Bamberger: „Ich finde Alles sehr natürlich, aber das Einzige, was ich nicht begreife, ist der Theil der Revolution, den ich nicht mit erlebt habe: ihren Anfang.“

Regierung war am 2. Mai eine Volksversammlung in Kaiserslautern anberaumt worden. Es war dies keine gewöhnliche, denn weder bestand sie aus Männern extremer Richtung, noch suchten Demagogen die Stimmen des Volkes zu leiten. Die Notabeln der Pfalz nahmen daran Theil. Sie waren den Tag vorher zusammengetreten, um zu berathen, was die Provinz thun sollte, und machten in Folge dieser Berathungen Vorschläge. Man erklärte die bairische Regierung für rebellisch und beschloß einen Landesverteidigungs-Ausschuß zu ernennen, auf die Landeskassen Beschlagnahme zu legen und die Volksbewaffnung zu organisiren. Die Beschlüsse fanden im ganzen Lande Anklang, man hielt sie für gesetzlich und unterwarf sich dem Ausschusse. Dieser rief die Landwehr zusammen, verordnete die Verteidigung auf die Verfassung und verlangte von der Regierung des Königs eine Erklärung bezüglich der Anerkennung der Verfassung. Die meisten Behörden fügten sich, so daß die alte Verwaltungsmaschine fast ungestört fortging. *) Der Ausschuß bestand zum größeren Theile aus liberalen Männern, welche jede Gewaltmaßregel zu vermeiden suchten und mit Bestimmtheit hofften, von der Reichsregierung anerkannt zu werden. — Als letztere Kunde von der Erhebung der Pfalz erhielt, sandte sie Eisenstuck, den Vicepräsidenten der Nationalversammlung, als Reichscommissar, um zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der Herrschaft der Gesetze in jenem Lande die erforderlichen Maßregeln zu ergreifen. Statt dieser Vollmacht Folge zu leisten, bestätigte Eisenstuck den Landesauschuß, **) autorisirte ihn zur Verteidigung der Truppenabtheilungen und sandte ein Bataillon Preußen, welches die Reichsregierung nach Landau schickte, wieder zurück. Eisenstuck wurde abgerufen und die Uebertretung seines Mandats von Gagern in der Reichsversammlung mit starken Worten gemißbilligt; aber jener hatte erreicht, was er gewollt, die Erhebung hatte einen revolutionären Charakter angenommen. Inzwischen stürmten Fremdlinge aus allen Gegenden herbei, unter ihnen auch d'Ester, der von Magdeburg entflohene Lieutenant Tschow, Annette, Deust, Bamberger, Schlinke u. s. w. und mit ihnen eine Menge Freischaaaren, namentlich aus Rheinhessen, und diese erst brachten demokratische Elemente in die Bewegung. Die Freischaaaren waren es hauptsächlich, welche unter Blenker am 10. Mai den Brückenkopf in Ludwigshafen wegnahmen und die dortigen bairischen Soldaten zum Uebertritte veranlaßten. 400 Mann, welche von Speier aus zur Wiederbesetzung des Ortes gesendet waren, gingen ebenfalls über.

*) Morde, die deutsche Revolution. S. 177.

**) Diesen Namen nahm der Landesverteidigungs-Ausschuß auf Anrathen Eisenstucks an.

Das Beispiel war gegeben und sehr bald folgten noch viele Soldaten. Im Ganzen sollen sich 2300 bis 2400 Soldaten der Bewegungspartei angeschlossen haben.

Durch die Einnahme von Ludwigshafen war die äußerste Grenze der gesetzlichen Form überschritten worden. Demzufolge wurde auch von den nach Kaiserlautern zusammenberufenen Landesvertretern am 17. Mai eine provisorische Regierung eingesetzt; sie bestand aus Reichard, Culmann, Hepp, Schüler und Kolb. Culmann war nur kurze Zeit Mitglied, Schüler und Kolb lehnten ab. An ihre Stelle traten Fries, Schmidt und Greiner. Der Sitz der Regierung wurde nach Speier verlegt.

Jetzt erst schritt man zu ernsteren Maßregeln. Die mit Beschlag belegten Rassen sollten eingezogen werden, aber es war zu spät. Die Bestände waren nach Germersheim*) und Altbaiern gebracht. Man war genöthigt, zu einem Zwangsanlehen die Zuflucht zu nehmen, welches aber schlechten Erfolg hatte. Ohne Geld konnte kein disciplinirtes Heer organisiert werden. Anfänglich war Fenner von Fenneberg zum Befehlshaber ernannt worden; er verstand von der Disciplin eben so wenig, wie von der Organisation eines Heeres. An seine Stelle wurde später ein Kriegsausschuß und demnächst General Sznayde gesetzt, aber auch diese waren nicht fähig, ein Heer zu organisiren und selbst Fähigere hätten es nicht vermocht, da weder Geld, noch Waffen, noch Munition vorhanden waren. Man bereitete sich zu dem Feldzuge nicht mehr vor als zu einem Guerillakriege, und doch fehlten die Begeisterung und die Energie der Guerilla's. Die Volkswehr war nur auf dem Papiere decretirt und war man nicht einmal im Stande, Landau und Germersheim einzunehmen. Das Volk war willenlos in die Bewegung hineingerathen und keineswegs mit der Richtung derselben ganz einverstanden. Die provisorische Regierung wußte, daß sie rok der mit der badischen Regierung abgeschlossenen militärischen Union besiegt werden würde; sie blieb, weil sie es für unehrenhaft hielt, jetzt noch zurückzutreten.

Gefährlicher gestaltete sich die Revolution in Baden. Dort war die Regierung hinter dem, in seiner Entwicklung schnell fortgeschrittenen Volke weit zurückgeblieben und die Schwächen derselben waren durch die langjährige Opposition allgemein bekannt. Natürlich war daher, daß Aenderungen in der Staatsverfassung von allen Seiten erstrebt wurden. Die Gemäßigten wünschten einem Staate anzugehören, welcher äußerlich

*) Bamberger erzählt in der angeführten Schrift S 27: „In der Centralkasse zu Speier, welche zu Zeiten der Kaiserlauterner Volksversammlung 80,000 Gulden enthielt, fand man einen Krenzer.“

Geltung hatte und nicht von dem Willen anderer Staaten abhing, wohl wissend, daß alsdann auch viele innere Mängel von selbst wegfallen würden. Die minder Gemäßigten wollten die Republik. Revolutionäre Ideen waren seit Jahren in Baden verbreitet, sie fanden durch die Nähe Frankreichs und der Schweiz leichten Eingang und durch die Unzufriedenheit mit der Regierung und bei der geringen Anhänglichkeit an das Fürstenhaus günstiges Terrain. Die Anhänglichkeit war durch die Regierung des Großherzogs Ludwig geschwunden und die Hofgeschichten und Hoffscandale waren nicht geeignet, sie auf's Neue hervorzurufen. *) Als nun die Revolution in Paris ausgebrochen war, hätten die Propaganden der Schweiz und Frankreichs und namentlich die deutschen Flüchtlinge auf Baden ihr Hauptaugenmerk gerichtet. Hier waren sie nicht so sehr wie in Preußen bewacht und von hier aus sollte auf Deutschland gewirkt und die deutsche Republik gegründet werden. Baden war daher auch der Sammelplatz der revolutionärsten Männer und seine Vereine standen im Zusammenhange mit denen der beiden angrenzenden Republiken. Demokratische Vereine waren nicht bloß in den Städten, sondern auch auf dem Lande. In diesen Vereinen und auf großen Volksversammlungen wurden die revolutionären Ideen und die Vorzüge der Republik verkündet. Unter diesen Umständen mußte der oppositionelle Geist des Volkes sehr bald eine revolutionäre Richtung annehmen. Die oppositionellen Massen blieben, aber die Führer und der Geist der Massen änderten sich. Schon 1848 standen Hecker und Struve für die Republik auf. Ihre verunglückten abenteuerlichen Züge vermochten nicht, das republikanische Gefühl abzuweichen; denn das Land hatte damals die Nachteile einer Revolution noch zu wenig gekostet, als daß es sich hätte davon abschrecken lassen. Andererseits hatten die Aufstände — wie Belf sehr richtig bemerkt — die Wirkung, daß die in der Sitte gegründete heilige Scheu vor einer Verletzung der staatlichen Ordnung gewichen war. Auch entstand in vielen sonst ruhigen Familien wegen der großen Zahl der Verhafteten und Flüchtlinge Unzufriedenheit mit der Regierung und Sympathieen für die Verfolgten; endlich suchten glänzende Vertheidigungen in öffentlichen Verhandlungen den verbrecherischen Charakter jener Aufstände zu übertünchen und verleiteten die Massen zu der Idee, daß jene Aufstände nicht strafbar ge-

*) Für den Kundigen genügt es, wenn ich an Caspar Hauser und insbesondere an den Baron Haber'schen Sclandal erinnere. Es ist nicht meine Aufgabe, die Wahrheit oder Unwahrheit dieser Geschichten zu ermitteln, und einem vorurtheilsfreien Manne wird man nicht zutrauen, daß er an die Caspar Hauser'sche Geschichte glaubt, aber das Volk glaubte daran und dieser Glaube konnte der Anhänglichkeit an das Fürstenhaus nicht förderlich sein.

wesen und Männer wie Feder nicht als schuldig, sondern als Helden des Vaterlandes anzusehen wären. Immer weiter griffen die revolutionären Ideen um sich und selbst die bisher treu gebliebenen Gegenden wurden von denselben erfaßt, so daß in ganz Baden der revolutionäre Geist verbreitet war. Als nun die Kunde von den Aufständen im Norden Deutschlands und in der bairischen Rheinpfalz kam und von Frankfurt aus vielfacher Hilferuf*) ertönte, da genügte es nicht mehr, daß die Regierung Reichsverfassung und Oberhauptswahl unbedingt anerkannte. In der Presse, wie in den Clubs wurde unverhohlen von Revolution und Republik gesprochen; man beschimpfte die Männer, welche seit Jahren an der Spitze der Opposition gestanden, die Bewegung herbeigeführt und bis dahin der linken Seite angehört hatten; man nannte den greisen Hefstein einen „Verräther“; man schmähte auf Christ und zog ihn herab; man erklärte die Reichsverfassung für „einen Hochverrath gegen die Souveränität des deutschen Volkes.“ „Mit der Reichsverfassung“, so sagte man, „sei in's Gericht zu gehen. Helfen könne nur eine Revolution, in der das Volk den Rechtspruch über seine Feinde fällen werde. Ein jeder Ort müsse die rothe Fahne aufpflanzen, zum Zeichen, daß der Weg zur Volksfreiheit über blutgebüngte Felder gehen müsse.“ Von Tag zu Tag nahm die Exaltation zu, man wollte mit der Erhebung nicht länger warten und verlangte von denen, welche die Bewegung bisher geleitet hatten, entschiedene Schritte. Während diese noch schwankten, waren in Pörrach und Rastatt Meutereien der Soldaten ausgebrochen.**)

Seit dem März 1848 war die Demagogie bemüht gewesen, die Soldaten zu gewinnen. Als Lockspeise bediente man sich des Versprechens,

*) Am 8. Mai erließ die äußerste Linke der deutschen Nationalversammlung folgenden Ruf zu den Waffen: „Deutsches Volk! Zu den Waffen, deutsche Männer in allen Gauen des Vaterlandes! Die Verbindung der Fürsten, welche Hochverrath an dem Volke begehen wollen, liegt klar zu Tage. Verbindet Euch und erhebt Euch, um das Vaterland zu retten! Schon kämpfen Eure Brüder in Sachsen und der Pfalz für Euch, laßt sie nicht untergehen! Nachbarnämme der Sachsen und der Pfälzer, an Euch ist es zunächst — zieht hin zu Euren Brüdern, zieht hin und helfet! — Helfet ihnen und es wird Euch gelohnen sein! Ihr könnt nicht zaudern, dürft nicht zaudern, Ihr dürft sie nicht allein stehen lassen, die aufgestanden sind, das Recht in einer Hand und in der andern das Schwert. Das Schwert für Euer Recht! — Helft mit den Waffen, und wenn Ihr die nicht habt, helft! Sonst, helft wie Ihr könnt — nur helft! Ihr anderen Stämme auch, erhebt Euch, waffnet Euch und zeigt dem Despotismus und der Barbarei, die Euch entgegenstehen, die fest geschaarte Macht des Volkes, das sein Recht verlangt. Verrückteren Kampf hat's nie gegeben! Zu den Waffen, Männer, zu den Waffen!“

**) Bell, die Bewegung in Baden, S. 294. Die Militär-Meuterei in Baden von einem babilischen Offiziere. Karlsruhe bei Viefelfeld. — Häufers Denkwürdigkeiten zur Geschichte der babilischen Revolution. S. 272.

daß sie die Offiziere künftig selbst zu wählen haben würden. Dieses Versprechen reizte namentlich die Unteroffiziere, bei denen wegen Entziehung ihrer Haupteinnahme, der Einstände, große Unzufriedenheit herrschte. Unter den Soldaten waren längst schon durch die demokratischen Vereine und Versammlungen aufrührerische Ideen verbreitet. Fortwährend sagte man ihnen, daß blinder Gehorsam ihrer nicht würdig sei und daß sie sich nicht zu Brudermördern hingeben dürften. Nicht Einzelne waren es, welche solche aufrührerische Reden verbreiteten, sie tönten im ganzen Volke wieder. Auch fanden sie umsomehr Anklang, als in der badischen Armee nur geringe Disciplin und noch geringerer Corpsgeist herrschte. Aus Sparsamkeit war die Exercirzeit nur kurz und nicht genügend, um Subordination und Disciplin hervorzurufen. Jeder Zusammenhang zwischen Vorgesetzten und Untergebenen fehlte. Die Letzteren wurden durch das fremde, hochfahrende und nicht selten brutale Wesen der Offiziere abgestoßen, sie betrachteten dieselben als ihre Peiniger und waren ihnen feindselig gesinnt. War die Exercirzeit vorüber, dann wurden sie beurlaubt und kamen nach der Heimath zurück. Dort aber wurden sie als „Vater- und Brudermörder“ bewillkommt. Solche Zurufe mußten um so mehr wirken, je feindlicher sie selbst gegen ihre Vorgesetzten gestimmt waren. Vielleicht hätten dennoch die alten Soldaten widerstanden, aber kurz vorher war eine bedeutende Rekrutenaushebung erfolgt, um die von der Nationalversammlung geforderten 2 Procent zu ergänzen und diese jungen Leute, von denen viele sogar 1848 mit Fieber gezogen waren, theilten die Ideen des Landes, wollten nicht mit Schande zurückkehren und hatten noch keine Subordination gelernt.

Auf Soldatenversammlungen suchte man sich gegenseitig in revolutionären Ideen zu bestärken, und als nun die Nachricht von dem Uebertritte der bairischen Soldaten kam, da wollte man ihrem Beispiele folgen und den Befehlen der Offiziere nicht ferner gehorchen. An die Republik dachten die Wenigsten, nur gegen die Offiziere war der Aufstand gerichtet. Die erste Emeute der Soldaten brach am 11. Mai in Lörrach aus. Oberst v. Rotberg wurde dabei schwer verwundet. Am dem nämlichen Tage entstanden Meutereien in Rastadt, am folgenden Tage in Bruchsal und in Freiburg.

Der Kriegsminister, General Hoffmann, eilte am 12. Mai mit zwei Geschützen und mit Dragonern nach Rastadt, aber auch ihm wurde der Gehorsam verweigert. Des Abends wurde er von den Meutern angegriffen; sie bemächtigten sich der Geschütze und drangen in den Schloß-

*) Häußler's Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution. S. 271 u. f.

garten, um ihn, wie sie laut ausriefen, zu latourisiren. Nur mit Mühe entkam er, mit ihm zwei Geschütze und ein Theil der Reiterei. Die Soldaten waren jetzt Herren der Festung; sie erklärten sich jedoch nicht für die Republik und wählten auch keinen Anführer. Deutlich ergab sich, daß die Meuterei, wenn auch durch die Demagogen hervorgerufen, doch mehr Werk des Zufalls als durchdachter Plan war. *)

Während man noch schwankte, was weiter zu thun sei und ob man sich der Bewegung anschließen sollte, verlangte der am 13. Mai in Offenburg erwählte Landesausschuß Eintritt in die Festung, jedoch wurden ihm die Thore nicht geöffnet. Erst am andern Tage, als die Deputation von Carlsruhe kam und die factische Auflösung der großherzoglichen Regierung bekannt wurde, erkannten die Soldaten den Landesausschuß an und unterwarfen sich seinen Befehlen.

Inzwischen hatte in Offenburg am 13. Mai eine große Versammlung stattgefunden. Schon den Tag vorher hatten sich an demselben Orte die Abgeordneten sämmtlicher Vereine, auch der constitutionellen, versammelt. Die Letzteren wurden überstimmt, doch wurde auch die republikanische Schilderhebung abgelehnt. Man beschloß eine Deputation nach Carlsruhe zu senden, welche Auflösung der Kammer, Berufung einer constituirenden Versammlung, Rücktritt des Ministeriums und allgemeine Amnestie fordern sollte. Das Staatsministerium lehnte die Anforderungen ab. Ehe noch die Deputation am 13. Mai nach Offenburg zurückkam, hatte sich dort alles geändert. Schon war von der Volksversammlung ein Landesausschuß beschloffen und von Vielen, namentlich von Stay, die Proclamation der Republik verlangt worden. Babeaux, welcher als Reichscommissar der Verhandlung beiwohnte, bat mehrfach um Mäßigung. Seine Bitten waren vergeblich. Die Aufregung wurde dadurch vermehrt, daß mehrere Soldaten aus Rastadt kamen und nähere Kunde von der dortigen Meuterei brachten. Man wählte einen Landesausschuß, zu dessen Mitgliedern auch Soldaten gehörten. Man forderte Auflösung der Kammern, Zusammenberufung einer verfassunggebenden Landesversammlung, Bildung eines Ministeriums durch Brentano und Peter, Volksbewaffnung auf Staatskosten, Amnestie, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, freie

*) „Die Demagogen hatten von dem, was unter den Truppen vorging, mehr Kenntniß als die Regierung, wenn sie auch auf den so raschen und so umfassenden Fortgang der Meuterei selbst nicht mit Sicherheit gerechnet hatten.“ Bell, S. 294. „Die Soldaten in Rastadt waren Meuterer, keine Republikaner. Mochten auch Einzelne von den Führern etwas von dem republikanischen Evangelium in sich eingefogen haben, die Masse war dem fremd geblieben, ihr einziges politisches Glaubensbekenntniß war die Zuchtlosigkeit.“ Häufiger's Denkwürdigkeiten. S. 327.

Wahl der Offiziere durch das Heer, Verschmelzung des Heeres mit der Volkswehr, unentgeltliche Aufhebung der Grundlasten, Errichtung eines Landespensionsfonds für arbeitsunfähig gewordene Bürger u. s. w.

Die Regierung zu Carlsruhe war mit der Gefahr, welche ihr seit mehreren Tagen drohte, nicht unbekannt. Mehrfach hatte sie die Reichsgewalt um Hilfe gebeten. Wenige Bataillone disciplinirter Truppen hätten viel genützt und waren um so leichter zu entbehren, als schon damals nicht unbedeutende Truppenmassen in den preussischen Rheinprovinzen standen. Dessenungeachtet wurde die Bitte abgelehnt. Die Centralgewalt wollte nicht Preußen nach Süddeutschland rufen. Die großherzogliche Regierung war somit auf ihre geringen Kräfte beschränkt. Am 13. Mai ließ sie in Carlsruhe Soldaten und Bürgerwehr auf die Reichsverfassung vereidigen. Die Bürgerwehr, wie auch die Mehrzahl der Bürger waren constitutionell gesinnt. Die demokratische Partei beschränkte sich zum größeren Theile auf das Proletariat. Die Garnison war nicht bedeutend und zu ihrer Verstärkung kamen Abends zwei Kompagnieen von Bruchsal, um Ordnung und Ruhe aufrecht zu halten. Statt Ruhe zu bewirken, regten sie die Garnison auf. Die Meuterei brach noch denselben Abend in den Kasernen aus; den Offizieren war es nicht mehr möglich, die Subordination herzustellen und die Soldaten zogen lärmend und schießend durch die Straßen und suchten sich des Zeughauses zu bemächtigen; dasselbe wurde jedoch von der Bürgerwehr vertheidigt und die Angriffe der Soldaten abgewehrt. Dagegen wurden die Dragoner, welche die Soldaten auseinanderjagen sollten, zurückgeschlagen. Jetzt glaubte das Staatsministerium dem Großherzog zur Flucht rathen zu müssen. Auf dem Prokastaen einer Kanone sitzend, entfloß derselbe in der Nacht vom 13. zum 14. Mai, ohne seinen Ministern Vollmacht zurückgelassen zu haben. Auch der größere Theil der Offiziere entfernte sich, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß die Disciplin nicht mehr herzustellen sei. Auf dem Stadthause wurde während der ganzen Nacht berathschlagt. Man beschloß in Folge der factischen Auflösung der Regierung, dem Landesauschuß durch eine Deputation mitzutheilen, „man würde ihm nicht entgegen treten, wenn er nach Carlsruhe kommen sollte; setze jedoch voraus, daß er für den Schutz der Stadt sorgen werde.“

Wenige Stunden darauf verließen auch Beck und die übrigen Mitglieder des Ministeriums Carlsruhe.

Als dem Landesauschuß diese Nachricht zuging und sich auch die Soldaten in Rastadt seinen Befehlen unterworfen hatten, vereidete er dieselben und eilte sodann nach Carlsruhe. Dort ernannte er Brentano, Peter, Goegg und Eichfeld anfänglich zur vollziehenden Behörde, später

zur provisorischen Regierung und rief eine Landesversammlung auf den 10. Juni zusammen.

Siegel wurde Ende Mai Oberbefehlshaber, später wurde er durch Mierodlawski ersetzt.

Der Aufstand war nicht unbedeutend und gefahrlos. Baden konnte über Geld und Menschen gebieten, aus dem Elsaß und der Schweiz war Verstärkung der Truppen möglich, die Artillerie war bedeutend, eine wichtige Festung in den Händen der aufrührerischen Regierung. Auch waren Mitte Mai die Fürsten noch nicht gerüstet. Baiern und Preußen zogen erst ihre Truppen zusammen. Bei einem energischen Auftreten und bei schnellem Angriffe wären die Festungen Landau und Germersheim einzunehmen gewesen und man hätte nach Franken und Rheinhessen vorbringen und von dort aus in den damals so sehr aufgeregten westlichen und südlichen Theilen Deutschlands den Aufstand weiter verbreiten können. Diese Verbreitung wäre um so gefährlicher für Preußen gewesen, als seine westlichen Provinzen so sehr von der Aufregung ergriffen waren und als die revolutionäre Partei in Frankreich auf's Neue unter Leitung Ledru Rollins ihr Haupt erhob.

Drittes Capitel.

Verordnung über den Belagerungszustand. Aufregung in Berlin. Aufstand in Breslau. Militärische Verordnungen. Einziehung der Landwehr. Aufstände in Elberfeld, Hersfeld, Hagen und Prüm.

Die Aufregung war in Preußen nicht minder bedeutend als in den übrigen deutschen Ländern. Die Nachricht von der Auflösung der Zweiten Kammer hatte sich noch an demselben Vormittage, wo sie erfolgte, durch ganz Berlin verbreitet. Wie immer bei unerwarteten, mit möglicher Gefahr verknüpften Ereignissen war die Phantasie vielfach beschäftigt. Man sprach von der Verhaftung sämmtlicher demokratischer Abgeordneten, von der Bereitschaft des Militärs, von dem Befehle an verschiedene Bataillone, sich zum Marsche nach der Hauptstadt bereit zu halten, von Aufständen in der Provinz, von der Besetzung Schlesiens durch Russen, und da es ein schöner Tag war, so häufte sich auf einzelnen Plätzen sehr bald eine Menge von Menschen und insbesondere war dies auf dem Dönhofsplatz der Fall, an welchem sich das Gebäude der Zweiten Kammer befindet. Eine bestimmte Neigung zu ernstlichem Aufstande trat nirgends hervor und aus den Gesichtern und Gesprächen war mehr Verwunderung und Neugierde, als Leidenschaft und Lust zu Excessen zu entnehmen. Man beschränkte sich darauf, sich gegenseitig seine Gedanken und die vielfach verbreiteten fälschlichen Nachrichten mitzutheilen.

Später verzog sich die Masse mehr nach der angrenzenden Jerusalemer Straße. Dort war das Hotel, in welchem die rechte Fraction der Zweiten Kammer ihre Versammlung hatte, und unter der Menge war das wunderbare Gerücht verbreitet, daß diese Fraction den König um Zurücknahme der Auflösungsordre bitten wolle. Als um 4 Uhr einige höhere

Polizeibeamten kamen und den Schutzmännern befahlen, sich nicht unnötig hineinzumischen und sich lieber zurückzuziehen, wurde dies von den Massen so freundlich aufgenommen, daß fast Alle auseinandergingen. Sehr bald kamen nun aber neue Massen. Ein General und ein anderer Offizier gingen über den Platz und befahlen den Soldaten, welche sich dort befanden, nach Hause zu gehen. Dies erregte den Unwillen des Volkes. Beide Offiziere wurden insultirt und nur mit Hilfe des Degens konnten sie sich nach der Kaiser Franz Kaserne zurückziehen. In Folge dessen wurden Truppen zum Räumen des Platzes commandirt. Die Conversationshalle, der Versammlungsort der Abgeordneten linker Seite, befand sich ebenfalls auf dem Dönhofsplatz. Mehrere der Deputirten waren den Nachmittag dagewesen. Als die Zusammenrottung ernstlicher wurde, hatten sie, um nicht der Theilnahme beschuldigt zu werden, das Vocal verlassen und nur Dreien von ihnen den Auftrag ertheilt, den später Kommenden den neuen Versammlungsort mitzutheilen. Diese drei Zurückgebliebenen, nämlich Schellenberg, Knauth und Paz waren besonnene, gemäßigte Männer, und es ist daher gewiß nicht von ihnen anzunehmen, daß sie zuerst geschossen und sich der Gefahr der Ermordung ausgesetzt haben sollten.

Dessenungeachtet wurde von der Reactionspartei behauptet, daß von der Conversationshalle aus der erste Schuß gefallen sei. Wie dem nun aber auch war, jedenfalls wurde von den Soldaten die Halle besetzt und und geräumt und demnächst gegen die Massen, welche noch immer den Dönhofsplatz besetzt hatten, von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Tödtungen und Verwundungen waren die Folge.

Schnell verbreitete sich die Nachricht. Mehrere Versuche zum Barrikadenbau wurden auf der Gertraudenstraße, der Friedrichstraße und der Krausenstraße gemacht. Auf dem Spittelmarkt wurde Stroh angesteckt und dadurch der Glaube erregt, daß die Kammer angezündet sei. Gardedragoner sprengten durch die Straßen und zerstreuten die neu hinzugekommenen Massen. Diese sammelten sich auf dem Spittelmarkt.

Auf's Neue wurde geschossen und die Massen zerstreut.

Um 10 Uhr war wieder Alles still. Nur Cavalleriepatrouillen und Infanterie-Abtheilungen durchzogen die Stadt. Am andern Tage sammelten sich auf's Neue die Massen, wurden aber wiederum gesprengt und nur auf dem Neuen Markte kam es noch zu Excessen, wobei ein Schutzmann getödtet wurde. Auch hier zerstreuten sich die Volkshaufen, als die Truppen kamen und die Wache besetzten.

Allgemein, mit Ausnahme der Kreuzzeitungspartei, sprach man sich bedauernd über den Vorfall aus. Nirgends hatte sich ein Führer sehen lassen, und noch weniger war ein vorbedachtes revolutionäres Auftreten

erkennbar. Selbst conservative Blätter mußten einräumen, daß Sympathie für tumultuarische Excesse und Bewegung und Bethheiligung gebildeter Klassen nicht stattgefunden hätten. Der demokratischen Partei konnte auch ein Aufstand in Berlin nicht erwünscht sein. Die starke Besatzung hätte umsomehr jede Bewegung in ihrem ersten Auflobern erstickt, als es im Interesse der Reaction lag, jede Schonung zu vermeiden und jede Gelegenheit zum Terrorismus zu benutzen. Keinem Zweifel konnte es unterliegen, daß eine ernste Bewegung die Gefangennehmung und Verurtheilung der Häupter der Partei, gleichviel ob schuldig oder nichtschuldig, zur Folge gehabt hätte, und daß daher jeder Aufstand für die verfolgten Zwecke vergeblich und für die Männer, welche an der Spitze standen, gefährdend gewesen wäre.

Wie in Berlin, so erregte auch in den Provinzen die Nachricht von der Auflösung der Kammer unter dem Volke Erstaunen und Unwillen. Von Seiten der Provinzialbehörden hatte man die Vorsicht gebraucht, die Briefe, welche von Berlin kamen, nicht sofort auszugeben, sondern vorher Sicherheitsmaßregeln zu treffen.

Nach Königsberg kam die Nachricht zur Zeit des Theaters, welches gerade an jenem Abende ungewöhnlich angefüllt war. Ein Schauspieler mußte die königliche Verordnung und den Bericht des Ministeriums von der Bühne aus vorlesen, und wurde seine Vorlesung mehrmals vom Publikum durch Verwünschungen des Ministeriums unterbrochen. Mit der Marseillaise wurde die Scene geschlossen. Zwei Tage darauf erklärten Magistrat und Stadtverordnete dem Könige, daß das Ministerium im Lande auf großen Widerstand stoße. Der Adresse der Stadtverordneten Magdeburgs habe ich schon erwähnt.

In Frankfurt a./O. wurde dem zurückgekehrten Deputirten Grafen Görz-Wriesberg, einem Manne der äußersten Linken, ein Ständchen mit Fahnen und Musik gebracht, woran ein großer Theil der Bevölkerung Theil nahm. In Breslau kam die Nachricht zu einer Zeit an, wo eine große Volksversammlung stattfand, an welcher sämmtliche Häupter der Demokratie Theil nahmen. Die von Berlin zurückkehrenden Deputirten der linken Fraction verkündeten die Auflösung und die Versammlung erklärte in großer Aufregung, daß sie die von den freigewählten Vertretern des deutschen Volkes in der Reichsversammlung zu Frankfurt beschlossene, vollzogene und verkündete Verfassung als ein rechtsverbindliches unantastbares Gesetz anerkenne. Eine gleiche Aufnahme fand die Nachricht von der Auflösung der Kammern in den übrigen Provinzen. Die Demokratie ließ die Aufregung nicht ungenutzt verstreichen. In allen Provinzen fanden demokratische Volksversammlungen und Congressse statt und das

Centralcomité für volksthümliche Wahlen, bestehend aus den Abgeordneten Waldeck, Bucher, Ziegler, v. Unruh, Philipps, Behrends, Bauer aus Krotoschin und den Berlinern Gottheimer, Dr. Waldeck, Kunge, Gerke und Collmann, erließ schon unterm 3. Mai ein Wahlmanifest, worin das Volk aufgefordert wurde, auch nicht die geringste Beschränkung des, nicht bloß durch das Gesetz vom 8. April 1848, sondern auch durch die octroirte Verfassung anerkannten Urwählerrechts zu dulden.

Dieser Aufregung gegenüber war das Ministerium nicht müßig. Es strebte nicht bloß darnach, die Aufstände außerhalb und innerhalb Preußens zu erdrücken, sondern es wollte auch den günstigen Zeitpunkt benutzen, um der Verwaltung des Staats die frühere Macht und Kraft und zwar wo möglich noch in erhöhtem Grade zuzueignen. Hierzu war nöthig, daß die Massen nicht bloß beruhigt, sondern auch eingeschüchtert und ihnen Muth, Lust und Kraft zu weiterem Widerstand gegen die Staatsgewalt und zu Angriffen gegen die Octroirung neuer, im alleinigen Interesse der Regierung erlassener Gesetze entzogen wurden. War man soweit gekommen und hatte man zugleich dem Landvolke, welches sich nach Ruhe sehnte, Aussicht auf Erfüllung seiner Wünsche wegen Ablösung der Real-lasten, gleicher Vertheilung der Grundsteuern und einer guten Gemeindeordnung gewährt, dann war nur nöthig, Gesetze zu octroiren, welche den Beamtenstand ganz abhängig machten und die Pressfreiheit und das Versammlungsrecht beschränkten. Gelang dies, dann mußte das abhängige Beamtenheer, vereint mit der Armee und nicht beschränkt durch Pressfreiheit und Versammlungsrecht, der Krone eine Macht gewähren, wie sie solche seit 1807 nicht mehr besessen hatte; denn was ihr durch die Entziehung eines Theils der gesetzgebenden Gewalt genommen war, wurde ihr durch die vermehrte Executivgewalt hinlänglich ersetzt.

Das nächste Streben des Ministeriums ging auf Wiedererlangung der vor 1848 besessenen Macht; und man beeilte sich, die Aufregung und Aufstände im Innern zu unterdrücken.

Zu diesem Zwecke wurde eine Belagerungs-Verordnung octroirt; ehe jedoch diese Octroirung erfolgte, war bereits nöthig geworden, auch in Breslau, der zweiten Stadt des Landes, den Belagerungszustand zu verkündigen. Dort war am 28. April, wie schon erwähnt, eine größere Volksversammlung abgehalten worden. Seit jener Zeit war die Aufregung gestiegen, namentlich durch die Nachrichten von Dresden, welche Stadt von jeher in engster Verbindung mit Breslau gestanden hat. Man fürchtete, die in Breslau befindlichen Truppen würden, wenigstens theilweise, nach Dresden geschickt werden, und man hoffte durch Excesse die Anwesenheit der Truppen nöthig zu machen, und somit indirect der Ab-